

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum berechnet.

Der Kongreß der Christlichen.

II.

Die Unklarheit über die entscheidenden Triebkräfte des gesellschaftlichen Geschehens, die wir in den am Schlusse des vorigen Artikels (Nr. 42) angeführten Aussprüchen christlicher Führer beobachten, ist für die Beurteilung der christlichen Gewerkschaftsbewegung sehr wesentlich. Dabei ist es unerheblich, ob diese Unklarheit tatsächlich vorhanden ist, oder ob sie sich aus den wechselnden tatsächlichen Bedürfnissen der Christlichen ergibt, bald die geistigen und sittlichen und bald die wirtschaftlichen Triebkräfte als meistentscheidend hinzustellen. Das ist darum unerheblich, weil diese Unklarheit durch den Widerspruch bedingt ist, der im Wesen der christlichen Gewerkschaften selbst liegt. Es ist ein Widerspruch, wenn die Christlichen, um uns und der weiteren Deffektivität gegenüber ihre Sonderorganisation zu rechtfertigen, sagen, es sei notwendig, den christlichen Gedanken, oder die sittlichen Grundzüge des Christentums, oder wie man es sonst bezeichnen mag, im wirtschaftlichen Leben zur Geltung zu bringen, denn die geistige Macht, die hierin liegt, wirke ausgleichend und erhöhend und fördere den Aufstieg der Arbeiterklasse — und wenn sie im tatsächlichen Wirken für die gewerkschaftlichen Ziele jeden Nerv anspannen und das Letzte aufbieten müssen, um den Segner, das Unternehmertum, durch den Druck der Organisationsmacht, und das sind Mitglieder und Gelder, zum Nachgeben zu zwingen.

Hier liegt ein Widerspruch zwischen den Worten und den Taten der Christlichen vor, und er wurzelt, wie wir sehen, in ihrem innersten Wesen. Sie können diesem Widerspruch nicht entkommen. Auf der einen Seite müssen sie, wenn sie sich das Vertrauen ihrer Mitglieder dauernd erhalten wollen, ernsthaft für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse wirken und stoßen dabei, wie wir, stets auf den Widerstand der Unternehmer, der sich nicht durch Hinweise auf die Gebote des Christentums, sondern nur durch Aufbietung ausreichender Machtmittel Überwältigen läßt. Es ist auch heute damit noch so wie zur Zeit des alten Frikén, der schon in den schlesischen Kriegen erkannte, daß der Segen des lieben Gottes bei den stärksten Bataillonen ist. Das haben unsere christlichen Kollegen bei manchen Kämpfen erfahren müssen, und um sie nachdrücklich daran zu erinnern, nennen wir die Kämpfe in zwei Orten, in denen der christliche Gedanke in jungfräulicher Unberührtheit zu Hause ist: den in Fulda im Jahre 1904 und den in Aachen im Jahre 1907. In beiden Fällen mußten sie lange, lange Wochen streiken, und der Kampf ward mit außerordentlicher Festigkeit geführt. Und doch waren es in beiden Fällen Unternehmer von erprobter Christgläubigkeit, bei denen die besten Vorbedingungen für die Wirksamkeit der sittlich-religiösen Grundzüge vorhanden waren. So mußten und müssen die Christlichen in der harten Wirklichkeit den Grundsatz anerkennen und anwenden, den Stegerwald gegen die Facharbeiter ins Feld führte: „Erfst durch die Macht muß das Recht geschaffen werden; die realen Tatsachen sind entscheidend.“ Aber damit verfallen sie dem von ihnen so viel geschmähten „Materialismus“ und setzen sich mit dem in Widerspruch, womit sie ihre Sonderexistenz und ihre Gegengewicht zu den freien Gewerkschaften rechtfertigen wollen, mit der „Durchsäuierung“ des gesamten Volkslebens durch die sittlichen Grundzüge des Christentums“, wie sich Stegerwald ausdrückte.

Wäre mit dieser „Durchsäuierung“ gewerkschaftlich etwas anzufangen, so handelten die Facharbeiter am folgerichtigsten, die den Streik grundsätzlich verwerfen und ihre Forderungen nur durch den Druck der sittlichen Grundzüge des Christentums durchsetzen wollen. Kein Streik darüber, daß sie damit keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken, geschweige denn den Unternehmern Lohnerhöhungen abdrängen können. Aber gerade damit wird der Widerspruch erhärtet, in dem sich die christlichen

Gewerkschaften bewegen, indem sie diese Methode in der Wirklichkeit ablehnen und gleichwohl ihr ganzes Gebäude mit denselben Grundfäden, von denen die Facharbeiter ausgehen, logisch stützen.

Diese Auseinandersetzung, die in nur losem Zusammenhang mit dem christlichen Kongreß zu stehen scheint, war notwendig, um von jener Unklarheit, die in den angeführten Aussprüchen zutage tritt, nachzuweisen, daß sie nicht etwa nur scheinbar und nur durch rednerisches Mißgeschick hervorgerufen ist, sondern daß sich darin die Brüchigkeit der Grundzüge des ganzen christlichen Gewerkschaftswesens offenbart.

Ja: „die realen Tatsachen entscheiden“, trotz alledem! Sie sind auch entscheidend gewesen für die Lösung, die man dem Gewerkschaftsstreit gegeben hat. Der Gegenstand dieses Streites war die Unzufriedenheit eines kleinen Kreises fanatischer Römlinge mit dem Zusammengehen katholischer und evangelischer Leute in den christlichen Gewerkschaften, das nach der Ansicht jenes Kreises eine Gefahr für den „reinen Glauben“ bedeutet. Aber dabei ist zu beachten, daß dies nur die Außenfete des Streites war. Hinter diesem Einwande steckten (oder stecken) mehrere andere. Die ganze Richtung der Christlichen paßt den Römlingen nicht. Sie sind ihnen zu selbständig, zu radikal. Der Kapitalismus dringt überall ein, er hat auch längst an den Mittelpunkten der kirchlichen Macht seine Vertreter und Handlanger. Und die Unzufriedenheit der Kapitalisten mit den christlichen Gewerkschaften übertrug sich infolgedessen auf die von ihm beeinflussten kirchlichen Kreise. Diese wollten, daß sich die Christlichen ihren Geboten unterwürfen, ihr Tun und Lassen nach den Anweisungen der kirchlichen Behörden einrichten. Die Weigerung der Christlichen, sich diesen Ansprüchen zu fügen, beschwor den langwierigen Streit herauf, den nun der Dresdner Kongreß geschlichtet hat. Der Dresdner Kongreß hat die Ansprüche der Römlinge zurückgewiesen. Die Christlichen wollen „interkonfessionell“, das heißt gemeinchristlich bleiben. Damit aber haben sie auch die Oberhoheit der Kirche abgelehnt; denn diese war natürlich nur bei rein-katholischen Organisationen möglich.

Zu dieser Ablehnung waren die Christlichen durch sehr „reale Tatsachen“, nämlich durch die drohende Gefahr der Zerplitterung und des Zusammenbruchs ihres ganzen Organisationswesens gezwungen. Ihre Unterwerfung unter das Gebot Roms hätte sofort evangelisch-christliche Gewerkschaften hervorgerufen, und sie hätte ihrem Ansehen derart geschadet, daß ihre Agitation alle Kraft und Wirkung verloren hätte.

Die christlichen Gewerkschaften haben also einfach getan, was sie tun mußten, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollten. Aber sie haben auch zugleich den Weg gefunden, auf dem sie vor den Angriffen der Römlinge sicher sind. Es ist ja nur ein ganz kleiner Kreis verbohrteter Eiferer unter dem katholischen Klerus, der die Christlichen wirklich ihres gemeinchristlichen Wesens wegen, also aus rein religiösen Gründen, bekämpft. Worin sich die Gesamtheit des katholischen Klerus mit dem evangelischen Ruckertum zusammenfindet, ist der heiße Wunsch, die christlichen Gewerkschaften für den kapitalistischen Profit ungefährlich zu machen, sich in ihnen eine Schutztruppe gegen die aufsteigende politische und wirtschaftliche Macht der selbständig organisierten Arbeiterklasse heranzuzüchten. Hierin waren sie sich alle einig: die von München-Slabbad und Cöln und die von Breslau, Trier und Rom, die derzeitigen Regierenden mit Bethmann an der Spitze, die Gefolgschaften der Mumm und die Kapitalisten aller Bekenntnisse. So lagen und liegen die Dinge. Und nun war der Weg zur schmerzlosen Lösung des Gewerkschaftsstreites doch von selbst gegeben. Die Christlichen konnten jetzt mit heilsüchtiger Gebärde dem kleinen Kreise verbohrteter Römlinge entgegenkommen: Die christlichen Gewerkschaften bleiben in der Zukunft, was sie in der Vergangenheit waren! Sie konnten es tun, wenn sie sich vorher der

Rückendeckung durch die übrige kapitalistische Kampagne versichert hatten. Und das taten sie. Mit welcher Entschiedenheit donnerte Herr Stegerwald gegen „Sitz Berlin“, gegen die armen Schächer, die immer einflamer werden! Und wie schön war die ganze Aufmachung! Der Beifall! Die Begeisterung! Aber war es wirklich so ein Festenstück, wie sich die Herren einbilden?

Da saßen die Ehrengäste, die Vertreter der staatlichen Behörden, der kapitalistischen Parteien und Organisationen. Sie alle hatten den Christlichen hoch und heilig ihr Wohlwollen geschworen. Der Vertreter des Reichskanzlers hatte ausdrücklich das Zusammengehen aller Bekenntnisse gutgeheißen. Fürwahr, da hatten die Christlichen gut rebellieren! Das Ergebnis dieses ganzen schmählichen Gewerkschaftsstreites, der in der Hauptsache auf den Hintertreppen ausgefochten wurde, ist dies: Die christlichen Gewerkschaften bleiben „interkonfessionell“, damit sie den Rahmen bilden können für die einheitliche antisozialistische und also kapitalistisch beherrschte Organisation, nach der die Nutznießer der Arbeiterzerplitterung so lange streben und die sie jetzt in den christlichen Gewerkschaften gefunden zu haben glauben.

Dahin also sind die Christlichen mit ihrer „Neutralität“ gekommen, daß sie sich der Reaktion ohne Ansehen der besonderen Färbung ergeben; daß sie einzig sind mit allem, was sich gegen die anrechte und selbständige Arbeiterbewegung richtet. Das ist das Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahre, das auf dem Dresdner Kongreß offenkundig geworden ist.

Zu diesem Ergebnis paßte der übrige Verlauf des Kongresses, paßten z. B. die Ausführungen des Referenten Zoos über die Stellung der Christlichen zur Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik. Der erste Teil des Referats, wo sich Zoos mit den Scharfmacherprofessoren Weber-Cohn und Ehrenberg beschäftigte, konnte sich sehen lassen, aber dafür war der zweite Teil eine um so schroffere Verleugnung des Arbeiterstandpunktes. Hier beschäftigte sich Zoos nicht etwa damit, wie sich die Arbeiterkraft gegen die Schädigung ihrer Stellung durch die Zollpolitik wehren könnte, sondern er erzog nur, wie man in der Zollpolitik die Interessen von Industrie und Landwirtschaft, und die der Unternehmer in der Fertigung, Halbzeug- und Rohindustrie gegeneinander ausgleichen könnte. Es waren also Unternehmerfragen, die Herrn Zoos bewegten, die Tenerrungsfragen der Arbeiter machten ihm keine Kopfschmerzen. Und wie dies, so paßte auch die Verleugnung des vollen Koalitionsrechts der Staatsarbeiter zu diesem Ergebnis.

Das alles ist nicht unerwartet und unvermittelt gekommen, und es wird sich auch in der Praxis nicht so gleich und überall durchsetzen. Es wird heute auch nicht an Leuten bei den Christlichen fehlen, die die Tatsache dieses Ergebnisses in bester Überzeugung bestreiten werden. Diese Leute täuschen sich eben über ihre eigene Bewegung. Wir aber dürfen uns nicht täuschen. Wir müssen das Ergebnis von Dresden wohl beachten und dürfen uns von seinen Ausstrahlungen in der Wirklichkeit des gewerkschaftlichen Kampfes nicht überraschen lassen.

Vertragsbruch in Braunschweig.

Die Unternehmer in Braunschweig haben sich eines offenkundigen und bewußten Vertragsbruchs schuldig gemacht. Am 17. Oktober haben sie beschlossen, keinen Maurer, Hilfsarbeiter und Dachbeder mehr einzustellen. Infolgedessen sind jetzt schon etwa 50 von unsern Mitgliedern arbeitslos.

Ein solches Vorgehen darf uns bei den Braunschweiger Unternehmern nicht wundern. Sie standen seit Jahrzehnten unter dem geistigen Einflusse des Zimmermeisters Albert Nieß, eines Mannes, der mit seiner ganzen Geistweise noch tief im Mittelalter steht, der das Unterwürfigkeitsverhält-

nis des Arbeiters in der alten Zeit unter allen Umständen auf das heutige Arbeitsverhältnis übertragen will. In den nichtbestehenden Kreisen kennt man ihn nur als den unermüdlichen Reimschmied zum Preise der entschundenen Punttschicklichkeit. Aber hinter dieser harmlosen Schwärzerei verbirgt sich ein tödlicher Haß gegen jede selbständige Bewegung der Arbeiterklasse. Nichts von Gleichberechtigung der Arbeiter! Der Unternehmer ist der „Brot Herr“, der Arbeiter der Empfangende, der Untergeordnete, der bitten darf und zu danken hat, wenn ihm der Brotherr Arbeit und Lohn gibt. Mit dieser Auffassung hat Nieß die Braunschweiger Unternehmer stark beeinflusst und hat sie zu starren, rücksichtslosen Arbeiterfeinden gemacht. Begünstigt wurde das durch eine lange Zeit außerordentlich schlechter Wautätigkeit, in der die Arbeiter, die sich stets einer guten Organisation erfreuten, manches hinnehmen mußten, was sie sich sonst nicht hätten bieten lassen. Das machte die Unternehmer selbstverständlich noch übermütiger. Bei solchen Verhältnissen kann es nicht wundernehmen, daß die Unternehmen nichts von dem Vertragsgedanken wissen wollten, in dem doch die Anerkennung der Organisation der Arbeiter und ihrer Gleichberechtigung liegt. Dieser Gedanke war ihnen fremd, und sie fügten sich nur dem Organisationszwange, als sie nach der Aussperrung einen Vertrag mit den Arbeiterorganisationen abschlossen. Den alten Herrenstandpunkt gaben sie damit nicht auf.

In der Zeit der schlechten Arbeitsverhältnisse mußten sich die Braunschweiger Bauarbeiter auch gefallen lassen, daß die Unternehmer einen Arbeitsnachweis einrichteten, der dann nach dem bekannten Muster arbeitete.

Seit einiger Zeit hat sich die Wautätigkeit in Braunschweig gehoben. Als sich infolge dessen die Nachfrage nach Arbeitskräften steigerte, wurde bei den Zimmerern der Wunsch rege, sich jetzt den verhassten Arbeitsnachweis vom Hals zu schaffen. Sie beschloßen im Frühjahr dieses Jahres, daß kein Mitglied ihrer Organisation den Nachweis benutzen dürfe. Dazu waren sie nach der Begründung des Vertragsmusters und den Entscheidungen des Zentralrichtsgerichts berechtigt. Die übrigen Bauarbeitergruppen schlossen sich diesem Vorgehen der Zimmerer nicht an, weil bei ihnen die Verhältnisse anders lagen.

Der Kampf um den Arbeitsnachweis hat den ganzen Sommer ausgefüllt. Die Zimmerer, die infolge der Sperre des Nachweises arbeitslos wurden, wandten sich nach andern Orten. Allmählich wurde aber den Zimmerern unternehmern etwas warm bei der Geschichte. Die Arbeitskräfte fehlten; sie hätten sie in Fülle und Fülle bekommen können, wenn sie auf den Nachweis verzichtet hätten; aber da sie das nicht wollten oder auf Beschluß des Arbeitgeberverbandes nicht durften, so kamen sie immer mehr in Bedrängnis. Schließlich sagte der Arbeitgeberverband, um den Zimmererunternehmern zu Hilfe zu kommen, den Beschluß, nun den Arbeitsnachweis für Maurer, Hilfsarbeiter und Dachbeder zu schließen, das heißt den arbeitslos werdenden Arbeitern dieser Gruppen die Erlangung anderer Arbeit überhaupt unmöglich zu machen; denn mit der Schließung des Nachweises wurde den Mitgliedern des Unternehmerverbandes nicht etwa freigestellt, nach ihrem Belieben Arbeiter anzunehmen, sondern der Stand der Dinge ist nun so: Ohne Zettel vom Nachweis wird niemand angestellt, aber der Nachweis gibt keine Zettel aus. Die Unternehmer ließen über ihren Beschluß in der braunschweigischen Tagespresse schreiben:

„Der Arbeitgeberverband hat das Baugewerbe zu Braunschweig, e. B., beschäftigte sich am Donnerstag in einer außerordentlichen Generalversammlung mit der seit Frühjahr von der Zimmerergewerkschaft über den Arbeitsnachweis verhängten Sperre und mit dem Abschließen der Sungsstellen und fremden Zimmergesellen. Hierdurch wurden und sind die heiligen Zimmergeschäfte arg geschädigt, da sie, von Arbeitskräften entblößt, ihren Auftraggebern in bezug auf Lieferung von Arbeiten nicht gerecht werden konnten beziehungsweise können. Infolgedessen wurden viele Arbeiten von auswärtigen Zimmergeschäften ausgeführt. Es kam einstimmig zum Ausdruck, daß man unbedingt die Zimmermeister in dem ihnen von der Zimmerergewerkschaft ausgegangenen Kampfe verbandsseitig unterstützen müsse. Beschlossen wurde zunächst, den Arbeitsnachweis für alle Gewerke, außer für die Zimmergesellen, so lange zu schließen, bis die Zimmermeister wieder geregelte Arbeitsverhältnisse in ihren Betrieben erhalten. Anfang nächster Woche sollen eventuell stärkere Maßnahmen zum Schutze der Zimmermeister getroffen werden.“

Es bedarf wahrlich keiner langen Darlegungen, daß sich die Braunschweiger Unternehmer damit eines großen Vertragsbruchs schuldig gemacht haben. Maurer und Bauhilfsarbeiter waren an dem Streik gar nicht beteiligt und selbst wenn auch sie wie die Zimmerer den Arbeitsnachweis gesperrt hätten, so hätten die Unternehmer noch kein Recht, darauf mit einer Aussperrung zu antworten; denn die Sperre eines Arbeitsnachweises verstößt nicht gegen den Vertrag. Die Unternehmerorganisation kann sich auch nicht damit ausreden, daß man keine Maurer und Hilfsarbeiter einstellen könne, weil durch das Fehlen der

Zimmerer die Arbeit stode; denn durch den oben abgedruckten Bericht ist die vertragsbrecherische Maßnahme ausdrücklich als Kampfmittel gekennzeichnet. Und im übrigen haben mehrere Unternehmer arbeitssuchenden Leuten Arbeit zugesagt, wenn sie vom Arbeitsnachweis einen Schein erhielten. „Wir dürfen Sie nicht einstellen, es ist uns bei hoher Strafe verboten“, so haben mehrere Unternehmer zu arbeitssuchenden Kollegen gesprochen.

Am Donnerstag der bevorstehenden Woche hatte sich auf Antrag unseres Zweigvereins die Schlichtungskommission mit der Angelegenheit zu beschäftigen; die Sitzung ist jedoch vollständig resultatlos verlaufen. Die Unternehmervertreter stellten sich, unter der Führung ihres Sekretärs, so naiv, daß sie es für ganz selbstverständlich hielten, so handeln zu dürfen, wie vorstehend geschildert. Da die vier Stimmen der Unternehmervertreter gegen und die vier Stimmen der Arbeitervertreter für den Antrag votierten, den Unternehmerverband des Vertragsbruchs schuldig zu erklären, blieb somit der Streik in dieser Instanz unentschieden.

Wir sind überzeugt, daß sich der Unternehmerverband seines Unrechts wohl bewußt ist, ebenso überzeugt sind wir aber auch davon, daß sich die Braunschweiger Bauarbeiter ein so niederrichtiges Verfahren nicht gefallen lassen werden.

Es ist wohl selbstverständlich, daß jetzt kein Kollege nach Braunschweig geht.

Industrie und Proletariat in Rußland.

Von W. Maistky. (Nachdruck verboten.)

3. Die Arbeiterbewegung vor der Revolution.

Die ersten Anfänge der modernen Arbeiterbewegung in Rußland sind in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu suchen. Schon im Mai 1870 brach in einer Petersburger Textilfabrik ein Streik von 800 Arbeitern aus, der von der Regierung mit rücksichtsloser Gewalt unterdrückt wurde. Dem ersten Streik folgten viele andere. 1872 streikten die Arbeiter der großen strengpolnischen Textilfabrik zu Narva, 1874 die Arbeiter einer Tuchfabrik in Moskau, 1875 die Metallarbeiter in Zlatopolislawogovernement, 1876 die Spinner in Orschowo-Suewo (in der Nähe von Moskau), 1878 wieder die Textilarbeiter in Petersburg usw. Diese immer mehr um sich greifende Streikbewegung erreichte ihren Höhepunkt in den gewaltigen elementaren „Arbeiterunruhen“ von 1880 in der Textilmanufaktur zu Jarzewo (Smolensktogovernement) und 1885 in der großen Textilfabrik von Morosoff zu Orschowo-Suewo. In diese Zeit fällt auch die Entstehung der ersten Organisationen der russischen Arbeiterschaft: des südrussischen Arbeitervereins, der 1875 gegründet wurde, und des nordrussischen Arbeitervereins, der unter Führung des talentvollen, später gefangenen Tischlers Chalturin von 1879 an in Petersburg eine rege Tätigkeit einsetzte. Die beiden Vereine bildeten geheime Organisationen und trugen einen sehr politischen Charakter und nahmen an der damaligen Streikbewegung fast keinen Teil. Ihr Bestehen aber war von sehr kurzer Dauer: die Regierungsverfolgungen — Verhaftungen, Ausweisungen usw. — vereitelten ihre Wirkung nicht und führten zur völligen Vernichtung der beiden ersten Arbeitervereinigungen zu Ende der siebziger und anfangs der achtziger Jahre.

Die Folge des Wachstums des Proletariats war, wie schon erwähnt, der Erlaß der ersten sozialpolitischen Gesetze: Einführung der Fabrikinspektion, Verbot des Ludshystens, Reglementierung der Strafen usw. Die Regierung suchte dadurch die aufgeregten Gemüter etwas zu beruhigen, erreichte aber gerade das Gegenteil. Die Unternehmer, die ihr eigenes Interesse sehr wohl verstanden, kümmerten sich um die sozialpolitischen Experimente der „Staatsmänner“ gar nicht und ließen die verwerflichsten Gesetze ohne jede Berücksichtigung. Ein Entstand in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine Reihe heftiger Konflikte und „Arbeiterunruhen“, die den Zweck hatten, die widerpenigen Fabrikanken zur Beachtung der gesetzgeberischen Maßnahmen zu zwingen.

Die große Hungersnot von 1891 bis 1892 und die darauffolgende Krise haben die Streikbewegung eine Zeitlang zum Stillstand gebracht, aber Mitte der neunziger Jahre entbrannten die Arbeitskämpfe wieder mit neuer Kraft. Die Proportionsperiode, die die zweite Hälfte der neunziger Jahre zeitigte, übte ihren natürlichen Einfluß auf das Proletariat aus und die Streiks und Arbeitseinstellungen brachen unaufhörlich bald hier, bald dort aus. Von den Konflikten dieser Zeit ist von besonderer Bedeutung der große Kampf der Petersburger Textilarbeiter von 1898

* Die beiden Vereine standen im allgemeinen auf dem Boden des sogenannten Volkssozialismus, einer spezifisch russischen Gattung des utopischen Sozialismus, erlarnen jedoch die Notwendigkeit der politischen Freiheit und des politischen Kampfes an.

bis 1897. Dieser Kampf entbrannte im Juni 1896, umfaßte 30 000 Arbeiter und dauerte etwa zwei Wochen. Da aber die Versprechungen auf Arbeitszeiterklärung, die bei der Beilegung des Streiks gegeben wurden, bis 1. Januar 1897 nicht in Erfüllung gegangen waren, wiederholte sich der Kampf im Januar dieses Jahres, wobei die Regierung sehr schärf gegen die Streikenden vorging. Nichtsdestoweniger sah sie sich gezwungen, den Forderungen der Arbeiter einigermaßen Rechnung zu tragen, indem sie am 2. Juni 1897 das schon einmal erwähnte Gesetz über den einhalbstündigen Maximalarbeitstag erließ.

Der Petersburger Kampf, der eine große Einmütigkeit, Disziplin und Opferwilligkeit der Arbeiter der Reichshauptstadt an den Tag legte, machte einen gewaltigen Eindruck auf das gesamte russische Proletariat. Und von nun an begann in Rußland eine lebhaft ökonomische Streikbewegung, die immer mächtigere Dimensionen annahm und bisweilen zu blutigen Zusammenstößen mit dem Militär führte. In demselben Jahre (1897) streikten mit großem Erfolg 30 000 Weber in Swanowo-Wobnesensk (Moskauer Gebiet), im Jahre 1898 brach ein gewaltiger Kampf in der Textilfabrik von Morosoff zu Jaroslawl aus, und in den nächsten zwei Jahren entbrannten wieder große Kämpfe, vor allem in der Textil- und in der Metallindustrie zu Petersburg, Rischan-Kongorod, Zlatopolislaw, Maripol, Niga, Sibau und vielen andern Städten.

Die Hochkonjunktur der zweiten Hälfte der neunziger Jahre endete mit einer schweren Krise von 1899 bis 1901, und diese Lastrage hatte für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung sehr große und weittragende Folgen. Bis dahin trug diese Bewegung einen rein ökonomischen Charakter, die streikenden Arbeiter kämpften nur gegen die Unternehmer, sie stellten ausschließlich ökonomische Forderungen auf und bezogten durch ihre Ausstände lediglich die Verbesserung ihrer materiellen Lage. Und da die russische Industrie gerade während dieser Periode einen großen Aufschwung genommen hatte, brachte die geschäftliche Latit der Arbeiterschaft eine Reihe nicht unbedeutender Erfolge. Aber mit dem Einsetzen der Krise änderte sich natürlich die ganze Situation. Der ökonomische Kampf wurde immer mehr aussichtslos, es trat eine massenhafte Arbeitslosigkeit ein, die Regierungsverfolgungen nahmen dabei einen immer wüthenderen und rücksichtsloseren Charakter an. Unter Wirkung aller dieser Umstände vollzog sich allmählich in den Arbeiterkreisen ein bedeutungsvoller Umstimmung: in dem Bewußtsein der aufgeklärtesten Schichten des Proletariats dämmerte jetzt der Gedanke auf, daß der Klassenkampf nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein politischer sein müsse. Der bitterste Gegner der Arbeiterschaft sei nicht allein das profitgierliche Unternehmertum, sondern in nicht geringerem Maße auch die absolute, stöckische Regierung, die mit Gewalttaten und Vajonetten das System der kapitalistischen Ausbeutung verteidige. Diese Auffassung bildete einen offenen Bruch mit der alten „ökonomischen“ Latit, sie zeitigte zugleich eine neue Periode in der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung.

Die Entstehung der Sozialdemokratie in Rußland datiert vom Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Schon 1884 wurde unter dem Namen „Die Gruppe der Befreiung der Arbeit“ die erste russische sozialdemokratische Organisation (im Ausland) gegründet, an deren Spitze der noch heute lebende Genosse G. Plechanoff stand. Diese Organisation trug aber hauptsächlich einen literarischen Charakter. Sie führte einen energischen Kampf gegen die zu jener Zeit in den Kreisen der russischen Intelligenz allherrschenden Ideen des utopischen Volkssozialismus und verteidigte mit Mut und Entschiedenheit den Standpunkt der modernen Sozialdemokratie, gab eine Reihe Broschüren und Bücher heraus und verbreitete sie auf geheimem Wege in Rußland. Diese Tätigkeit von G. Plechanoff und Genossen hatte wahrlich eine nicht zu unterschätzende historische Bedeutung: es ist ihnen zweifellos zu danken, daß in den Auffassungen der sozialistischen Kreise eine sichtbare Klärung zutage trat und daß die sozialdemokratische Lehre in Rußland festen Fuß faßte.

Das praktische Auftreten der Sozialdemokratie begann eigentlich erst Anfang des letzten Dezenniums des 19. Jahrhunderts. Zuerst bildeten die sozialdemokratischen Intellektuellen kleine geheime Zirkel unter den Arbeitern in Petersburg, Moskau und einigen großen Provinzialstädten und trieben darin eine eifrige Propaganda im Sinne der marxistischen Lehre. Allmählich aber gingen sie zur allgemeinen Agitation durch geheime Versammlungen und Flugblätter über, und um sich den unaufgeklärten breiten Massen etwas verständlicher zu machen, beschränkten sie sich in dieser Agitation auf Besprechung rein ökonomischer, alltäglicher Verhältnisse der Arbeiterschaft. Diese Latit hatte zweifellos einen gesunden Kern, aber der Bogen wurde von den damaligen Sozialdemokraten nach dieser Richtung hin zu stark überbunnt, so daß die äußerlich notwendige politische Auffassung des Proletariats eine Zeitlang vollständig vernachlässigt wurde.

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre entstanden in Petersburg, Moskau, Kiew, Zlatopolislaw, Charkow,

Nikolajew, Odesa und einigen andern Städten die geheimen sozialdemokratischen Organisationen, die fast durchweg den Namen „Verein zum Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse“ tragen und in erster Linie die ökonomische Agitation trieben. 1897 wurden auch „Der allgemeine jährliche Arbeiterbund“ und der ausländische „Verein der russischen Sozialdemokraten“ gegründet. Alle diese Organisationen nahmen einen regen Anteil an der lebhaften Streikbewegung Ende der neunziger Jahre und leiteten die größten Kämpfe (darunter auch den Kampf der Petersburger Textilarbeiter 1896 bis 1897) des Proletariats. 1898 fand der erste Tag der sozialdemokratischen Gruppen und Vereine (vertreten waren acht Organisationen) statt, auf dem die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands“ gegründet wurde. Das auf diesem Tag gewählte Zentralkomitee und die Redaktion des Zentraltorgans wurden freilich bald darauf verhaftet, die Weiterentwicklung der Partei ging jedoch unaufhörlich vorwärts. 1903 fand der zweite Parteitag der russischen Sozialdemokratie statt, der schon von 36 Organisationen besetzt wurde. Dieser Parteitag nahm das Organisationsstatut und das noch bis heute geltende marxistische Parteiprogramm an und beschloß eine Reihe wichtiger Resolutionen faktischer Natur. Die gemäß den Beschlüssen des zweiten Parteitag folgende Gestalt: In jeder Stadt, in jedem Industriezentrum, wurden in den Fabriken und Werkstätten geheime Gruppen und Zirkel von sozialdemokratischen Arbeitern geschaffen. Die Stadt war gewöhnlich in mehrere Bezirke eingeteilt, und die Vertrauensmänner der Gruppen und Zirkel bildeten für sich ein besonderes Bezirkskomitee. Die Bezirkskomitees waren durch ein vier- bis achtköpfiges Stadtkomitee miteinander verbunden, das die ganze Tätigkeit der „lokalen“ sozialdemokratischen Organisation bestimmte. Die Zentralleitung der Partei lag in den Händen des Zentralkomitees, das seinen Sitz in Rußland hatte, und des Zentraltorgans „Iskra“ (Funke), das im Ausland (in Genf) erschien und nach Rußland eingeschmuggelt werden mußte. Die enge Fühlung zwischen Zentralleitung und lokalen Organisationen der Partei wurde aufrecht erhalten durch chiffrierte Briefe und besonders herausragende Vertrauensleute des Zentralkomitees. Die Tätigkeit der damaligen sozialdemokratischen Organisationen bestand hauptsächlich in sozialistischer Propaganda und politischer Agitation, Herstellung und Verbreitung der „illegalen“ sozialistischen Flugblätter, Bücher und Broschüren, Selbstsammlungen für die Partei, Leitung der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft (eine gewerkschaftliche Organisation existierte zu jener Zeit nicht) und endlich in der Veranstaltung politischer Massenstreiks und StraßenDemonstrationen.

Die Regierungsbekämpfer verfolgten die sozialdemokratischen Organisationen heftig. Die nächstlichen Sausjudungen, Massenverhaftungen, Ausweisungen usw. waren an der Tagesordnung und unvermeidliche Begleiterscheinungen der sozialdemokratischen Tätigkeit. Ein Jahr aufreißender Arbeit war die durchschnittliche Dauer der Parteitätigkeit eines Mitgliedes. Dann wurde der Betreffende gewöhnlich festgenommen und nach zehn- bis zwölftägiger Untersuchungshaft auf administrativen Wege für die Dauer von drei bis fünf Jahren und mehr nach Sibirien verbannt. Welche Dimensionen die Verfolgungswut der Regierung erreichte, geht deutlich genug aus der Statistik hervor, daß nur innerhalb der Jahre 1901 bis 1904 etwa 1200 Personen verhaftet und etwa 1800 in Verbannung geschickt worden waren. Trotzdem hörte die Parteitätigkeit nicht auf, die entstandenen Lücken wurden sofort von neuen Leuten ausgefüllt, so daß die Organisationsarbeit keine Unterbrechung erlitt.

Dies war also der komplizierte, vollständige, durch und durch geheime politische Organisationsapparat, der in den Jahren 1903 bis 1904 unter dem Namen „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands“ bekannt war.

Nun kommen wir aber zur Schilderung der Ereignisse der Arbeiterbewegung seit der Krise von 1899 zurück. Mit dem Beginn der „politischen“ Periode in der Entwicklung dieser Bewegung wurde die alte, „ökonomische“ Richtung in der sozialdemokratischen Partei und in den breiteren Massen der Arbeiterschaft allmählich zurückgedrängt und bald gewonnen die „Politik“ und die Methoden des politischen Kampfes, sogar in größerem Maße, als es wünschenswert war, die Versuchung. Jetzt wurde das nächste und vornehmste Ziel des Proletariats der Sturz des ganzen absolutistischen

Systems und Eroberung der demokratischen Verfassung. Dementsprechend änderten sich auch die Taktik der Arbeiterbewegung, die Methoden und Mittel, die sie von nun an in Anwendung brachte. An Stelle des früheren ökonomischen Streiks kam jetzt eine neue Waffe: die politische Straßendemonstration.

Straßendemonstrationen veranstaltete schon 1897, 1898, 1901 und 1902 mit großem Erfolg die revolutionäre Studentenschaft von Petersburg, Moskau, Kiew, Charkow und andern Univeritätsstädten. Die Arbeiter nahmen nicht selten einen lebhaften Anteil an diesen Veranstaltungen, so zum Beispiel in Charkow und Moskau 1901, in Petersburg 1902. Jetzt organisierte das Proletariat unter Führung der Sozialdemokratie eine Reihe eigener Straßendemonstrationen, die vornehmlich im Zusammenhang mit der Meißelerei standen. Der 1. Mai wurde auf diese Weise 1901 in Charkow, Petersburg und Tiflis, 1902 in Waku, Saratow, Michni-Nowgorod und wieder Charkow, 1903 in Tomsk, Tiflis, Kojtroma und einigen andern Orten gefeiert. Trotz der weitestgehenden Verfolgungen der Regierung war die revolutionäre Wirkung dieses Auftretens sehr groß und die Sozialdemokratie gewann immer mehr an Macht und Bedeutung.

Ihren Höhepunkt erreichten aber die politischen Aktionen der Arbeiterschaft in dieser Periode in dem berühmten Novemberstreik von 1902 zu Moskau am Don und besonders in der riesenhafte sibirischen Generalstreikbewegung; im Juli und August 1903. Der Streik zu Moskau brach zunächst in den großen Werkstätten der Sibirischen Eisenbahn aus, breitete sich aber sehr rasch über die ganze Stadt aus, so daß nach zwei bis drei Tagen sämtliche Moskauer Arbeiter in den Ausstand traten und die gesamte Industrie dieses wichtigen Zentrums Sibirienlands vollständig stockte. Die Behörden, die zum erstenmal einen Generalstreik kennen lernten, verloren völlig den Kopf und ließen der sozialdemokratischen Organisation, ohne ihr einen Widerstand zu leisten, innerhalb einiger Tage Massenversammlungen unter freiem Himmel mit 20 000 bis 30 000 beteiligten Personen abhalten und in ihnen die fieberhafteste politische Agitation führen. Der Streik wurde bald beendet und darauf erfolgte die Verhaftung einiger „Aufwiegler“ und „Mißleitenden“; die Wirkung des Ausstandes auf die Stimmung des Proletariats in ganz Rußland war jedoch wirklich enorm.

Noch mächtiger gestaltete sich die sibirische Streikbewegung von 1903. Sie begann erst in Waku (Kaukasus), erreichte dann in kurzer Zeit Tiflis, Batum, Odesa, Nikolajew, Jekissawethgrad, Kiew, Jekaterinoslaw und eine Reihe kleinerer Orte. Überall nahm sie die Formen des Generalstreiks an, brachte die ganze Staats- und Wirtschaftsordnung in Verwirrung und gewährte der Bevölkerung auf einige Tage fast die volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit: in allen von dem Streik ergriffenen Städten fanden riesenhafte Versammlungen unter freiem Himmel und Demonstrationen durch die Straßen ungehindert statt. Der ganze Streik ließ sich von selbst allmählich, ohne der Arbeiterschaft irgendwelche nennenswerten ökonomischen Zugeständnisse zu bringen. Die politische Bedeutung der ganzen Bewegung blieb jedoch bedeutend. Sie erschütterte die bestehende, absolutistische Staatsordnung in ihren Grundlagen, entflammte die Massen der Bevölkerung und stellte ein richtiges Vorbild der immer näher andrückenden Revolution dar.

Nun begann die Regierung einzusehen, daß die Sache sehr ernst wird und daß sie mit der Reize nicht weiterwirtschaften könne. Da verfuhr sie etwas mit Zuderkrot zu erreichen. 1901 ließ sie unter Führung des bekannten Moskauer Polizeichefs Subatow eine Art gelber Organisationen ins Leben rufen, die der Zweck hatten, für die Organisationsbestrebungen der Arbeiter entgegenzusetzen ein Ventil zu bieten und sie zugleich von dem „verächtlichen“ Einfluß der sozialistischen Intelligenz zu isolieren. Auf diese Weise glaubte die Regierung, die widerspenstigen Massen am sichersten im Zaume halten zu können. Um die Arbeiter gewinnen zu können, führten die Agenten von Subatow eine „ökonomische“ Agitation in den Fabriken und Werkstätten und organisierten manchmal sogar Streiks. Sie sagten überall, daß die Regierung im Begriff sei, den Achtstundentag gesetzlich einzuführen, allmählich alle industriellen Unternehmungen den Kapitalisten abzugeben und schließlich den Arbeitern selbst zu übergeben, unter der Voraussetzung aber, daß die Arbeiter auf „Politik“ und Verfassungsbekämpfungen verzichten. Dieser „Polizeisozialismus“ fand in den wenig aufgeklärten Schichten des Proletariats einen zeitweiligen Widerhall. Solche gelbe Organisationen wurden 1901 in Moskau und Winsk, später auch in Petersburg, Odesa und noch einigen Städten gegründet. Das weitere Schicksal des „Polizeisozialismus“ war jedoch wohl Standpunkt der Regierung aus sehr traurig. Das Proletariat bleibt eben immer Proletariat und die russische Arbeiterschaft bestand es sogar, diese unter der strengen, polizeilichen Aufsicht stehenden Vereinigungen im Interesse ihres Kampfes zu benutzen. So bildete zum Beispiel ein kleiner, von den Polizeigenossen inszenierter Streik in Odesa den Ausgangspunkt für die ganze General-

streikbewegung von 1903 in diesem größten russischen Hafen. Ebenso rief die polizeisozialistische Organisation zu Petersburg, an deren Spitze der bekannte Barrer Gapon stand, die berühmte Bewegung der Petersburger Arbeiterschaft am 9. (22.) Januar 1905 hervor, die die Periode der Revolution in Rußland eröffnete.

Aus dem Baugewerbe.

Politische Besorgnisse und die Politik der Hypothekendarlehen. — Rückwirkung auf den Baunarkt. — Zunahme der Zwangsversteigerungen in Groß-Berlin und im Reich. — Aus dem Bericht der Tempelhofer Feld-Alt.-Ges. — Wie Terrains verkauft werden. — Zur Lage des Dresdner Baunarktes. — Beschäftigung der Gubernien & Großes Alt.-Ges. in Kiel und Aufträge der Julius Berger Tiefbau-Alt.-Ges. in Berlin. — Verteilung der Hypothekendarlehen der privaten Versicherungsgesellschaften. — Schäden einer übergrößen Verzinsung Groß-Berlins. — Hypothekendarlehen der preussischen Sparkassen.

Wiel mehr noch als durch die direkten Wirkungen des Balkankrieges wird das gesamte Wirtschaftsleben, wie wir jüngst an dieser Stelle schon ausführten, durch die Besorgnisse beeinträchtigt, daß die europäischen Großmächte doch in die Wirren hineingezogen werden können. Daß darunter auch der Bau-, Grundstücks- und Hypothekendarlehensmarkt, wird durch die Äußerungen der Hypothekendarlehenbanken auf eine Umfrage der „Wauwelt“ bestätigt. Die Hypothekendarlehenbanken und Versicherungsgesellschaften haben sich nach ihren übereinstimmenden Mitteilungen auf das Uebergreifen des Balkanbrandes auf Europa vorbereitet. Gleichgültig, ob sie an einen europäischen Krieg glauben oder nicht, müssen sie so handeln, als stände der Krieg in naher Aussicht. Ein europäischer Krieg bedeutet aber für die Hypothekendarlehenbanken das Zurückströmen von Pfandbriefen, für die Versicherungsgesellschaften das Fälligwerden gewaltiger Millionenbeträge von Versicherungssummen. Darmitell aufzuspeichern, ist also für die Anstalten beider Kategorien die Lösung. Nach dieser Parole ist bereits gehandelt worden, soweit das Hypothekendarlehensgeschäft nicht überhaupt schon geruht hat, ist es jetzt eingestellt worden. Es wird uns von einigen maßgebenden Hypothekendarlehenbanken berichtet, daß sie noch niemals so liquide waren wie augenblicklich. Sie sind vorbereitet auf alle Eventualitäten.

Wie diese Klüftung der Hypothekendarlehenbanken insbesondere auf die an sich schon stark eingeschränkte Tätigkeit der Bauspekulation wirken muß, bedarf keiner weiteren Ausführungen. So läßt bereits die Angst eines Krieges unter den europäischen Großmächten das Geschäftsleben, obgleich die Regierungen fortwährend ihre Einigkeit in dem Bestreben versichern, den Balkanbrand zu lokalisieren. Das eröffnet unermessliche Aussicht für die fürchtbaren Zustände, die im Falle einer noch näheren Kriegsgefahr oder gar eines Kriegsausbruchs durch Unterbindung aller Wirtschaftsfunktionen eintreten müssen.

Störungen der Unternehmungslust durch Kriegsbesorgnisse drücken auch die Lage des Baunarktes um so mehr, da hier die inneren Verhältnisse nachgerade überreichen Belastungsproben ausgesetzt sind. Wieder ist eine Zunahme der Zwangsversteigerungen zu verzeichnen, und zwar bezeichnend sich diese Zunahme keineswegs nur auf Groß-Berlin, wo die Zahl der Subhastationen allerdings die stärkste Steigerung erfahren hat. So wurden in den ersten drei Quartalen 1912 Zwangsversteigerungen im Vergleich zu dem Vorjahre ausgeschrieben:

Im Amtsgerichtsbezirk	1912	1911
Berlin-Mitte	284	246
Berlin-Wedding	211	195
Berlin-Schöneberg	271	134
Berlin-Tempelhof	116	116
Charlottenburg	306	185
Neukölln	304	186
Berlin-Bantow	133	109
Berlin-Weißensee	33	45
Berlin-Lichtenberg	152	81
Berlin-Lichterfelde	104	67
Köpenick	157	146
Summa	2071	1499

Gestiegen sind die Zwangsversteigerungen auch in den meisten andern Großstädten, so unter anderm in Weimar, Bremen, Hannover, Leipzig, Mannheim und München, abgenommen haben die Zwangsversteigerungen im Vergleich zu dem Vorjahre in weit weniger Städten, zu diesen gehören unter anderm: Dresden, Altona, Halle, Erfeld und Posen.

Müht sich die Geschäftsart der Terrainspekulation wieder einmal durch den Bericht der Tempelhofer Feld-Alt.-Ges., jener Gesellschaft, die unter auffechterregenden Umständen in Konkurrenz gegen die Stadt Berlin das Tempelhofer Feld, den bekannten Berliner Eruppenübungsplatz, vom Fiskus erwarb. Im ersten Jahre nach der Aufnahme des Geschäfts hat die Gesellschaft ziemlich lebhaft Terrainverkäufe abgeschlossen, aber zu Bedingungen, die volkswirtschaftlich starke Bedenken hervor-

* Anfangs des 1900er Jahre wurde in Rußland noch eine sozialistische Partei gegründet: die der Sozialrevolutionäre. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die stets als Klassenpartei des Proletariats auftrat, verteilten die Sozialrevolutionäre den Standpunkt, daß Proletariat, Kleinbauern und revolutionäre Intelligenz zusammengehören und in einer sozialistischen Partei vereinigt werden müssen. Außerdem erkannten die Sozialrevolutionäre als ein geeignetes Kampfmittel gegen die Regierung den Terrorismus an. Dagegen befaßte die Sozialdemokratie auf schärfste die Zweckmäßigkeit der Anwendung dieser Waffe. Es bestanden zwischen beiden Parteien nicht unbedeutende Unterschiede auch auf dem Gebiete der Theorie und Geschichtsauffassung, die 1902 bis 1904 den Anlaß zu scharfer Polemik gaben. In der Arbeiterbewegung konnten die Sozialrevolutionäre niemals einen festeren Fuß fassen.

rufen müssen. Es stehen dem Kaufpreis von insgesamt M. 2050200 Restkaufgelder von M. 2851342 gegenüber, der Barerlös betrug demnach nicht ganz M. 100 000. Die Verwallung der Tempelhofer Feld-Alt.-Ges. glaubt diesen Zustand als ganz einwandfrei betrachten zu können, sie erklärte einem Handelsblatt, daß sie Grundstücke nur an solvente Verkäufer veräußert und deshalb keine Bedenken getragen habe, eine Anzahlung von 4 bis 5 pSt. als genügend anzusehen, zumal da die Restkaufgelderhypothek absolut sicher ständen. Zu berücksichtigen sei auch, daß die vom Käufer bar zu entrichtenden Umsatzebühren circa 3 pSt. betragen. Wenn die Tempelhofer Feld-Alt.-Ges., hinter der alle Großbanken stehen, derartige Verkaufsbedingungen für normal hält, dann kann man daraus schließen, was erst schwächere Zerraingesellschaften anstellen, um Käufer heranzuziehen. Bei allem Hochdruck, mit dem die Zerrainverkäufe betrieben werden, vermeiden die Verkäufer doch, Interessenten durch mäßige Preise heranzuziehen, weil sie damit zugleich die Preissteigerungen für ihren sonstigen Zerrainbesitz verhindern würden. Die Konsequenz ist die Heranziehung finanzschwächerer Kreise für die bauliche Erschließung, oder, um es deutlicher zu sagen, die Anlockung von Leuten, die nichts mehr zu verlieren haben, von Leuten, die früher oder später das Gezeir der Bauwindler vermehren.

Gegen die Beurteilung des Dresdner Baumarktes nach den Berliner Verhältnissen wendet sich eine Erklärung der Schutzgemeinschaft für Bauleistungen in Dresden. „Wir sehen uns zu der Erklärung veranlaßt“, heißt es darin, „daß die Bauverhältnisse der Stadt Dresden nebst Umgebung zurzeit im allgemeinen keinen Grund zur Beunruhigung, weder für die Bauleistenden, noch für die Hypothekendarleiher bieten, und wir die Wiederholung einer Katastrophe, wie sie vor zehn Jahren eintrat, deshalb als ausgeschlossen betrachten können, weil die ungesunde Baustellen-Spekulation mit den damit verbundenen Preisüberreibungen völlig beendet ist. Die Qualität der Bauten infolge der energischen Maßnahmen der staatlichen und städtischen Baupolizeibehörden eine viel bessere geworden ist, die Herstellung von Wohnungen den Bedarf noch nicht übersteigt und deshalb die Vermietungsbeziehung noch günstig benannt werden kann, die Vergößerung der Einwohnerzahl der Stadt Dresden stetig fortschreitet, die Baustellenverkäufer sehr annehmbare Verkaufsbedingungen bewilligen und nach unserm letzten Geschäftsbericht die Zwangsversteigerungen in einer noch nie dagewesenen Weise nachgelassen haben. Die Zahlungseinstellung eines hiesigen Bauvereins, der schon zu Beginn seiner Tätigkeit von uns abfällig beurteilt worden ist, und einige andere Zahlungshindernisse, die uns nicht überraschen, halten wir für Einzelfälle, wie sie in allen andern Geschäftskreisen ebenfalls jederzeit vorkommen.“

Ueber die Beschäftigung der großen Tiefbaunehmen liegen wiederum günstige Aeußerungen vor. So teilte die Habermann & Gutzs Aktien-Gesellschaft in Kiel kürzlich mit, daß sie in den letzten Tagen Aufträge an Staatsbauämtern im Werte von circa anderthalb Millionen Mark erhalten hat, auch sonst sei der Geschäftsgang gut zu nennen. Auf das Jahresergebnis dürfte nicht ganz ohne Einfluß bleiben, daß durch den Streik der englischen Kohlenarbeiter Mehraufwendungen für Kohlen verursacht worden seien. — Der Julius Berger Tiefbau-Aktien-Gesellschaft in Berlin sind von Hamburger Senat die Erdarbeiten für den Bau der Walddörferbahn im Werte von etwa M. 600 000 übertragen worden, die Gesellschaft gibt an, daß sie außerdem in neuester Zeit Ausschreibungen für Staats- und Kommunalbehörden im Betrage von circa einer Million Mark erhalten hat, ferner wurden ihr seitens der Generaldirektion der schweizerischen Bundesbahnen die Erd- und Brückenbauarbeiten für die Strecke Kdnau-Sißach (Anschluß an den Hauenstein-Tunnel) im Werte von circa M. 400 000 übertragen.

Ueber die Verteilung der von den privaten Versicherungsgesellschaften gegebenen Hypotheken enthält der Bericht des Kaiserlichen Ausschusses für Privatversicherung bemerkenswerte Angaben. Neu ausgegeben wurden im Jahre 1911 von diesen Gesellschaften 3452 Darlehen im Betrage von M. 409 087 000, auf städtische Grundstücke entfielen davon 3425 Darlehen mit M. 408 538 000, auf ländliche Grundstücke 27 Ausleihungen in einem Betrage von M. 484 000. Von den Verleihungen städtischer Grundstücke kamen auf Berlin mit den Vororten allein 1028 Darlehen im Betrage von M. 239 399 000. Daß ein so kolossaler Anteil der Hypothekengelder der Versicherungsgesellschaften auf Groß-Berlin entfällt, wird damit zu erklären versucht, daß die hauptsächlichsten Unternehmungen in Berlin ihren Sitz haben, daß es für die Gesellschaften ferner am einfachsten und billigsten sei, ihr Geld dort anzulegen, wo sie die Verhältnisse am besten kennen und der Verkauf Berliner Grundstücke in Groß-Berlin leichter und einfacher

vorgenommen werden könne, als in den mittleren und kleineren Städten. Aber diese Umstände erklären die enorme Bevorzugung Groß-Berlins für die Anlagen der Versicherungsgesellschaften doch nicht ganz, als wesentlich kommt hinzu, daß die Leitenden Preise der Versicherungsgesellschaften an der Zerrain-Spekulation in Groß-Berlin stark interessiert worden sind, wie schon die Personalunion in den Versicherungsgesellschaften, Hypothekenbanken und Zerraingesellschaften erkennen läßt. Wäre der Zustrom von Hypothekengeldern aus den Versicherungsgesellschaften nach Berlin in früheren Jahren weniger flüchtig erfolgt, so hätte das die Spekulation auf dem Groß-Berliner Baumarkt rechtzeitiger gehemmt, viele der gefährlichen Ausschreitungen wären dann wahrscheinlich verhindert worden, was allen am Baumarkt Beteiligten freizehen genügt hätte.

Ende 1910 entfielen von den gesamten Kapitalanlagen der in Deutschland arbeitenden privaten Versicherungsgesellschaften auf Hypotheken- und Grundschulden 4347 Millionen Mark, die öffentlichen Sparkassen in Preußen, einschließlich der Hohenzollernschen Lande, hatten nach einer Denkschrift, die kürzlich dem Preussischen Abgeordnetenhause zugeing, in Hypotheken und Grundschulden 7072 Millionen Mark, die 61 pSt. ihres gesamten Vermögens entsprechen, angelegt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die internationale Börsepanik: Berlin, Paris, Wien. — Die Internierung der Großbanken.

Die Börsenkrise, deren Anfänge das letztmal noch erwähnt werden konnten, hat eine solche Schärfe und zugleich international eine solche Ausbreitung angenommen, daß bei der Fortdauer dieser allgemeinen Spekulationspanik sehr leicht auch die andern Wirtschaftskrisen — Kreditorganisation, Warenabfall und Produktion. — mit in den Abgrund hinuntergerissen werden können. Eine zeitweilige Verhütung trat gelegentlich ein, aber jedesmal folgten ihr neue, meist heftigere Rückschläge in die alte Verzweiflung, und in großen und ganzen rechnete man zumeist noch mit keiner wesentlichen Verbesserung. Auf jeden Fall lohnt es, das Bild, das die Börsen in der letzten Zeit darboten, eingehender festzuhalten.

Berlin hatte am 1. und 2. Oktober, dann wiederum am 11. und 12. Oktober seine flüchtigsten Tage; dem schwarzen Dienstag, an dem die Mobilisation Bulgariens, Serbiens, Montenegros, und Griechenlands in zweifelsfreier Weise bekannt wurde, folgte in der nächsten Woche ein noch schwärzere Freitag, kurz nachdem Montenegro der Türkei den Krieg erklärt hatte (8. Oktober). Alle kritischen Tage des letzten Jahrzehnts sind dadurch überholt worden: sowohl der 8. Februar 1904, der den Abbruch der friedlichen Beziehungen zwischen Rußland und Japan brachte, wie der schwarze Sonntag vom 9. September 1911, der durch die plötzliche Unterbrechung der deutsch-französischen Zolltarifverhandlungen erzeugt wurde, und endlich der 29. September 1911, an dem durch die Kriegserklärung Italiens an die Türkei die ganze orientalische Frage damals bereits sich aufzulösen schien. Um die Kursbewegungen zu kennzeichnen, führen wir einige der bekanntesten Montanunternehmen, dann ein paar Elektro-, Maschinen-, Fahrrad- und andere Fabrikationswerke, weiter eine Reihe von Schiffahrts- und Bankaktien an, die vor der Allseitigkeit der Börzengerrüttung eine Vorstellung geben:

	30. Sept.	1. Oktbr.	6. Oktbr. (Wiedereröffnungstag)	12. Oktbr.
Concordia-Bergwerk	331	323,10	324	300
Deutscher Schachtbau	424	414	414	380
Hessentirchen	210,50	197,50	203	186,75
Harpener	200,10	193,10	197,80	182
Hartholz-Bergwerk	191	185	183,50	166,75
Ilse Braunkohle	461,25	442	459,75	440
Deutsche Erdöl	294,75	287	289,50	268
Nobel-Naphtha	354,50	310	307,25	270
Bochumer Gußstahl	240	238,50	237,50	227,75
Deutscher-Luzernberg	185,70	177,30	182,90	167,2
Goeth	329,75	332	332,50	312
Phoent	283	276,50	280,10	261,50
Hombacher Güte	183,75	177	180,60	166
Allgem. Elektr.-Gesellsch.	269,80	265	266,40	248,50
Siemens & Halske	240,50	235,25	236,80	217,50
Schudert	168	156,25	158,30	142,25
Filter u. Brautechnische Maschinen	315	304	314,50	296
Maschinenfabrik Kappel	505	493,50	495	412
Schubert & Solzer	339,75	326	334,75	307
Wogland, Maschinen	730,25	707	650	615
Wilmersdorf	619,80	593,25	600	560,75
Gezellsch.-Fabrik	315	296	307,75	270
Daimler-Motoren	386	325	331	284
Höchstler Farbenwerke	645,25	633	634	606,25
Bereit. Chemische Char-lottenburg	350,25	338	340	322
Mechan. Weberei Linde	342	335,10	336,80	310,25
Nordb. Lloyd	128,60	122,50	126,90	112
Hamburg-Amerika	162,50	154,30	158	144,75
Hansa-Dampfer	327,75	316,25	319,90	275
Deutscher-Nachricht.-Dampfer	210,10	198	204,20	188,25
Deutsche Bank	266,80	252	253,90	243,50
Disconto-Gesellschaft	189,75	186,60	186,90	180,75
Deutscher Kreditbank	201	199,50	197	186
Peterb. Ant. Handelsg.	219,50	211	214,10	199,50
Rußensbank	164,80	159,10	159,10	149,50

Denselben oder einen noch schlimmeren Niederbruch zeigte die in ihrer Leistungsfähigkeit zu vielgerühmte Pariser Börse, die nicht nur mit russischen, sondern auch mit Balkanwerten überladen ist und daher in erster Linie von tiefergehenden orientalischen Wirren wirtschaftlich getroffen wird. Sachverständigen berechnen, daß in Balkanpapieren zurzeit rund 4000 Millionen (4 Milliarden) frank-französischen Vermögens angelegt sind, neben den Milliarden von Staatspapieren, die auf Rechnung der russischen Freundschaft zu sehen sind. Die plötzliche katastrophale Wertung warf um so mehr alles aus dem alten Geleise, weil die russischen Industriewerte, die letzten samt und sonders eine so unnatürliche Kurssteigerung durchgemacht, gleichfalls massenhaft dem Pariser Markt zugeführt waren. Die französische Rente selber, der Stolz aller Patrioten und die Sehnsucht aller Kleinbürger und Arbeitenden, erreichte eine Tiefe, wie sie seit mehr als zwei Jahrzehnten niemals erlebt wurde: noch am 31. Juli stand sie auf 91,30, am 12. Oktober fiel sie auf 87,90.

Die Wiener Börse war ein genaues Spiegelbild von Berlin; der 2. und 3. Oktober brachten die erste umfassende Panik, und nach einer leichten Erholung brach alsdann am 11. und 12. Oktober ein noch schwererer Rückfall herein. „Am letzten Freitag“, schreibt man der „Frankfurter Zeitung“ unter dem 13. Oktober aus Wien, „waren bereits in den meisten Papieren die Tiefstufur der ersten Panik nahezu erreicht, in einzelnen Werten überschritten. Der Markt war reif für eine neue Wendung. Sie wurde ausgelöst durch die Panikstürze der Auslandsbörzen, insbesondere der Pariser Börse, und durch die Melbung von der Wahrscheinlichkeit des Worrachs der türkisch-kaisersischen Friedensverhandlungen. Zu Beginn der Börse am Samstag lagen denn auch auf allen Marktgebieten ungeheure Verkaufsaufträge vor, denen auch zu viel tieferen Kurzen auch nur unanändernde Kaufordereis nicht gegenüberstanden. Die schwächste Schicht der Spekulation, die der Vorkontingente, war zwar schon während der vorangegangenen Kursrückgänge zum großen Teil hinausgedrängt worden, doch kam natürlich auch von dieser Seite noch viel Ware auf den Markt. Das Gros der Verkäufe stammte aber diesmal von der Kundenschaft der besseren Kommissionshändler, und vor allem der Banken, die mit ihren zahllosen Filialen und Depotstellen während der Hauptperiode das Hauptkontingent der Käufer gestellt hatten. Immer war behauptet worden, daß das Kundengebiet viel solider geworden sei, daß die Käufer potente Kreise seien, daß die Banken auf große Deckung sehen, daß das spekulativ gestufte Publikum nicht mehr erschreckt und daß daher die Wiederkehr der Paniken, die in früheren Zeiten für die Wiener Börse so charakteristisch waren, nicht zu befürchten sei. Wie vorausgesehen war, haben sich diese Annahmen als hinjänglich erwiesen.“

In London bewachte man längere Zeit größere Ruhe, bis die von Paris und Berlin nach dem günstiger gebliebenen Markte abgesetzten Werte auch hier zum Dammbrech führten. Immerhin zeigte sich London ziemlich widerstandsfähig. Noch mehr zu erhellen, dem die europäischen Handel am fernsten liegen und das durch den amerikanischen Produktionsausfall weniger bekräftigt war, um große Mengen europäischer, oder noch früher in Europa untergebrachter Papiere ohne dringende Nachfragen aufnehmen zu können. Nur die Selbstenapptheit fürchtete man hier allenfalls für später, als Folge teils der Produktionsanpassung im Innern, teils der neu übernommenen Zahlungsverpflichtungen nach außen.

Montag, der 14. Oktober, kann wieder als erster ruhigerer Börzentag angesehen werden. Am Sonnabend war in Berlin eine Vespung von Vertretern der Großbanken vorangegangen und man scheint sich hierbei zu einem energischeren Eingreifen gegen weitere Panikstürze des größeren „Publikums“ gegenseitig angewendet zu haben. Vielleicht rechnen die Banken auch damit, daß die Kurse den möglichen niedrigsten Stand nunmehr erreicht haben und daß ein Ankauf kaum noch mit Gefahren verbunden sein kann; sondern höchstens recht erkleckliche Gewinne verpachtet — falls nicht neue Wollen auf dem Balkan oder auch nur auf dem Geldmarkt sich zusammenballen. Denn von London aus wird jedoch eine Diskontenerhöhung als nahe bevorstehend angekindigt.

Berlin, 15. Oktober 1912. Max Schipfel.

Politische Umschau.

Reichstenerungsdebatte im preussischen Abgeordnetenhause. — Der agrarische Konflikt empfängt den Segensspruch des zufriedenen Heydenbrand. — Die Disfunktion der preussischen Berliner Schlichter. — Vom Balkanbrand.

Unter dem Eindruck der gewaltigen sozialdemokratischen Massenemonstration des letzten Sonntags, die den Macht-habern Preußens noch einmal das Leitmotiv des Volkswillens millionenstimmig entgegenstimmterten, trat am Dienstag der Reichstagswoche das preussische Dreiklassenparlament zu seiner letzten Sitzung vor den Neuwahlen zusammen. Wenn auch schon gleich am ersten Tage seines Wiederzusammentritts einige Petitionsdebatten, sowohl die über das kommunale Wahlrecht der Frauen als auch eine zweite über die Befreiung des Hausbesitzerprivilegs, die alte rückschrittliche Tendenz des Dreiklassenhauses offenbarten, so sollte erst recht die Leichterzeugung an der Debatte dem deutschen Volke besonders drastisch zum Bewußtsein bringen, daß das Haus der Junker und Pfaffen die Verkörperung aller Reaktionen und Volksfeindlichkeiten bedeutet.

Wie recht hätten wir doch, „wir“ die von den einigen Wochen im Anschluß an die „Leuerungaktion“ entbrannten Streit zwischen der Regierung und den Bündlern als Kampf mit Welschwertern charakterisieren; wie betrogen müssen sich die Reichstagsmitglieder und ewig Soffnungsmüssen fühlen, die aus dem bekannten Vorleset zwischen dem Regierungsorgan und der bündlerischen „Deutschen Tageszeitung“ auf ein ernstes Zerwürfniß zwischen Bethmann

und den konservativen Drahtziehern schlossen. Die De-

Warten der letzten Tage werden allen, die sehen wollen, die Augen wieder geöffnet und die Erkenntnis gebracht haben, daß die Regierung nie ernstlich die Absicht gehabt hat, durch wirksame Maßnahmen die Forderung zu befähigen und dauernd die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Der Reichstanzler hatte gewiß seine guten Gründe, den Reichstag nicht einzuberufen, trotzdem die Fleischsteuerung, als Folgeerscheinung unserer agrarischen Wirtschaftspolitik, eine Reichsfrage allerersten Ranges ist. Wo fände auch die Regierung, die selbst heute noch auf dem Boden der „bewährten“ Wirtschaftspolitik steht, eine glücklichere Resonanz als in dem Hause, das mit seiner erdrückenden agrarischen Mehrheit der Träger dieses unheilvollen Systems ist. War schon die Interpellation der National-Liberalen, die sich auf die Frage nach dem Erfolg der bisherigen Regierungsmaßnahmen und nach den Mitteln beschränkte, die die Regierung zur Steigerung der inländischen Fleischproduktion zu treffen gedenkt, nichts sagend genug, so gilt das in noch viel höherem Maße von der Begründungsrede durch den nationalliberalen Herrn Schiffer. Zwar fand auch dieser einige kritische Worte gegen die Untätigkeit der Regierung, zwar mußte auch er zugeben, daß die Fleischnot keine vorübergehende Erscheinung sei, doch wußte er außer einer „verstärkten inneren Kolonisation“, keine Maßnahmen vorzuschlagen, um einer weiteren Steigerung der Lebensmittelpreise vorzubeugen. Andererseits mußte er nicht genug den „Schutz der nationalen Arbeit“ zu preisen und sprach sich energisch gegen eine Aenderung des Fleischbeschaugesetzes aus, die doch die notwendige Voraussetzung der Verbilligung der Fleischpreise ist. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die Nationalliberalen im Reichstagsparlament noch um einige Grade agrarischer sind als im Reichstag. Während diese wenigstens zum Teil für die Aufhebung des verhängnisvollen § 12 des Fleischbeschaugesetzes und für zeitweise Aufhebung der Futtermittelzölle ist, lehnte Herr Schiffer im Namen der Landtagsfraktion energisch ab. Auch ihm begründete der Abgeordnete W i e m e r die Interpellation der Fortschrittler, in der die bisher getroffenen vorübergehenden Maßnahmen der Regierung für unzulänglich erklärt werden und die Regierung auffordert, im Bundesrat auf weitere Maßnahmen der Regierung hinzuwirken. Als solche Maßnahmen werden bezeichnet, die Aenderung des Fleischbeschaugesetzes, die Aufhebung der Futtermittelzölle und die Förderung der inneren Kolonisation.

Allgemein war man gespannt auf die Haltung, die der Reichstanzler und preußische Ministerpräsident v. Bethmann-Sollweg in der Debatte einnehmen würde. Solange wie irgend möglich sträubte er sich, den Agrariern Rechnung tragen, zu irgendwelchen Maßregeln gegen die Forderung die Hand zu bieten. Als dann aber schließlich die auf solche Forderungen drängende Volksbewegung, an der bekanntlich auch die städtischen Verwaltungen, die Handelskammern und andere Körperschaften sich beteiligten, immer stärker wurde, konnte er nicht umhin, ihr einige „Konzeptionen“ zu machen. Ueber die Unzulänglichkeit der von ihm in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident und Reichstanzler getroffenen Maßnahmen haben wir uns genugmal ausgesprochen. Obwohl Herr v. Bethmann dabei ganz offenkundig vom Bestreben geleitet war, das herrschende unheilvolle System nicht zu verletzen, erhoben die Agrarier doch, entsprechend ihrer alten Taktik, ein tödendes Geschrei gegen ihn. Sie beschuldigten ihn, ein „Bündnis mit der landwirtschaftsfeindlichen Demokratie“ eingegangen zu sein und die Absicht zu haben, das „bewährte“ Schutzsystem zu durchbrechen. Sie bedrohten ihn mit ihrer Unnade, mit schärfster Opposition. Als der leitende Staatsmann in der „Nord. Allgem. Ztg.“ darauf energisch antwortete und den Bündlern vorwarf, daß sie eine „hebräische Agitation“ gegen die Regierung betreiben, gaben sich viele bürgerliche Presse der Meinung hin, er werde zunächst im preußischen Landtage eine „gründliche Abrechnung“ mit den „Sehdebrand“ und Konforten halten. Diese optimistischen Politiker wurden schwer enttäuscht.

Die lange Rede, die Bethmann am 25. Oktober im Abgeordnetenhause hielt, muß als Leistung einer überaus drastischen staatsmännischen Anknüpfung und Oberflächlichkeit beurteilt werden. Mit außerordentlicher Weitschweifigkeit, unter Verwöhnung höchstsonderbarer Worte — eine Kunst, in der Herr v. Bethmann ja, bekanntlich Meister ist —, unternahm er den Versuch, seine „Ausführung“ mit den Agrariern zustande zu bringen und das Volk zu „beschwichigen“. Er leistete geradezu das Unerhörteste, was bisher im Forderungstempel geleistet worden ist. Nachdem er sein „menschliches Mitgefühl“ mit den notleidenden Massen beteuert hatte, versetzte er sich zu der ungewöhnlichen Behauptung, die hohen Preise der Lebensmittel seien nicht Opfer, die einer wackeren Schutzpolitik gebracht werden, sondern ein „Kribbutan“ das Vaterland“ und an seine „Sicherheit“. Den Agrariern aber versicherte er feierlich, daß er unbedingt festhalten werde an dem herrschenden System, und daß die Regierung nicht einwilligen werde in die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, durch den bekanntlich lediglich bezweckt wird, „zugunsten des agrarischen Fleischwunders die Einfuhr überseeischer Gefrierfleisch zu verhindern“. Abgesehen davon, daß Herr Bethmann sich hütete, die Agrarier, die ihn noch wenige Tage vorher schärfster verlästet und bedroht hatten, auch nur mit einem einzigen Worte zu verlegen, war diese Versicherung völlig ausreichend, auch die Agrarier und ihre Bundesgenossen zur äußersten Wille zu stimmen. Der „ungekrönte König“ Sehdebrand ließ seine Gnade leuchten über dem Sünder. Er dankte ihm für seine

Galtung und befandete sehr demonstrativ, daß er das „Vertrauen der Landwirtschaft“ wieder gewonnen habe.

Daß dem reaktionären Reichstanzler der preußische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer sehr dankbar, ist selbstverständlich. Dieser Herr wagte zu behaupten, daß das arbeitende Volk nicht unter Fleischnot, sondern unter einem „Uebermaß an Fleischgenuß“ (III) leide. Fleisch, Fleisch, nichts als Fleisch will das „gewöhnliche“ Volk essen. Das tut ja nicht einmal ein Minister, der kann sich die nötige Abwechslung in der Ernährungsweise beschaffen; er ist nicht immer Fleisch und nicht nur Fleisch vom Schwein und Rind, sondern auch Geflügel, Kaviar, Austern, Hummer und sonstige nahehafte Delikatessen. Weshalb tut das „hebräische“ Volk das nicht auch? Herr v. Schorlemer empfahl den Arbeitern geradezu, nicht mehr wie bisher täglich Fleisch zu essen! Wie viele Arbeiter, kleine Gewerbetreibende, Beamte usw. gibt es denn, die seit Jahren schon sich den „Luxus“ des täglichen Fleischgenusses noch leisten könnten? Der Herr Minister wird erfahren, daß die arbeitenden Klassen seine Ermahnungen als eine „Verhöhnung ihrer Not“ empfinden und ihn danach beurteilen. Nur ein grimmes Gelächter kann es auslösen, daß er schließlich auch noch den Mut fand, sich seiner „Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen“ zu rühmen.

Als dem Verlauf der Debatte, die am Sonnabend, 26. Oktober, ihr Ende fand, ist hauptsächlich noch die scharfe und gründliche Kritik erwähnenswert, die der sozialdemokratische Abgeordnete Ströbel an den regierenden Herren, den Agrariern und ihren Verbündeten sowie an dem ganzen System der Lebensmittelverknüpfung übte. Das Zentrum ließ durch den Abgeordneten Wiesner verkünden, daß der Agrarismus „nicht den einzelnen Landwirten, sondern der Volksernährung“ diene und daß der § 12 des Fleischbeschaugesetzes wegen der „Sicherung gefunden Fleisches“ nicht aufgehoben werden dürfe. Da hat dieser Arbeitervertreter den vielen „Vorbeeren“, die er sich schon errungen hat, ein neues Reich hinzugefügt.

Das Resultat dieser Fleischsteuerungsdebatte ist: Herr v. Bethmann ist wieder als Vertrauensmann der Agrarier anerkannt. Der § 12 des Fleischbeschaugesetzes wird nicht aufgehoben, und auch an die Aufhebung der Futtermittelzölle denkt die Regierung nicht. Es bleibt zur höchsten Freude der agrarischen Lebensmittelmacher alles beim alten.

Sonach können diejenigen, die bisher noch auf eine frühere Einberufung des Reichstages gehofft hatten, diese Hoffnung ruhig fahren lassen. Herr v. Bethmann würde ja, nachdem er im preußischen Reichstagsparlament sich „gerühmlich“ und seine Stellung darzulegen hat, dem Reichstage nichts anderes sagen können. Dort aber wird er auf der Anklagebank sitzen, dort werden die Sozialdemokraten und hoffentlich auch die Freiwirtschaften, mit ihm energisch und rücksichtslos ins Gericht gehen.

Ein paar elende Brosamen für sind es, die die Regierung dem Volke zuwirft und den Städten gnädigst gespartet, von diesen Armen Gebrauch zu machen. Obwohl die Stadtverwaltungen von der Unzulänglichkeit der Maßnahmen überzeugt waren, haben sie keinen Augenblick geögert, von dem weniigen, was die Regierung bot, Gebrauch zu machen. So hat besonders die Verwaltung der Stadt Berlin, alles in ihrer Macht liegende getan, um so rasch wie möglich größere Mengen russischen Fleisches auf den Markt zu bringen und dem Publikum zu angemessenen Preisen zu verkaufen. Da verhindert in den letzten Augenblick, unter Bruch einer gegebenen Zusage, die Herren Fleischer die Durchführung des Versuches der Stadt Berlin. Während Hunderte von Arbeiterfrauen bereitwillig in den Verkaufshallen warteten, blieb das russische Fleisch in den Lagern, der Geschäft des Verderbens ausgelegt, weil die wortbrüchigen Schlichter ihre schädigen, heimlichen Profitinteressen über das Wohl der Gesamtheit zu stellen belieben. Es ist erfindlich, daß der Magistrat ernstlich gewillt zu sein scheint, mit der gebotenen Energie gegen die Rüpelseien und Unberschämlichkeiten derjenigen vorzugehen, die den Sankal verurteilt haben. Möge er weiterhin aus den Vorgängen auch die Lehre ziehen, daß man nicht nur das Fleisch herbeizuschaffen, sondern auch den Verkauf zu organisieren hat.

In der äußeren Politik nehmen naturgemäß die kriegerischen Vorgänge am Balkan, wo mit dem Aufgebote aller Kraft und großer Erbitterung gekämpft wird, die Aufmerksamkeit der Kulturwelt dauernd in Anspruch. Der Massenfanatismus, der noch durch das religiöse Moment weiter aufgeheizt wird, scheint dort tatsächlich wilde Orgien an Grausamkeit und Mord zu vollbringen. Bei den einander widersprechenden Nachrichten ist es unmöglich, sich ein klares Urteil über den Stand der kriegerischen Aktion auf den einzelnen Kriegsschauplätzen zu bilden. Im Interesse des europäischen Friedens wäre es zu wünschen, daß die Türlen, die allen Anscheine nach augenscheinlich durch den vereinten Vorstoß der räuberischen Balkan-Erneuerungsgesellschaft hart bedrängt werden, bald Herren der Situation werden und den verbündeten Gottesgnadenbanditen die wohlverdiente Züchtigung für ihre Hauptpolitik zuteil werden liegen.

Landeskonferenz der Fliesenleger.

Am 13. Oktober traten die Vertreter der Fliesenlegersektionen unseres Verbandes in Erfurt im „Ziboli“ zu einer Landeskonferenz zusammen. Morgens Punkt 9 Uhr eröffnete Kollege Frey Paeplov im Auftrag des Verbandsvorstandes die Sitzung. Einleitend führte er aus: Die letzte Konferenz tagte im Jahre 1907. Verhängnisvolle Umstände trugen dazu bei, daß die Vertreter der Fliesenleger erst heute wieder zusammenberufen sind. 1909 und 1910 verhängte es die große Lohnbewegung, 1911 ergab eine an die Zweigvereine gerichtete Umfrage, daß die Einberufung in diesem Jahre nicht viel Wert habe, weil vor der Lohnbewegung 1918 und dem Verbandstage doch eine Zusammenkunft stattfinden müsse. Zu der jetzigen Konferenz habe der Verbandsvorstand auch Delegierte der Terrazzoarbeiter und Steinholzleger eingeladen. Es bestesse nicht die Absicht, diese beiden Berufe mit dem unferigen zu einer gemeinschaftlichen Sektion zu vereinigen. Zu wünschen und notwendig sei jedoch eine nähere Verbindung und gegenseitige Führung dieser Berufe untereinander. Namentlich liege dies im Interesse einer möglichst günstigen Durchführung der Lohnbewegungen. Die Leitung der Verhandlungen wurde den Kollegen Paeplov und Köpfer vom Verbandsvorstand übertragen. Kollege Kessel-Göln übernahm das Schriftführeramt.

Auf Vorschlag Paeplovs traten dann die Delegierten der Terrazzoarbeiter zu einer gesonderten Beratung zusammen, deren Ergebnis nachher durch den italienischen Sekretär in deutscher Sprache (die Delegierten sind Italiener) der Gesamtkonferenz vorgetragen werden soll.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Berichte der Delegierten, äußern sich sämtliche Vertreter der Fliesenleger. Nach ihren Ausführungen geht im Beruf eine ständig steigende Entwicklung vor sich. Nachhaft kritisiert die Zusammenstellung der Wahlbestimmungen für die Delegiertenwahlen sowie die zugrunde gelegten Mitgliedsbeiträge. Bemängelt wurde die späte Einberufung der Konferenz. Die einzelnen Sektionen sowie die Wahlabteilungen hatten nicht genügend Zeit zu den einzelnen Fragen und Anliegen Stellung zu nehmen. Verlangt wurde, daß in Zukunft vor der Landeskonferenz Konferenzen in den einzelnen Interessengebieten abgehalten werden. Die Frage der Arbeitsvermittlung fand eingehende Erörterung. Gewünscht wurde, dem Adressatengeld des Verbandes die Adressen der Sektionsvorstände beizufügen. Die Stellung der Hilfsarbeiter in den einzelnen Sektionen fand eine eingehende Würdigung. Hierzu hatte die Sektion des Zweigvereins Nürnberg eine Statistik aufgenommen mit folgenden Ergebnissen: Die Umfrage war an 63 der größten Zweigvereine unseres Verbandes gerichtet worden. In 17 Orten fallen die Hilfsarbeiter unter den allgemeinen Bauarbeitertarif, in 4 Orten ist nichts geregelt und in 4 Orten gehören sie zur Sektion der Fliesenleger. In München besteht eine eigene Sektion für die Hilfsarbeiter unseres Gewerbes. 24 Orte wünschen eine Regelung der Verhältnisse der Hilfsarbeiter im Fliesenlegergewerbe, 11 Orte dagegen nicht. Nach der Umfrage waren 2701 Fliesenleger vorhanden, davon organisiert 2305 = 85 %; ferner 349 Hilfsarbeiter, davon organisiert 280 = 80 %. Von 808 durch die Umfrage festgestellten Unternehmen waren 184 = 60 % organisiert. Auf einen Hilfsarbeiter entfallen somit acht Fliesenleger. Würde man auf zwei bis fünf Legeer einen Hilfsarbeiter rechnen, so müßten 1080 Hilfsarbeiter beschäftigt sein. Einige etwa 150 bis 200 Mitglieder zählende Sektionen beantworteten die Umfrage nicht. Der Beruf umfaßt demnach heute mehr als 3200 Arbeiter. In höchstens 10 bis 12 Orten werden ständige Beihilfen gestellt. Für kleinere Arbeiten, von einigen Orten abgesehen, kommt die Stellung von Hilfsarbeitern nicht in Frage. Für größere Arbeiten, abgesehen von den Fällen, wo der Unternehmer die Hilfsarbeiter zu stellen hat, wird ihre Verwendung auf das Vermittlungsbedürfnis beschränkt. In 9 Orten sind nach der Umfrage Köpfer mit Verlegerarbeiten mehr oder weniger beschäftigt. Bei 2 Verlegern, in Mannheim und München, sind die Hilfsarbeiter als Vertragslehrlinge mitbestellt. — Zur wichtigen Frage des Mitgliedsbeitrages erhielt der Verbandsvorstand nach voraufgegangener gründlicher Aussprache den Auftrag, hierüber Erhebungen zu veranstalten.

Die nach der Mittagspause bekanntgegebene Prüfung der Mandate ergab, daß von den Fliesenlegern sämtliche Delegierte anwesend sind, Weiter von den Terrazzoarbeitern fünf, Delegierte sowie der Redakteur des „L'Operato Italiano“ und die beiden italienischen Sekretäre des Verbandes die Kollegen Stadl-Ostnung und Hoff-Karlsruhe. Von den Steinholzlegern sind drei Delegierte erschienen, außerdem als Gast der Vorsitzende des Köpferverbandes, Genosse Drunfel. Der Hauptvorstand ist vertreten durch die Kollegen Paeplov und Köpfer, der Ausschuß durch den Kollegen Schulz-Berlin. Es fehlen je ein Delegierter der Terrazzoarbeiter aus München und der Steinholzleger aus Geln.

Aus dem dann erstatteten Bericht des Kollegen Hoff von der Aussprache der Terrazzoarbeiter geht hervor, daß die Bewegung unter den Terrazzoarbeitern Fortschritte macht. Die gestrichelten Lohnbewegungen brachten annehmbare Erfolge. Jedoch sei beim Abschluß von Verträgen die Einziehung wirklich sachverständiger Personen zu wünschen, damit Fehler vermieden werden. Hoff wies weiter darauf hin, daß die Lohnkämpfe der Fliesenleger durch die Terrazzoarbeiter sehr erheblich beeinflusst werden könnten. So sei zum Beispiel der Streik der Legeer in Stuttgart hauptsächlich dadurch in die Länge gezogen worden, daß viele Arbeiter, die ursprünglich in Fliesen geplant waren, während des Streiks in Terrazzo ausgeführt worden seien. Ein dortiger Terrazzounternehmer versicherte ihm, während des Streiks ein Bombengeschäft gemacht zu haben; er wünsche, daß die Fliesenleger während des ganzen Jahres streikten. Ein Irrtum sei es, anzunehmen, die Terrazzoarbeiter kämen nur bei Fußbodenbelag in Frage. Es gibt Orte, in denen Terrazzounternehmer auch Wandbeläge übernehmen, ohne natürlich die tarifliche Löhne der Fliesenleger zu zahlen. Es sei deshalb unbedingt notwendig, daß die Fliesenleger nie überhaupt alle Innenbauarbeiter den Terrazzo-

Arbeitern mehr Aufmerksamkeit widmen. Kollege Woff empfiel, dahin zu streben, daß die Verträge der Fliesenleger, Stein- und Terrazzoarbeiter zu gleicher Zeit ablaufen, damit nicht die eine Gruppe dazu benutzt wird, während eine Lohnkampagne der anderen deren Arbeiten in andern Material auszuführen. Genosse Drunzel vom Töpferverband begrüßte die sachliche Art der Kritik. Er sei aber der Ansicht, daß Fliesenlegerarbeiten Obliegenheiten der Töpfer seien und meinte, daß ein Kartellvertrag zwischen unserm und dem Töpferverband etwaige Differenzen zu beiderseitiger Zufriedenheit beseitigen könne. Kollege Raeplov antwortete auf die einzelnen Ausführungen. Die späte Einberufung der Konferenz habe daran gelegen, daß man sich anfangs nicht darüber einig war, ob die Konferenz der Spezialarbeiter vor oder nach dem Verbandstage stattfinden sollten. Als letzteres festgestellt, habe man schnell arbeiten müssen. Er sei dies nicht angenehm. In Zukunft werde man anders handeln. Wenn die angeführten Mitgliederzahlen nicht stimmten, so hätten wohl die Zweigvereinsvorstände schuld. Eine Korrespondenz der Sektionsvorstände ohne Mitteilung an den Zweigvereinsvorstand halte er für unrichtig. Deshalb sei es fraglich, ob die gewünschte Änderung im Adressenverzeichnis von Vorteil sei. Der Verbandsvorstand soll sich mit der Arbeitsnachweisraße beschäftigen und geeignete Maßnahmen treffen. Ebenso soll in der Hilfsarbeiterfrage vorgegangen werden. Die im Verband der Töpfer organisierten Fliesenleger betreffend, wird der Verbandsvorstand von dieser Organisation verlangen, daß diese Kollegen unserm Verband zugeführt werden. Der Abschluß eines Kartellvertrages ist zur Lösung dieser Frage ungeeignet.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung standen die Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Verhandlung. Die Frage der Lohn- und Affordarbeit wurde hierbei besonders behandelt. Dem von Schumann-Hamburg hierzu erstatteten Referat ist folgendes zu entnehmen: Die Form des Zeitlohns habe in unserm Beruf eine Ausbeutung der Arbeitskraft unserer Kollegen ermöglicht, die bei allgemeiner Durchföhrung der Affordform nicht zu erreichen gewesen wäre. Eine richtigste Antreibereinstufung die Müllerei zur höchsten Mitte. Werde im Mauerer- und Dachdeckerberufe die Affordarbeit begünstigt, so sei in unserm Gewerbe das Gegenteil der Fall. Unsere ältesten Kollegen sind Anhänger der Affordarbeit, weil sie bei dieser Entlohnungsform noch Aussicht haben, Arbeit zu erhalten. Wogegen bei Zeitlohn der Arbeiter bevorzugt wird, der die meisten Blatten an die Wand klebt. Bei schlechter Konjunktur müssen die alten Kollegen in erster Linie unter der Arbeitslosigkeit leiden. In Hamburg hat die Organisation eine Maximallieferung für Tageslohnleistungen festgesetzt, um der unumgänglichen Gefahr entgegenzuwirken und den mit großen Wähen erreichten Affordlohn aufrecht zu erhalten. In Kiel wird bei der Einstellung von Le gern eine Leistungsbeurteilung von 30 am verlangt. Wenn man früher den Zeitlohn als die einzig richtige Lohnform betrachtete, so haben die Erfahrungen uns das Gegenteil bewiesen. Die Diskussionsredner sprachen fast alle im gleichen Sinne. Welche Meinung bei der Mehrheit der deutschen Fliesenleger über die Frage der Entlohnungsform besteht, das ergab die glatte Ablehnung des Antrages Stuttgart, die Affordarbeit überhaupt, und des Antrages Bremen, die Affordarbeit für die inneren Stadtgebiete abzuschaffen. Nur der Stuttgarter Delegierte stimmte dafür. (Doch schien auch er innerlich mit der Mehrheit übereinzustimmen. Der Schriftführer.) Eine Resolution der Sektion Köln, monach in einem Lohnvertrag nur eine Lohnform gelten, sollte darüber, nach welcher Lohnform gearbeitet werden solle, die Sektionsversammlung zu entscheiden hat, fand einstimmige Annahme. Gleichartig lautende Anträge lagen von Hamburg und Berlin vor. Anträge aus Hagen, Dortmund, Hannover und Essen, die sich auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse bezogen, wurden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Zwei Anträge aus Köln wollten, daß überall die Stellung von Hilfsarbeitern verlangt sowie die Garantie des Stundenlohnes in die Tarife aufgenommen werde. Diese beiden Anträge betrachtete die Konferenz durch die Beschlüsse vom Jahre 1907 als erledigt. Ein weiterer Antrag, die angehenden Blatten nach Stückzahl zu berechnen, soll in den Sektionen erst beraten werden.

Weim dritten Punkt der Tagesordnung nahm die Konferenz Stellung zum bevorstehenden Verbandstag. Der Antrag des Verbandsvorstandes, die Einrichtung der Wahlabteilungen zu den Landeskonferenzen der Spezialberufe dem Vorstand zu überlassen, fand die Zustimmung der Konferenz. Der Entwurf der Arbeitslosenunterstützung wurde den Sektionen zur eingehenden Prüfung empfohlen. Weiter wurde die neue Wahlordnung zum Verbandstag noch besprochen. Kollege Raeplov meinte, die größeren Zweigvereine werden es den Fliesenlegern ermöglichen, auf dem Verbandstage vertreten zu sein. Sollten jedoch keine Fliesenleger gewählt werden, so werde der Hauptvorstand wohl Veranlassung nehmen, zwei Kollegen als Gäste zur Teilnahme an dem Verbandstag einzuladen, damit die Interessen der Fliesenleger gewahrt werden. Kurz nach 8 Uhr hatte die Konferenz ihre Arbeiten erledigt. Der Kollege Raeplov berichtete, daß der Verbandsvorstand werde, was irgend angänglich sei, tun, um den Wünschen der auf der Konferenz vertretenen Spezialgruppen Rechnung zu tragen. Raeplov sagte zum Schluß: „Wenn ich auch oft gesagt habe, daß ich die Spezialisierung in unserm Gewerbe nicht gern sähe, weil wir ohne sie besser wären, so können wir uns der wirtschaftlichen Entwicklung nicht entgegenstellen. Wir haben zwar die Entwicklung nicht gefördert, aber wir haben sie für die Gesamtorganisation auszunutzen versucht. Den Mauern haben wir die Vorteile der kleinen Gruppen als Vorbild vorgestellt. In diesem Sinne wünsche ich, daß die Delegierten in der Heimat für Einigkeit wirken, damit wir im nächsten Jahre aus der Lohnbewegung mit Erfolgen hervorgehen.“ Damit schloß die vom besten Geiste geleitete Landeskonferenz der Fliesenleger.

Job. Pfeiffer

Bauarbeiterbewegung.
Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes.
Berichtigung zur Wahlkreiseinteilung.

Im KB 4 muß es statt Schuppenbeil Mührungen heißen.

Der Zweigverein Sarjagerode wählt im 2. Wahlbezirk, KB 3.

Der Zweigverein Vangensalza steht im KB 2 des 2. Wahlbezirks zu Unrecht. Im KB 1 ist richtig.

Der Zweigverein Sargjagerode wählt im 2. Wahlbezirk, KB 3. Unter Wahlbezirk 3, KB 2, wählt auch der Zweigverein Bergedorf, Dennach sind im KB 2: Mitglieder 3056. M 2087 = 2 Delegierte. H. 969 = 1 Delegierter.

Der Zweigverein Mühlhausen im KB 3 ist ungültig.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Zu den diesbezüglichen Anträgen sind die gedruckten Formulare E, welche vom Verbandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden. Das Verbandsbuch des betreffenden Mitgliedes ist jeweils mit den Anträgen einzuweisen. Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 19. bis 26. Oktober erteilt für:

Zweigverein	Name des Mitgliedes	Beruf	Buch-Nr.	Mann oder Frau
Hamburg	L. Post	Hilfsarb.	254948	Mann
	H. Kauf	Maurer	204982	Frau
	Joh. Schneider	"	58033	Mann
	Gust. Schmann	Hilfsarb.	186407	Frau
	Albert Schuster	Maurer	198589	"
	M. Marx	Hilfsarb.	79541	Mann
	August Ernst	Maurer	50593	"
	Josef Ler	"	50604	"
	M. Fingel	"	50307	"
	G. Friedrich	Hilfsarb.	119208	Frau
	Konrad Siebert	"	240721	Mann
	Otto Eyr	Maurer	71608	Frau
Bromberg	Ernst Storch	"	72162	Mann
	Wih. Stange	Stuffteuer	268797	Frau
	Ernst Storch	Hilfsarb.	110068	Mann
	Karl Malsch	"	26266	"
	Karl Malsch	Maurer	22632	"
	G. Nauchmann	"	20792	"
	Karl Malsch	"	188188	"
	Ernst Storch	"	203839	Frau
	H. Oehlschlager	"	218422	"
	Joh. Schichron	"	49186	Mann
	Paul Andro	Hilfsarb.	238966	Frau
	Ernst Bergner	Maurer	212814	"
Christ. Piep	"	13647	Mann	
Carl Dahme	"	12388	"	
Wih. Matthes	Hilfsarb.	134601	Frau	
Richard Vogel	Maurer	196769	"	
Wolff. Helm	"	32073	"	
E. Algrimm	Hilfsarb.	240623	Mann	
Heinr. Werfenz	"	203931	Frau	
F. Renschhofer	"	41787	Mann	
Joh. Stöckinger	"	37121	Frau	
Joh. Narnbauer	"	219607	"	
Georg Prechtel	"	36774	"	
R. Zimmermann	"	193605	Frau	
F. Stolz	Stuffteuer	260289	"	
Paul Raschpe	Maurer	166487	"	
Gustaf Weit	"	74818	Mann	
Carl Böckphal	"	74892	"	
Karl Boigt	"	191515	"	
J. Rathmann	"	164681	Frau	
H. Orthograt	Maurer	191182	Mann	

Vom 15. bis 21. Oktober haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkassa gefandt: Alpbda M. 432,10, Arnstadt 422,04, Arnkand 128,67, Altenburg 25,06, Aurich 492,18, Asten 204,31, Altdorf 56,31, Altsleben 47,60, Amsturg 43,10, Altdamm 250,12, Altforf i. Bay. 285,90, Amberg 252,20, Annaberg i. S. 168,08, Altsdorf i. Bay. 138,66, Auenberg 71,80, Altsdorf (Sachsen) 40,60, Altsdorf i. d. E. keine 369,75, Aulstedt 22,20, Ansburg 4,51, Angermünde 476,19, Auerbach 316,16, Altsleben 6,12, Bielefeld 12 468,50, Blankenburg a. S. 839,88, Briel i. Meckl. 349,57, Bittow i. Pommer. 311,08, Branden 266,65, Burgstede 207,31, Berner i. D. 141,27, Berven 141,99, Borsdorf i. S. 115,51, Burglar 92,21, Belgern 60,04, Burgsteinfurt 16,44, Braunsbüttel 1283,86, Bernburg 875,88, Brunsig 633,51, Bode i. Pommer. 341,15, Barby 341,40, Barch i. M. 326,37, Belgard a. d. Berl. 258,43, Bernsee Belth i. d. Belg. 177,18, Burg a. Fernsbarn 168,14, Bartenstein 227,89, Belgit i. Th. 98,37, Borsdorf i. S. 79,56, Bethau 147,89, Birgen 12 987,89, Bayreuth 3185,63, Bamberg 2885,13, 59,20, Bamberg 2987,89, Bayreuth a. d. S. 145,02, Bärenstein i. S. Brieg 2170,08, Bogenburg a. d. S. 72,80, Barzstede 112,26, Bünde i. W. 39,56, Burg i. Dithm. 72,80, Barzstede 338,08, Bornstede 204,56, Bismberg 31,63, Brandmühl 244,99, Birnenwerder 78,10, Borna 39,20, Bülow 335,44, Bremen 4000, Coblenz 1429,95, Calbe a. d. S. 546,21, Croßen a. d. Ober 351,62, Gersk 139,80, Caputh 411,01, Croßen a. d. D. 37,87, Giffen Garmtau 144,48, Coesfeld 10,16, Elm 27 876,70, Giffen i. Pommer. 665,65, Colbitz (Bezirk Magdeburg) 139,25, Cönnern a. d. S. 130,55, Coßfeldt 121,94, Coßlin 2,90, Cöbich 279,99, Cottbus 503,18, Cöthen 228,67, Dessau 286,94, Cöben 178,07, Dreeß 120,80, Döbbernhau 112,65, Demmin 682,71, Droyßig 362,93, Dahlen 309,14, Dähmsdorf 145,87, Dommitzsch 33,23, Düsseldorf 14 770,19, Danzig 14 156,32, Deutsch-Eupau 626,28,

Deutsch-Basselwitz 218,12, Driesen 192,14, Dürrnangen 38,90, Dömitz 169, Eberswalde 391,38, Erdoborn 371,50, Eyd- luhnen 341,45, Eichenau 168,63, Eichhof i. Bomm. 97,16, Eißwege 53,25, Eutin 1288,51, Einbeck 556,44, Ester 119,37, Eißer- hauen 26,38, Edding 65,65, Estort 891,52, Egelu 13,11, Frankfurt a. d. O. 1178,54, Freiburg i. Schl. 633,48, Fürsten- wald 249,84, Füssen 275,76, Fiddigau 9,12, Finsterwalde 682,90, Filheue 240,89, Froburg 161,24, Friedrichroda 92,05, Freiberg i. S. 2089,07, Freyhan 1512,52, Freiberg i. Meckl. 301,01, Fülba i. S. 228,34, Füllau 208,86, Fürstberg a. d. O. M. 158,24, Flatow 8,60, Franenburg i. S. 141,62, Frankfurt a. d. O. 18 000, Fürstberg i. M. 75,55, Fulda 744,27, Friben 311,69, Gadebusch 318,57, Galtzberg 812,18, Gommern 236,12, Groß-Neudorf 203,25, Gräfenhainichen 109,56, Gumbinnen 685,12, Gransee 502,61, Gardelegen 480,76, Sargj 443,88, Genthin 210,30, Giffelbeie 209,54, Gifhorn 198,22, Groß-Beerne 124,91, Groß-Kreutz 103,74, Güstow 104,79, Seckend- 29,59, Groß-Schönebeck 26,18, Groß-Predten 10,08, Grotz 4899,19, Glabfeld i. W. 2702,89, Goslar 392,70, Graßwald 557,38, Grimma i. S. 333,24, Grogatt 815,87, Grotzshausen 280,52, Grimmen 270,16, Gundersheim 242,72, Guldau i. S. 235,50, Glatz i. Schl. 221,63, Glatz a. Rügen 208,50, Groß- Wofers 151,63, Gützwil 153,36, GutsMuthausen 146,65, Göttinger 107,60, Grauenslein i. Schleswig 59,60, Goldberg i. Schl. 817,14, Gollnow 788,33, Götz 606,22, Gumbach i. S. 480,02, Gießhacht 419,55, Grabow i. Meckl. 276,84, Groß- habersdorf 261,53, Goldberg i. Meckl. 186,42, Grefenhanen 167,37, Gulow 63,69, Güttingen 492,43, Gützin 349,63, Geyer 128,18, Gießhau 62,65, Garburg 1600, Sobenau 502,52, Gartz 170,32, Gernsdorf 152,03, Gulow (Petersen) 80, Hannover 5000, Hameln 2445,40, Holttau 783,97, Hinters- 261,74, Heinrichswalde 212,04, Hagenow 211,39, Hammer- lein 178,55, Hohenehrstede 91,40, Herzberg a. d. Elster 37, Gellighausen 29,40, Herford 1182,95, Halle a. d. S. 5485,30, Herne 2867,82, Hagen i. W. 1408,77, Hirschberg i. Schl. 319,82, Halberstadt 209,63, Heidenorf 222,45, Hirschberg a. d. Saale 104,67, Hahnenleben 89,46, Hilbrowhausen 60,44, Holskirchen 35,55, Hötensleben 14,60, Hainburg 14 642,12, Heideberg 2599,24, Helmstedt 599,19, Hagenau 14 646,69, Havelbeide 203,78, Hermisdorf i. M. 38,85, Hof i. B. 5660,40, Hermsdorf b. Berlin 138,81, Heilsbrunn 46,96, Jena 319,70, Jeyer 723,88, Jahnitz i. Bommern 410,85, Jzheho 351,11, Jastrow 15,50, Jungolstadt 203,26, Jetersch 174,86, Jümenau 274,43, Kahla (Rallenbach) 15, Ratzenlauren 540,78, Klotter- lausitz 529,10, Kolbeneder 184,09, Kempen i. Posen 109,70, Kelmeh 57,39, Kellinghusen 151,07, Kayna 83,81, Karlsruhe 9568,21, Krafau i. Meckl. 437,43, Kappel 321,66, Klingenthal 155,11, Krausnick 51,27, Kirchhain 34,20, Korbach 25,44, Knauthen 12,30, Kirchwälder 242,52, Krim a. d. M. 1,02, Königs- wusterhausen 432,29, Konitz 218,16, Königslutter 191,91, Langenbela 726,27, Lancha 280,74, Laubenburg a. d. Elbe 282,12, Lörrach 245,66, Lengwa 219,91, Loitz 184,20, Lüben 172,28, Lüneburg 22,20, Lüdenitz 1286,10, Liegnitz 1092,66, Leisnig 294,76, Langensalza 216,83, Langenmehendorf 199,27, Laffan i. Bommern 129,22, Landau i. d. Pfalz 85,77, Lipp- stad 90,98, Landsbut 1174,71, Löbau i. S. 1113,88, Lych 1085,97, Limbach i. S. 674,82, Langenitz 287,55, Löhne i. Westfalen 191,55, Loburg (Bezirk Magdeburg) 189,23, Lütjensburg 175,29, Lutschin 115,71, Lissa i. Polen 61,40, Lingen a. d. Elbe 65,02, Löttau i. Westpreußen 17,16, Lötowitz 17,01, Lohse 470,32, Lübbede 172,88, Luosen 31,11, Lüch- tenburg 328,48, Leer i. Ostfriesland 215,91, Löhnen i. Schl. 213,21, Mühlhausen i. S. 2201,85, Mühlhausen a. d. Ruhr 1000, Marien- werber i. Westpreußen 199,87, Marzgrafweide 182,92, Müll- berg a. d. Elbe 130,79, Munster i. Hann. 68, Meuselwitz 5, Merseburg 1037,08, Mühlhausen i. Th. 593,90, Müllernwalde 420,84, Marne 286,65, Miltoslaw 125,20, Mührungen 1326,49, Mittenbera 828,82, Mühlberg i. Bayern 160,09, Mariow i. Mecklenburg 67,80, Marburg 877,82, Maroburg 874,24, Meiersberg 278,69, Mingeberg 44,06, Magdeburg 6973,86, Miltow 200,84, Märzdorf 186,77, Minden i. Westf. 2699,80, Memmingen 342,28, Mannheim 8,60, Neubufow 474,86, Neubrandenburg 297,43, Neba 186,02, Neugersdorf 159,18, Nordhausen 772,06, Neumarkt i. Schl. 542,60, Neustäter- hütte 285,39, Neustadt a. d. Orla 165,47, Niederhausen 120,41, Neufalten 121,80, Neuhagen 112,10, Nürnberg 84 032,14, Neu- damm 617,73, Nordbahn 369,05, Nottorf 215,67, Neu- hardenberg 85,78, Nöcky 503,94, Neustadt i. Goltz 415,71, Nienburg a. d. Saale 414,20, Noffen 183,94, Neuhaus a. d. Elbe 298,28, Neukloster i. Meckl. 183,48, Neustadt i. Meckl. 170,89, Neutal 457,27, Osnabrück 578,56, Ost. Bad 447,38, Oderberg i. d. Wart 381,11, Oranienburg 471,53, Oehsenhof 845,49, Osterholz-Scharmbeck 753,82, Osterleben 361,38, Opferhaufen 188,98, Oels i. Schl. 249,22, Osdorf 149,96, Osterwieck 80,24, Oderbergen 154,42, Odenburg i. Goltz. 86,08, Orlstede 702,21, Oeynhausen 612,35, Offenbach 379,40, Ochsenwälder 229,93, Oberuß 220,60, Odmitze 101,61, Orlau i. B. 18 856,68, Osen 5492,96, Penzlin 291,65, Pillkallen 271,60, Pöschel 134,95, Pirchbera 384,63, Perleberg 154,36, Pritzwalt 54, Preßb. 2,70, Prießhagen 726,69, Pöschel 287,44, Prießb. 187,16, Pläue a. d. B. 156 162,11, Pleiß 81,85, Projitzella 60,30, Paaren 48,95, Plattinig 98,08, Plau i. Meckl. 393,96, Paretz 10,12, Preußisch-Friedland 89,26, Pommersfurt 446,92, Quedlinburg 430,85, Quiedorn 291,03, Remscheid 66,90, Reinersdorf 522,80, Rühla 270,68, Rottenburg i. Hann. 274,36, Ravensburg 29,60, Ratzenow 546,62, Riebenburg 219,56, Regis i. S. 156, Röhda b. Cassel 141,16, Rheina i. Meckl. 140,46, Raguhn 118,22, Rastenn- berg i. Th. 38,50, Rabegofch 31,63, Rabeberg i. S. 484,88, Raitenburg a. d. Tauber 292,70, Rößlar i. Anh. 285,70, Reichenbach 174,96, Ronneburg 109,01, Reutlingen 88,30, Reuthor 13,47, Ruffach 24,48, Rösenberg i. d. M. 397,30, Röhne 103,52, Radolfzell 76,15, Roth a. S. 336,71, Ritgenwalde —25, Rastenburg i. Pol. 1182,36, Rieding- hausen 571,78, Rudolfsfeld 608,99, Reinfeld 161,28, Rheine 89,48, Reichenbach i. Vogtland 600, Raguhn 50, Södingen 1897,04, Sonneberg i. Thür. 579,38, Sorau i. d. M. 520,05, Seehausen (Kr. Mansfeld) 469,37, Scheuß- berg 377,71, Schönewalde i. d. M. 147,25, Schönningen 118,38, Schöndersleben 118,60, Saldahausen 76,02, Saarbrücken 3207,18, Segeberg 721,18, Steinhau i. S.-M. 522,35, Sternberg i. M. 282,22, Tangenhausen 212, Gostf i. M. 172,56, Stelich i. M. 136,83, Schönfeld i. d. M. 92, Neumarkt 136,48, Schwiebus 120, Schönbach i. M. 87,22, Schweinfurt 63,80, Seyda Res. Halle 39,97, Saalfeld a. d. S. 14,04, Stolp i. Pomm. 1680,20, Schwerin i. M. 1455,25, Schweidnitz 755,12, Striegnau 606,46,

Stargard i. Pomm. 589,21, Sebnitz i. S. 419,36, Siegen i. W. 435,88, Saarbrun 446,12, Schwyz 378,88, Schopfloch 290,46, Sadow i. M. 255,20, Strehlen i. Schl. 176,34, Seddin i. d. M. 172,77, Stolberg i. S. 169,16, Suhlungen 122,44, Siedenbollentin 116,28, Steinau a. d. Oder 75,44, Solbin 52,35, Schöppfurm 35,78, Schiersee 892,26, Straßburg i. E. 1264,80, Stultgart 7600, Sonderburg 812,81, Schleiz i. Neuh. 264,72, Schnebeck 173,58, St. Ludwig 151,60, Schöffn 149,63, Schwaan 153,48, Silberbrunn 101,64, Saarlautern 32,36, Stabe 17,25, Sondershausen 209,92, Straßburg i. Westpr. 160,17, Schweinitz a. d. Elbe 110,42, Schwennungen 64,36, Schmülin 272,22, Sennsburg 106,10, Stargard i. Westp. 93, Swinemünde 500, Tals i. Bay. 228,67, Tarnobrzeg 159,04, Traumbühl 159,03, Triefel 52,55, Tautenhain 802,46, Tondern 289,45, Todenstedt 253,93, Teßin i. M. 173,23, Trebbin 159,94, Tönning 100,16, Tremsbüttel 80,17, Tarnowitz 68, Treuen 374,93, Tübingen 290,83, Krittau 79,86, Twistingen 18,48, Trositz 163,79, Tarnitz 142,89, Tittmoning 46,60, Treuenbrieken 152,11, Uffen 130, Ummendorf (Bezirk Magdeburg) 398,06, Wilsbosen 43,44, Welden i. Bay. 17,42, Wetzlar 259,52, Weßelshausen 5,79, Wölfsdorf 229,39, Werdar a. d. Savel 500,27, Wolfsgart i. Pomm. 403,04, Weimar 331,73, Weßelungen 307,56, Wismar 258,26, Wideshausen 222,08, Westerland 290,37, Wylt a. d. Elbe 110,41, Wittburg i. M. 87,44, Wilfen 75,94, Weimberg 1456,92, Wargen i. S. 1141,92, Wittberg (Bez. Halle) 774,41, Worms 656,71, Wücheln 421,44, Warin i. M. 377,84, Weßelbun 252,61, Wilsdorf 234,29, Wronke 220,90, Wollin (Prov. Sachl.) 207,30, Westerhausen 136,97, Wittlingen i. Hann. 294,92, Weßelburg i. M. 210,01, Waldheim 170,97, Wulfroth a. d. Döffe 179,33, Wandersb. 140,56, Weibheim 165,59, Weisungen 130,50, Wönsdorf 60,71, Weisendorf 29,75, Weißburg 94,23, Weiswasser 628,93, Warenmünde 628,26, Wiesbaden 714,41, Witten a. d. Ruhr 489,31, Wilsnack 217,12, Wusterhausen 194,79, Waldorf (Sachsen) 189,52, Wüstfeld 84,33, Weßberg 53,79, Wismen a. d. M. 379,59, Wolfenbüttel 603,26, Wölfs 500, Wittenberge 273,03, Wilhelmshafen 1000, Witzgen 543,55, Jossen 476,99, Zschau 869,90, Zehdenick 782,68, Zimmritz 59,15, Ziesingen 472,97, Zwenkau 135,81, Zartenin 259,88, Zaphra 342,37.

Verlorene Mitgliedsbücher. In der Zeit vom 19. bis 26. Oktober sind nachfolgende Mitglieds- bzw. Interimsbücher als verloren oder als abhanden gekommen gemeldet worden und Ersatzbücher dafür ausgestellt:

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsort, Geburtsdatum, Eintrittsdatum. Lists various members and their details.

Berichtigung. In Nr. 42 ist bei den vom 8. bis 14. October eingegangenen Geldern bei Forst M. 213, 28 anstatt M. 203, 28 zu lesen.

Calendar section with a list of dates and events: 1. Abstrahst M. 20, Wilsfeld 750, Ansbach 28, Wilsfeld 20, Bielefeld 75, Berno 10, Werbun 15, Brinun 25, Woot 1, Wügel 10, Wannen 250, Weyreuth 75, Wamburg 100, Woburg 40, Burg i. Thürn. 10, Wornhösd 10, Wauns 100, Wuchmühl 3, Wirtenerber 2, Cöln 800, Colbitz 750, Cottbus 15, Cöthen 10, Danzig 100, Düben 22,50, Dommitzsch 15, Dömitz 5, Ebernburg 15, Erdthausen 20, Eutin 15, Eintracht 15, Erfurt 62,50, Friedrichroda 10, Fürstenaue 25, Füssen 15, Fürstenthal 18,50, Gadebusch 15, Gelsenkirchen 150, Güben 50, Grünhainichen - 50, Gr.-Kreuz 1,50, Gr.-Frieden - 50, Gladbeck 25, Gora 7,50, Gopsershausen 10, Grimmen 7,50, Gr.-Wochen 10, Gültow 6, Gollnow 10, Geesthacht 17, Gommern 10, Gamen 60, Heinrichswalde 8, Hammerstein 10, Gollana 12, Hermo 10, Halberstadt 30, Heilsbrunn 12,50, Jena 150, Jöhsee 85, Jungsoltz 15, Kellinghausen 28, Kaucha 5, Lengo 15, Lüdenfeld 75, Liegnitz 100, Landshut in Bayern 25, Lössau i. S. 40, Lützenburg 5, Lissa 10, Lübben 10, Markgrafenteiche 5, Mohrungen 2, Müßdorf i. S. 10, Marburg 5, Milow 3, Minden i. W. 75, Mammheim 25, Rosensteinhütte 6, Neustadt a. d. Orla 10, Niebershausen 2,50, Nürnberg 250, Nürnberg 5, Niesitz 25, Neusalz 1, Oranienburg 15, Oppershausen 750, Oppershausen 20, Polen 75, Pölla 15, Pölsig 15, Pörschütz 10, Pörschütz 10, Pörschütz 10, Querfurt 15, Quilbun 10, Quilborn 5, Rahtenow 25, Ruhla 25, Rügenau 10, Ratibor 12,50, Rahna 12,50, Rabelitz 5, Rügenauwalde 7,50, Recklinghausen 75, Saarbrücken 100, Solingen 125, Sonneberg 25, Sorau 37,50, Schwiebus 5, Stolp 37,50, Schwerin i. M. 17,50, Schweinitz 25, Striegau 15, Sebnitz 50, Siegen 25, Sadow 30,50, Schiersee 15, Schnebeck 20, St.-Ludwig 15, Seehausen i. d. Alt. 20, Schweinitz 1,50, Schmülin 15, Sennsburg 2,50, Sondershausen 7,50, Tönning 2, Tremsbüttel 7,50, Treuen 15, Ummendorf 15, Völkersdorf 6, Warin 7,50, Wideshausen 20, Wittenburg 6, Witzgen 5, Weisfels 15, Wargen 25, Worms 10, Waldheim 20, Wiesbaden 225, Weiswasser 25, Wilhelmshafen 50, Zehdenick 7,50.

Calendar section with a list of dates and events: 1. Altburg M. 5, Ulrich 2, Wdgersleben 2,50, Weyreuth 10, Wügel 10, Wülow 4, Wügelhude 3, Werbun 5, Bernse 1,50, Wannen 57,40, Coblenz 40, Colbitz 1, Cöthen 3, Danzig 40, Deutsch-Eylau 2, Wilsfeld 50, Gienach 10, Erfurt 10, Freiburg i. Schl. 3, Fürstenaue 2, Füssen 8, Froburg 2, Götzha 5, Gottesberg 3, Grünhainichen 2, Gr.-Kreuz 2, Gopsershausen 2, Gohrenweßfeld 1,50, Gildburghausen 6, Karlsruhe 60, Kosterlausitz 1,50, Kolbemoor 1,50, Rappeln 1, Rangenöls 1, Rassin 1, Randschüt i. Bayern 10, Rössau i. S. 4, Richtenstein 1, Mohrungen 3,70, Müßdorf i. Bayern 2,50, Minden i. W. 10, Neustadt a. d. Orla 1, Oranienburg 2, Pörschütz 20, Querfurt 1, Rennersdorf 3, Ratibor 2, Rabelitz 1, Rastenburg i. Ostpr. 10, Solbin 2, Solingen 10, Scheußitz 1, Stenberg 2,50, Cöfel 2, Strehlitz 1, Saalfeld a. d. S. 1, Stolp 4, Schwerin 3, Schwitz 5, Steinau 1, St. Ludwig 2, Schöffn 5, Sennsburg 2, Tautenhain 1, Weimar 5, Weisfels 3, Wittenburg (Bez. Halle) 5, Wronke 2, Wittlingen 1, Witten 5, Jossen 2, Zwenkau 2.

Calendar section with a list of dates and events: 1. Remberg M. 1, Wülow 3,50, Dürwangen 1, Dömitz 1, Erding 4,80, Ebershausen 3, Golden 1, Großhadersdorf 3, Greifenhagen 1, Heinrichswalde 2, Jersitz 3, Krausnick 1, Diercholz-Schrambeck 2, Delz, Oranienburg 1, Striegau 2, Schweinitz 3, Wreßchen 2, Wismen a. d. M. 2.

Calendar section with a list of dates and events: 1. Gagen M. 3, Gebundenen-Correspondenzblatt, Gelsenkirchen M. 3, Ansichtskarten vom Verbandshaus, Hamburg M. 3,75, Bilder vom Verbandshaus, Dortmund, Gau M. 5, Magdeburg 5.

Jahrbücher. Danzig M. —, 50, Erfurt 20, Gienach —, 50, Güben 1, Jöhsee 6, Karlsruhe, Gau, 3, Liegnitz 6, Neudamm —, 50, Weimar 3,50. Der große Kampf. Landau M. 10, Döhsen 2. Reichsvereinsordnung. Erfurt M. —, 20, Ralsen i. Pr. 3,25, Schwerin in Mecklenburg —, 20. Weisfeldern. Magdeburg, Gau, M. 15.

Vom 22. bis 28. Oktober haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptstelle gefandt: Anchen M. 372,18, Anna 93,32, Ansbach 1246,93, Altenstein 46,53, Alendorf 22,75, Brestau 26 046,09, Burg b. Magdeburg 800, Bonn 1889,33, Bodenem 150,85, Burgsteinfurt 3,60, Berlin 82 100,55, Braunschweig 331,41, Breitingen 68,24, Bucholt 140,47, Buchow 59,44, Bitterfeld 750, Wittenburg i. Th. 46,53, Celle 1629,76, Chemnitz 1145,86, Crome —, 80, Cappel 2921,75, Coburg 616,07, Crefeld 3496,11, Detmold 637,65, Deutsch-Rosen 92,81, Duisburg 4849,73, Dresden 51 352,58, Ebernforde 155,60, Erfurt 59,22, Etlingen 241,81, Erdmühle 109,17, Erlangen 200, Erfurt 500, Esterberg 616,46, Felsburg 375, Freudenstadt 673,41, Friedeburg 46,72, Festsberg 200,37, Frankenstein i. Schl. 96,12, Franzburg 74,80, Freytag i. Schl. 33,84, Friedrichsdorf 217,84, Friedeberg i. d. Mark 66,11, Friedeberg a. Weis 102,54, Gelenau 1989,54, Grünberg i. Hofen 882,07, Gr.-Witten 241,43, Gummersbach 235,98, Gronau 183,04, Gührnau 59,85, Gräfenhals 10,36, Gotha 781,16, Gr.-Riegenort 304,07, Gernsdorf 88,77, Gera 2000, Güben 400, Greifswald 310, Gmünd (Schwäbisch) 71,42, Göttingen 300, Heilsbrunn 1776,81, Hamm i. Westf. 741,66, Herzberg a. Harz 252,52, Holzmannen 163,66, Wittfeld 141,90, Hainrode 37,26, Jammelfeld 24,12, Harburg 788,75, Hamburg 4000, Hildesheim 645,82, Jütrochthaus 86,10, Jarmen 69,60, Jessen 22,38, Jüterbog 100,16, Joachimsthal 18,60, Keulberg 161,35, Kranichfeld 65,25, Kößgen 575,97, Kremen 127,75, Limburg 110,70, Lüthben 307,40, Lasfowitz 146,78, Leutmannsdorf 391,03, Lissa 1, Landesgut i. Schl. 153,87, Mülheim a. d. Ruhr 788,02, Mägden b. Dörsch 715,06, Marienburg i. Wpr. 414,63, Mirov 282,23, Marburg 1, Mühlengruben 88,10, Michendorf 161,90, Meuselbach - 140,24, Meinberg 19,76, Mannheim 3000, Meiß 175,81, Neungamme 353,13, Neustädtel 31,29, Obhausen 226,04, Orla i. Pr. 400, Deberan 192,49, Ofra 600,66, Oldenburg i. Grobf. 2826,39, Pegau - 234,71, Pflorfichen 83,30, Pödelitz 265,85, Pymont 87,24, Pforzheim 1200, Prenzlau 100, Rißta 432,76, Rieba 134, Raniwitz 336,71, Rothenbühl. 177,15, Ronneburg 285, Stelle 250, Schwartau 196,62, Schneek 104,94, Sommerfeld 412,54, Stadtbendorf 290,79, Schönhausen 84,81, Seifl 182,71, Straßburg i. d. Ufern. 68,42, Storch 30,93, Schmalfaden 59,55, Schwennungen 6, Spandau 1000, Staßfurt 1485,99, Trebitz 88,03, Luttingen 91,87, Themar 7,36, Thon 955,49, Tempin 48,80, Teichendorf 23,74, Tiffit 46,80, davon M. 33 von hingenänder Streitunterführung zurückgefandt, Um 854,12, Wandsburg 135,80, Wefchau 109,60, Wismar 2, Wölfs 194,66, Wigenhausen 227,43, Waltershausen 314,98, Wolberg 50, Wittenberge 200, Witzgen 200,38.

Calendar section with a list of dates and events: 1. Ansbach M. 131,50, Breslau 125, Bonn —, 50, Braunsburg 12,50, Bremen 100, Brier 10, Celle 40, Cappel 100, Coburg 50, Crefen a. d. Elster 4, Duisburg 300, Freytag i. Schl. 2, Felsburg 25, Felsberg 5, Friedeberg a. C. 6, Gronau 15, Gräfenhals 7,50, Gotha 50, Gr.-Riegenort 10, Glatz 3, Greifswald 12,50, Göttingen 65, Herzberg a. Harz 12,50, Harburg 100, Heide 12,50, Hildesheim 37,50, Heilsbrunn 200, Joachimsthal 2,50, Keulberg 12,50, Kranichfeld 5, Kößgen 15, Limburg 5, Lembrecht 17,50, Lützenburg 10, Leutmannsdorf 7,50, Muffau 25, Obhausen 12,50, Oldenburg i. Grobf. 75, Pegau 7,50, Prien 6, Ronneburg 15, Schneek 7,50, Spandau 75, Saarbrun 2,50, Schöbenhausen 6,50, Trebitz 12,50, Urm 75, Wismar 15, Wölfs 60, Worms 75, Wylt 7,50, Waltershausen 20.

Calendar section with a list of dates and events: 1. Breslau M. 30, Burg b. Magdeb. 3, Blankenheim i. Th. 1, Celle 5, Cappel 10, Coburg 7, Crefeld 30, Dresden 100, Duisburg 20, Esterberg 1, Gummersbach 2, Glatz 2, Kranichfeld 2, Leutmannsdorf 1, Lasfowitz 1, Mülheim a. d. R. 20, Marienburg 3, Spandau 10, Staßfurt 10.

Calendar section with a list of dates and events: 1. Gr.-Riegenort M. 3, Jessen 3, Schönhausen 1, Wannenmünde 2. Grundstein-Einband. Bonn M. 1,10, Breslau 2,20.

Calendar section with a list of dates and events: 1. Dresden M. 15, Gelsenkirchen —, 50, Hannover 1, Harburg 1,50, Oldenburg i. Gr. 1,50. Der große Kampf. Dresden M. 286,75. Referentenführer. Wölfs M. 1,40.

Calendar section with a list of dates and events: 1. Ansichtskarten vom Verbandshaus. Cöln M. 7,50, Merseburg 1,50, Sondershausen —, 90. Bilder vom Verbandshaus. Cöln M. 5.

Die Abrechnung für das dritte Quartal haben bis zum 28. Oktober folgende Zweigvereine nicht eingefandt: Gau 1: Bartenstein, Gau 2: Barßig, Wreßchen, Gau 4: Beuthen, Frankenstein, Rattowitz, Pölschitz, Jüngenbals, Gau 5: Freienwalde, Gernsdorf, Rützenau, Mühlenteb, Niemeß, Prenden, Sonnenburg, Gau 6: Giesleben, Gau 7: Wittenburg i. Th., Frankenhagen, Stadtilm, Witzgenrode, Gau 8: Parnitz, Frankfurt a. M., Heimbölschhausen, Gau 11: Düberradt, Hamm, Münden, Lüchow, Orla i. d. Harz, Usar, Gau 14: Goldberg i. M., Gau 16: Crotthitz, Gau 17: Witterteich, Roth a. Sand, Gau 18: Alttitting, Kraßburg, Landsberg a. L., Sindau i. B., Proßberg, Wilsbun, Gau 19: Stuttgart.

Verlorene Mitgliedsbücher. In der Zeit vom 19. bis 26. Oktober sind nachfolgende Mitglieds- bzw. Interimsbücher als verloren oder als abhanden gekommen gemeldet worden und Ersatzbücher dafür ausgestellt:

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsort, Geburtsdatum, Eintrittsdatum. Lists various members and their details.

Angeschlossen sind auf Grund § 40 Abs. 2a des Statuts vom Zweigverein Hintersee: Richard Möbius, geboren am 24. Januar 1892 zu Großtrebe, eingetreten am 23. Juni 1909; vom Zweigverein Leipzig: Paul Stöwe, geboren am 1. Dezember 1891 zu Wexen, eingetreten am 17. Juli 1910 (Verb.-Nr. 32 195), Max Wehner, geboren am 16. Oktober 1891 zu Reib, eingetreten am 17. Mai 1912 (0 245 068); vom Zweigverein Rosen: Binzet Jasnowiak, geboren am 3. April 1895, eingetreten am 20. Juli 1909.

Die Namen der Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Angefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Konstan: Heinz Benz, Maurer, geboren am 1. Januar 1894 zu Königsbach, eingetreten am 13. Mai 1912 zu Pforzheim; vom Zweigverein Schwerin: Karl Kannengießer, Maurer, geboren am 12. September 1891 zu Ulmet (Verb.-Nr. 118 120), Hans Döfe, Maurer, geboren am 18. November 1892 zu Rügenrodt (201 254) und Franz Werner, geboren am 25. Juni 1893 zu Helmstedt (244 118).

Zweckdienliche Mitteilungen bitten wir an den Vorsitzenden des betreffenden Zweigvereins gelangen zu lassen. Der Verbandsvorstand.

Loftbewegungen und Differenzen. Deutschland: Bebra. Sperrung über die Arbeiten des Unternehmers Witzel. Braunschweig. Aussperrung. Breslau. (Zementier). Differenzen. — Sperrung über den Bau des Unternehmens Junitz. Osnabrück (Samland, Ostpreußen). Streik. Dömitz. Sperrung über die Unternehmer Holzgrove, Groth und Torney. Dresden. Sperrung über Burmeister & Wail. (Firma für Kühlturmanlagen). Dresden. Sperrung über die Unternehmer Gänge, Günther, Sperling, Kranich, Pritz und Sollwedel. Elmshorn. Sperrung über die Firma Hermberg. Gardelegen. Streik. Gießen. Sperrung über die Firma Kröck & Nosseldroher in Heuchelheim. Gollnow. Sperrung über das Geschäft von Wilh. Küster. Greifswald. Sperrung über das Baugeschäft H. Medenwald. Güstrow. Sperrung über die Firma Burau. Gützkow. Sperrung über die Firma Peters. Hannover. Aussperrung der Deckenroher. Herzberg a. H. Sperrung über Künstin.

- Horst i. H.** Sperre bei dem Unternehmer W. Schmidt auf Hahnenkamp.
- Jarmen.** Sperre über die Firma Brandt.
- Kellinghusen.** Sperren über die Arbeiten des Unternehmers Evers in Quarndorf, über die Arbeiten des Subunternehmers Lorenzen im Lokstedter Lager.
- Königshütte i. O.-Schl.** Streik.
- Lauterberg a. Harz.** Streik.
- Leipzig.** Sperren über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße, über die Maschinenfabrik Karl Krause, Leipzig-Anger, Zweinaundorfer Straße, Schenk & Dietze in Engelsdorf, Fassadenputzunternehmer Th. Hanzal, Firma Neuländer in Leipzig-Sellerhausen, Wurzenener Straße 142 (Deckenrohrgeschäft), Hödrich & Albrecht in Leipzig, Windscheitstraße (die Firma zahlte keinen Lohn), und über die Um- und Neubauten des Unternehmers Schirmer in Möckern und Böhltz-Ehrenberg und Leutzsch.
- Lübtheen.** Sperre über die Firma Jahnke-Leusow.
- Lyck.** Sperre über den Unternehmer Rinio.
- Mittweida.** Sperre über den Bau des Unternehmers Polster in Altmittweida wegen Zahlungsunfähigkeit.
- Mühlheim-Oberhausen.** Sperre über die Firma Kurth & Hoffmann.
- Nordenham.** Aussperrung wegen Nichtanerkennung des Arbeitsnachweises.
- Pillkallen.** Sperre über Kalchor wegen Vertragsbruchs.
- Podejuch.** Sperren über die Firma Köhnenmann.
- Rügenwalde.** Sperre über die Firma Papenfuß.
- Schönflüss.** Sperre über den Unternehmer Puhlmann.
- Schweinfurt.** Sperre über die Arbeiten der Eisenbetongesellschaft.
- Slock.** Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Kröger-Eichede in Fürstenberg-Horst.
- St. Margarethen.** Aussperrung.
- Steittin (Maurer).** Sperre über das Eisenwerk „Krafft“ in Stolzenhagen-Kratzwöck.
- Strassburg i. Elz.** Sperre über die Putzarbeiten der Firma A. Bärkman.
- Taucha b. Leipzig.** Sperren über den Bau der Kläranlagen der Firma Jelen aus Düsseldorf.
- Wahlitz.** Sperre über den Unternehmer Burghardt aus Steingrimma.
- Waldenburg I. Schl.** Sperre über die Firma Natsch & Gedicke in Dittorsbach und über den Bau der Koksanlage auf dem Juliusacht (Firma Heinrich Koppers aus Essen a. d. Ruhr).
- Zinnowitz.** Sperren über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppach, Carl Sadewasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Emke und Carl Mädke in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Koserow.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

- Barmen.** Sperre über die Firma Nalk & Co.
- Bochum.** Sperre über die Firma Werringloer.
- Bremen.** (Fliesenleger.) Streik.
- Dortmund.** Sperre über die Zwischenmeister Lilienthal und Sommerstein in Barop bei Dortmund.
- Gelsenkirchen.** Sperre über die Firma Hänbeck & Co. sowie den Zwischenmeister Jacob Weber.
- Jagen i. Westf.** Sperre über die Firma Georg Rißler.
- Hamburg.** Sperre über die Firma Aug. Hoehne Sohn.
- Karlsruhe.** Sperre über das Plattengeschäft von Karl Gössel.
- Mannheim-Ludwigshafen.** Sperren über die Firma Fuchs & Priester sowie über den Zwischenmeister Gustav Röst.
- Neustadt a. d. H.** Sperre über das Zementgeschäft von L. Mattern.

Gipser und Stukkateure:

- Bruchsal.** Sperre über die Firmen H. Knoch, Franz Glück und E. Rullmann.
- Cuxhaven.** Sperre über das Geschäft von Brüggemann.
- Hamm i. W.** Streik.
- Karlsbad i. B.** Sperre über die Firma Holub.
- Kattowitz.** Gesperrt wegen Lohn Differenzen sind die Firmen Beulich-Gleiwitz, Baron-Königshütte und Pietruschka-Laurahütte.
- Leipzig.** Sperre über die Firma Max Vollmann in Leipzig-Plagwitz, Elisabethallee 88, wegen Zahlungsunfähigkeit.
- Lörrach.** Sperre über die Firma Waßner.
- Nürnberg.** Sperre über die Arbeiten der Schwitzunternehmer Joh. Nübler und L. Schwab wegen andauernder Zahlungsunfähigkeit.
- Schlettstadt.** Sperre über die Firma Berttele.
- Luzern (Schweiz).** Zuzug fernhalten.

Isolierer und Steinholzleger:

- Cöln.** (Steinholzleger.) Sperren über die Eubelit-Werke (Vortreter: D. Deppe in Cöln), Korkelit-Werke von D. Deppe und Henrichs.
- Leipzig.** Die Firma Brümme ist für Isolierer und Steinholzleger gesperrt.

Oesterreich:

Plan.

Arbeitsmarkt.

Schneidmühl ist wegen sehr schlechter Arbeitsgelegenheit möglichst zu meiden.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Flensburg, Nordenham, Rülberg, Oldenburg i. Gr., Schleswig, Stade, Vegesack und Wilhelmshafen haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Gau Erfurt.

Der Streik unserer Kollegen in Böhmen ist beendet. Am 25. Oktober wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik hat demnach fünf Wochen und vier Tage gedauert. Dieser Arbeitsaufnahmestrich ging eine zweimalige Verhandlung der Parteien voraus, um festzulegen, unter welchen Bedingungen der Streik beendet werden sollte. In der ersten Sitzung am 22. Oktober, die ohne den Sekretär der Untertreterorganisation stattfand, hatten sich die Parteien dahin geeinigt, daß bei Aufnahme der Arbeit der Lohn 38 resp. 36 $\frac{1}{2}$, nach 14 Tagen 44 resp. 38 $\frac{1}{2}$ und vom 1. März 1913 ab 45 resp. 39 $\frac{1}{2}$ betragen sollte. Die schriftliche Formulierung dieser Abmachung wollte die junge Ortsgruppe der Untertreter jedoch nicht ohne ihren Bezirkssekretär vornehmen. Am 24. Oktober fand deshalb eine gemeinsame Sitzung statt. Vor der gemeinsamen Sitzung hat nun jedenfalls der Sekretär den Meistern seine ganze Weisheit verpackt, denn das, was man da zu Papier gebracht hatte, lief darauf hinaus, was der Erfolg des Lohns nur für Böhmen gelten. Da aber die Meister auch in den umliegenden Dörfern Arbeiten ausführen, so wäre ihnen die Möglichkeit geboten gewesen, in diesen Orten weniger Lohn zu zahlen. Wir mußten also dieses Vorgehen bekämpfen und so wurden nun, ohne daß es vorher beabsichtigt war, sämtliche Orte aufgeführt, die zum Lohngebiet gehören sollen. Die Steigerung des Lohnes sollte wohl, wie vorher vereinbart war, in drei Stufen erfolgen. Die Höhe des Stundenlohnes hätte nun jedoch besessen niedriger zu sein. Hierüber entstand nun heftiger Kampf, der uns davon überzeugte, daß die gefällten Angaben der Böhme von den Meistern nicht übersehen werden, sondern ein Versuch sein, die Arbeiter zu überlisteln, um ihnen zum Freijahr einen Teil der Zulage wieder nehmen zu können. In dieser Mitte wäre die Verhandlung im letzten Augenblick fast gescheitert, wenn die Arbeiter nicht zu sehr drängten; außerdem haben wir zur Zeit ein unferm Arbeiter sehr tüchtiges Wetter. Es ergab sich denn auch die schriftliche Anerkennung der mündlichen Vereinbarungen vom 2. Oktober. Trotzdem die Untertreterorganisation für die kurze Zeit bis zum 31. März 1913 keinen formellen Vertrag abgeschlossen wollte, ist doch ein Vertrag zustande gekommen, wenn auch in anderer Form. Am 17. Oktober nahmen unsere Kollegen den Bericht ihrer Kommission entgegen und erklärten den Streik für beendet. Der nun begonnene Kampf entpuppte sich schon in der zweiten Woche als ein Nachkampf. Nicht unsere Forderung war das Streitobjekt, sondern, wer von beiden Seiten der Forderung ist, darum handelte es sich. Die paar reichen Fabrikbesitzer scheinen tüchtig mitgeteilt zu haben, um uns eine Niederlage zu bereiten, doch an der Einmütigkeit der Kollegen sind alle Ansätze der Gegner ausbleiben geworden. So geschloffen, wie wir in den Kampf zogen, so geschloffen beendigten wir ihn, trotz vieler Verlodungen und der vorgeschickten Jahreszeit. Hoffentlich hatten die Kollegen auch in Zukunft zusammen, weil noch vieles erreicht und gebessert werden muß.

Gau Hamburg.

Wie schon in voriger Nummer berichtet wurde, versuchte der Unternehmer Lorenzen aus Kellinghusen, der einen Teil der Bauarbeiten im Rosfelder Lager als Subunternehmer übernommen hat, den 63 $\frac{1}{2}$ betragenden tariflichen Stundenlohn der Gesellen auf 55 $\frac{1}{2}$ herabzudrücken. Unsere Kollegen stellten die Arbeit ein, der Arbeitsplatz wurde gesperrt. Zugug ist ferngehalten. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes in Kellinghusen, Herr Zimmermeister Delfs, auf dessen Betreiben Lorenzen im Rosfelder Lager die Lohnsenkung versuchte, erhielt von dem Bauvorstand durch den Kollegen Hugo Kober Mitteilung über die Sperreverhängung. Herr Delfs, der behauerweise etwas nervös veranlagt zu sein scheint, richtete darauf an den Kollegen Kober ein Schreiben, welches wir der Kuriosität halber im Wortlaut folgen lassen wollen.

Kellinghusen, den 18. Oktober 1912.
 Deutscher Bauarbeiterverband, Gau 13. Hamburg.
 a. S. des Herrn Hugo Kober.

Ich verbitte mir für die Folge private Zuschriften von Ihnen betr. der heftigen Lohnfrage wie eine solche vom heutigen Tage mit Berufung auf Ihnen zugegangene „erlogene oder unwahre Mitteilungen“ seitens Ihrer Zweigvereine Kellinghusen und Jsehoe. Ueber mein Tun und Handeln mit Vorhaltung aus Ihrer sachlichen Auffassung zu machen sehe ich Ihnen nicht das Recht zu.

Mit welchem Scheine sich Ihr Herr Kober umgibt und wie hoch seine Madenschaften in der Kellinghusener Tariffrage zu bewerten sind, das ist hier zur Genüge bekannt. Mir und weiteren Kollegen ist es nur verwunderlich, daß man seiner beim Bauarbeiterverband noch weiter bedarf.

Schaffen Sie, wie Sie vorhaben, sich in der Differenzfrage Lorenzen nur Ihr Recht; verhängen Sie die Sperre und sonst noch was, ich habe nichts dagegen, vorausichtlich Kollege Lorenzen auch nicht, da er bereits neuengestellt hat und der Arbeiter, die im übrigen wohl doch wegen Arbeitsmangels feierten, zurzeit nicht mehr bedarf und an ihrer Statt Andere die Arbeitsgelegenheit benutzen.

Der eventuelle Schaden des Kollegen Lorenzen geht Sie durchaus Nichts an. Sehen Sie nur zu, welchen Schaden Ihr Verband davonträgt.

Ich verfolge mit großem Interesse den Verlauf, u. wie es dem Bauarbeiterverbande in der Differenzfrage Lorenzen — auf Betreiben des Kellinghusener Zweigvereins in Scene gesetzt — gehen wird.

Nach meiner Wahrnehmung bei meinen Kollegen verzieht das Vorgehen durch Gauleiter Kober hier überhaupt nicht mehr; er kann es daher gerne einstellen.

Hochachtungsvoll!

Herrn Delfs, Zimmermeister.

Unsere Kollegen in Kellinghusen und Jsehoe werden sich durch die anscheinend leider schon weit vorgeschrittene Herabsetzung des Herrn Delfs nicht abhalten lassen, alles durch die Umstände Gebotene zu tun, um ihn sooft wie

den Subunternehmer Herrn Lorenzen zur Einhaltung der tarifvertraglich festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bewegen.

Gau Hannover.

In Lauterberg a. Harz überreichten unsere Kollegen am 1. Juli den Unternehmern eine Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes ab 15. Juli von 38 auf 40 $\frac{1}{2}$ und ab 1. April 1913 auf 42 $\frac{1}{2}$. Die Löhne der Hilfsarbeiter sollten sich in den gleichen Zeiträumen auf 34 beziehungsweise 36 $\frac{1}{2}$ erhöhen. Am 14. Juli teilt dann die Unternehmer der Gauleitung mit, daß sie nicht in der Lage wären, während der Bauzeit eine Veränderung an den Löhnen vorzunehmen. Auf diese nichtige Antwort hin fragte die Gauleitung an, von wann an die Unternehmer glauben in der Lage zu sein, eine Erhöhung des Lohnes anzutreten zu lassen; auf diese Anfrage schwiegen sich die Unternehmer aus. Nummer verurteilte die Gauleitung durch persönliche Rücksprache etwas von den Ansichten der Unternehmer zu erfahren, diese gingen dahin, daß sie gewillt seien, in der ersten Hälfte des Monats Oktober über die Lohnfrage mit uns in Verhandlung zu treten. Genau am 1. Oktober erinnerte die Gauleitung die Unternehmer an ihr Versprechen, mit dem Ergebnis, die Verhandlung in die Woche vom 7. bis 12. Oktober zu verlegen. Eine Antwort blieben die Unternehmer aber wieder schuldig. Unsere Kollegen hatten nun die Unternehmersseite seitliche Parallele fast und stellten in einem Geschieft am 12. Oktober die Arbeit ein, worauf am 14. Oktober die Arbeitseinstellung in den anderen Betrieben folgte. Nun gerieten die Unternehmer in Verlegenheit. Sie ließen erklären, doch schon in früheren Verhandlungen für den April 1913 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn zugelegt zu haben. Das trifft aber nicht zu, denn sonst hätten die Kollegen, die an diesen Verhandlungen teilnahmen, auch davon berichtet. Die Unternehmer dürfen sich solche Verlegenheitsausreden schon sparen. Sie können es nun schwer begreifen, daß diese einmütige Arbeitseinstellung möglich war. Dies wollen die Unternehmer verbergen, indem sie erklären lassen, vor dem 1. April nächsten Jahres überhaupt nicht wieder mit der Arbeit beginnen zu wollen. Unsere Kollegen nehmen die Unternehmer beim Wort und suchen sich Auswärts Arbeitsgelegenheit; von 46 Betrieben waren am 17. Oktober nur noch 17 am Orte. Vielleicht sehen die Unternehmer bald ein, daß solche Schreckschreie auf die Einigkeit der Beteiligten nicht die gewünschte Wirkung haben.

Berichte.

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

Duisburg. Das frühere Mitglied des deutschen Bauarbeiterverbandes, der Maurer Peter Franzen, hatte sich am 16. Oktober d. J. vor dem Schöffengericht zu Duisburg-Muhrort wegen Unterschlagung von Verbandsgehältern zu verantworten. Franzen war im Jahre 1911 für den Bezirk Duisburg-Wanheim Hilfsarbeiter und hatte in dieser Eigenschaft die Beiträge der Mitglieder wöchentlich einzusammeln. Ingesamt benutzte er der gewissenlose Mensch den Betrag von M. 68,70. Das Schöffengericht verurteilte Franzen zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen, mit der Begründung, daß der Angeklagte das ihm von den Kollegen des Verbandes geschenkte Vertrauen in der schändlichsten Weise mißbraucht habe. — **Stingen.** Unser am 12. Oktober gefeiertes, bis zum Schluß harmonisch verlaufenes Stiftungsfest hat leider ein heftiges Nachspiel gehabt. Etwa eine Stunde nach Schluß der Feier gerieten die beiden Kollegen Strauß und Stargmann miteinander in Streit, in dessen Verlauf Strauß von seinem Gegner erschossen wurde. Beide Vorkommisse zeigen, daß noch viel Erziehungs- und Aufklärungsarbeit unter unsern Kollegen zu leisten ist. Auch ist die Mahnung am Platze, den Genuß alkoholischer Getränke so viel wie möglich zu meiden. Wird diese Mahnung befolgt, so wird man bei gelegentlichen kleinen Streitereien, die immer einmal vorkommen können, nicht gleich die Gerichtshilfe über seine Handlungen verlieren. — **Mannheim.** In der Sterbetafel in der Nr. 40 des „Grundstein“ war berichtet worden, daß unser Kollege Holz durch den Gelegenheitsarbeiter Stuhlfaut mitschuldig erschossen worden sei. Zu diesem Vorfall wurde der Redaktion in einer Zuschrift mitgeteilt, daß Holz von Stuhlfaut nicht mitschuldig erschossen worden sei, sondern daß dies traurige Vorwissen die Folge eines vorangegangenen Streites ist. Wir geben diese Mitteilung zur Kenntnis, müssen jedoch die Nachprüfung der Wahrheit dieser Angaben natürlich den Gerichten überlassen.

Die Beileidskundgebungen zu Theodor Bommelburgs Tode.

Die Beileidskundgebungen beim Tode unseres Verbandsvorstehers sind in so riesiger Zahl eingegangen, daß es einfach unmöglich ist, sie alle im „Grundstein“ wiederzugeben. Das gilt besonders für die nach Hunderten zählenden Karten und Telegramme, die von den Zweigvereinen und einzelnen Kollegen eingingen. Diese sind geordnet und der Frau Bommelburg übergeben worden. Ihre Zahl beläuft sich auf 809.

Von den Bauarbeiterorganisationen gingen Telegramme des Landes gegen ihr Beileid an: Bauarbeiterverbände in Schweden, Norwegen, Dänemark, Oesterreich, die Bauarbeiterverbände in Ungarn, Kroatien, Bosnien, Italien, Frankreich, die Stukkateure in Holland, die Bauhilfsarbeiter und Bildhauer Oesterreichs; weiter kamen ausländische Trauerkundgebungen von ungarländischen Gewerkschaftsbünde und von den streikenden Tabakarbeitern in Orsoy.

Von deutschen Arbeiterorganisationen gingen Telegramme oder Briefe ein: Verband der Rotenflecher, Metallarbeiter, Bergarbeiter, Steinarbeiter, Buchdrucker, Holzarbeiter, Schneider, Sattler, Steinseher, Fabrikarbeiter, Fotografen, Zentralverwaltung des Rotenflächigen, Christlicher Bauarbeiterverband und dem Sozialdemokratischen Verein für den 18. sächsischen Wahlkreis.

Außerdem konditionierte Herr Gewerbedirektor Dr. P r e n n e r, München, Herr Magistratsrat v. S c h u l z Berlin, Herr Magistratsrat W ä b l i n g Berlin, der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, gez. E n t e, Vorsitzender; Verband der Baugeschäfte Berlin, gez. H e u e r; Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt M u e r & C o., gez. M e r a d und der Genosse J o s e f S t e i n e r Paris. Von den Deputationen bei dem Begräbnis können wir keine genaue Aufstellung geben. Es mag die Annahme genügen, daß etwa 120 Zweigvereine mit 48 Jahren und etwa 22 andere Verbände, darunter auch der Zentralverband christlicher Bauarbeiter, vertreten waren.

Gleichfalls unvollständig ist die Liste der Krankschenden. Es fehlen darunter mehrere Vereine. Die Gesamtzahl der Kränze betrug 348. Die Spender waren: Verbandsausschuß Berlin, Kollegen im Hauptbureau des Deutschen Bauarbeiterverbandes; Gau Königshöhe, Bromberg, Stettin, Breslau, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt a. Main, Cöln a. Rh., Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Hofsch, Dresden, Leipzig, Nürnberg, München, Stuttgart, Karlsruhe, Straßburg i. E. S.; Zweigvereine Ahrensböck, Ave i. Erg., Wischerleben, Altenburg, Ulrichsberg, Berlin, Bernau, Wingen, Bromberg, Boizenburg, Burg b. Magdeburg, Pransfeld, Bremen, Bergedorf, Blankenburg a. Harz, Bitterfeld, Barmen-Eilberfeld, Braunschw. Julefeld, Bunzlau, Bremerhaven, Bochum, Bausen, Breslau, Burg i. Dithm., Bernburg, Brunsbüttelhof, Bernse, Burg a. Freym., Barth, Brühl (Maurer und Zimmerer), Bohn, Chemnitz, Grimmlachau, Galbe a. d. S., Geln.-Gresfeld, Goltbus, Garghau, Quisburg, Danzig, Dörschdorf, Dresden, Döberan, Dortmund, Delmenhorst, Delfau, Daffow, Duderstadt, Döbeln, Eisenburg, Erfurt, Eichenau, Eutin, Essen a. d. R., Emden, Elmshorn, Fürstentum a. d. O., Fersburg, Frankfurt a. M., Frankfurt a. d. O., Fürstenaue, Gera, Großenhain, Grabow i. Meckl., Göttingen, Gützkow, Gabelsberg, Gelsenkirchen, Geesthacht, Götting, Grauberg, Greiz, Hamburg, Halberstadt, Hohenselbst, Holzminde, Hannover, Hamm i. W., Herne, Herde, Harburg a. d. S., Holtzenau, Hildes., Hulsm, Hagen, Halle a. S., Hof a. d. S., Hann.-Münden, Heide, Hildesheim, Habersleben, Kiel, Kirchwälder, Kattowitz, Karlsruhe, Königsmühlenthor, Königshöhe i. Pr., Kellinghusen, Kehn, Landa, Kucknabst, Landsberg a. d. W., Leipzig, Lindenfels, Lubenwalde, Lübeck, Lauenburg a. d. Elbe, Linz, Mannheim, Mühlheim, Oberh., Wittenwalde, Minden i. W., München, Münster i. W., Nordhausen, Magdeburg, Mühlburg, Malchin, Nommes, Nordhausen, Nossen, Nürnberg, Neumünster, Naumburg a. d. S., Nuphaldensleben, Odesoo, Oshfeld, Obergrehm, Ostsch., Oldenburg i. Großh., Oerode a. H., Oberriesdorf, Wimmerberg, Kobelzig, Perleberg, Wlitz, Preez, Reine, Posen, Potsdam, Plessin, Quirchorn, Rosdorf, Rosenfeld, Rothenburg a. d. Oberr., Recklinghausen, Rathenow, Reinbeck, Reichenbach i. Vogtl., Rißel, Rappin i. S., Regenwalde, Riesa, Reudersburg, Straßburg, Schwern i. Meckl., Schleswig, Stavenhagen, Eiderbrunn, Solingen, Seehausen i. d. Altmark, Schwarzenberg, Siedebollentitz, Sternberg i. Meckl., Sondersburg, Straßburg i. E. S., Stralsburg i. d. Uckermark, Sondersburg, Schmelln, Senftenberg, Stettin, Schönberg i. Meckl., Stade, Stolp, Schwartau, Stelle, Tondern, Timmerdorf, Uetersen, Weisenfels, Weselungen, Werchau i. Sagen, Wursen, Wolfenbüttel, Witten a. d. Ruhr, Wedel, Wittenberge, Wismar a. d. R., Wolz, Worms, Wernigerode, Wittlich, Waren, Würzburg, Werder a. d. S., Herzl, Jüinge, Sozialdemokratische Partei Vorstand, Gumburg i. Westkreis, Dortmund-Hörde, Westliche Westfalen, Reichstagsfraktion, Westkreis West, Westkreiseinrich, Parteiführer der Parteiführer; Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands; Redaktion der 'Arbeiter-Zeitung', Dortmund, Redaktion des 'Hamburger Echo', Geschäftsführung des Gewerkschaftshauses, Hamburg, Gewerkschaftsstell. Hamburg-Altona, Sozialdemokratischer Verein und Gewerkschaftsstell. Hamburg a. d. Elbe, Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung, Buchdruckerei und Verlagsanstalt M u e r & C o., Großtaufs-Gesellschaft Hamburg, Konsum, Bau- und Sparverein 'Produktion', Hamburg, Krankenkasse der Maurer 'Grundstein zur Einigkeit', Teilnehmer an dem Unterrichtskursus der Gewerkschaftsschule, Berlin; Zentralverbände der christlichen Bauarbeiter, Wäcker und Konditorien, Bergarbeiter, Wäcker, Weinküfer und Hilfsarbeiter, Brauerei und Mühlenarbeiter, Buchbinder, Buchdrucker, Buch- und Steinbuchhändler, Bureauangestellte, Dachdecker, Fabrikarbeiter, Freisegehilfen, Gashilfsgehilfen, Glasarbeiter, Malar, Handlungsgelhilfen, Hausangestellte, Holzarbeiter, Kupferschmiede, Kürschner, Lagerhalter, Land-, Wald- und Weinbergarbeiter, Lederarbeiter, Lithographen und Steindruck, Maler, Maschinenisten und Heizer, Metallarbeiter, Porzellanarbeiter, Schiffszimmerer, Sattler und Portefeulier, Schneider, Schuhmacher, Steinarbeiter, Steinzeiger, Zafararbeiter, Zettlarbeiter, Tapezierer, Töpfer, Transportarbeiter, Zimmerer, Zivilmuffler; auswärtige Vereine: Schweizerischer Maurerverband, Holländischer Bauarbeiterverband; Hamburger Vereine: Buchdruckerverband in Hamburg-Altona, Zahlstellen des Zafararbeiterverbandes (Hamburg-Altona), Deutschen Buchbinderverbandes (Hamburg-Altona), Deutschen Transportarbeiterverbandes (Hamburg I), Zimmererverbandes, Glaserverbandes, Holzarbeiterverbandes, Filialen des Kupferschmiedeverbandes, des Tapeziererverbandes, Zahlstellen des Freisegehilfenverbandes, Handlungsgelhilfenverbandes, Metallarbeiterverbandes, Mitgliedschaft des Transportarbeiterverbandes Dager und Köper, Filiale des Schneiders, Schneiderinnen- und Wäckerarbeitenverbandes, Berufscollegen am Neubau des Gewerkschaftshauses, Berufscollegen am Bau der Kunsthalle, Berufscollegen am Bau Rosenbaum, Norderl.

Allen, die ihre Teilnahme bezeugten, sei es durch Beileidsbekundungen, Blumenbesuche oder Grabbegehung sagen wir hier im Namen der Frau B a m e l b u r g und des Verbandsvorstandes herzlichsten Dank.

Zum Verbandstage.

An dieser Stelle werden in den bis zum Verbandstage erscheinenden Nummern Zuschriften aus Kollegenkreisen veröffentlicht, die sich mit den Fragen beschäftigen, deren Lösung wir von dem Jenaer Verbandstage erwarten. Die Zuschriften werden, soweit der Raum reicht, nach der Reihenfolge des Empfangs abgedruckt. Eine feste Gewähr für Abdruck können wir allerdings nicht bieten. Die Entscheidung wird jedoch — selbstverständlich — nicht

von ihnen abhängen, wie sich die Einsender zu den Vorschlägen des Vorstandes stellen, sondern davon, ob sie etwas Sachdienliches sagen und ob sie die alten Bedingungen erfüllen, die wir hier wie vor noch oft schon beklagt haben: deutliche Schrift, einseitig beschriftetes Papier, Kennung des Absenders und Nachweis seiner Zugehörigkeit zum Verband durch den Stempel des Zweigvereins. Wer jedoch nichts weiter zu sagen hat, als was andere schon ebenjo gut oder besser gesagt haben, darf sich getrost Arbeit und Porto sparen.

Die Vorlage zur Arbeitslosenunterstützung rief in mir wiederum den schon so oft laut gewordenen Gedanken wach, daß unser ganzes Unterstützungswesen nur ein Hemmschuh am Kampfscharakter der Gewerkschaften sei. Es ist ja richtig, daß wir im Deutschen Bauarbeiterverband die Unterstützungsbedingungen schon der Konkurrenz wegen haben müssen, um nicht in den Augen der in übersiegender Mehrzahl leider an Idealismus so armen, den Organisationsgedanken so wenig ersaffenden Mitgliedern hinter den anderen Verbänden zurückzulieben. Dieser Konkurrenzgedanke ist eben einer der Krebsgeschäden unseres in so viele Organisationen und Organisationszweige zerstückelten Gewerkschaftssystems. Aber auch andere Krankheiten treten aus diesem System hervor. So die Fluktuation, die Grenzstreitigkeiten, der Umschreibungsdruck. Bester kommt besonders bei den ungelernen Arbeitern in Frage und beruht nicht nur viel Schreierei und Materialüberschwendung, sondern auch viel Unbilligkeit. Ist doch der Stolz eines organisationsfreundlichen Arbeiters ein sogenanntes 'sohnes' Verbandsbuch; ist er aber öfters infolge Arbeitsmangels gezwungen, den Beruf und damit auch den Verband zu wechseln, so wird er nie ein solches erhalten. Auch die Kosten der Verwaltung usw. würden geringer werden, wenn dieser Zerstückelung Einhalt getan würde. Die erste Jahresabrechnung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, verglichen mit den Abrechnungen der aller Verbände, dient als Beleg hierfür.

Zu diesem Zweck gestalte ich mir folgenden Reorganisationsvorschlag vorzulegen: Aufheben sämtlicher deutschen Gewerkschaften in einen 'Deutschen Arbeiterbund'. Freimachung der Verwaltung nach Klassenwesen, und zwar aus dem Grunde, um in ersterer den 'politischen Köpfen' (frei nach Bebbour) freie Hand in der Agitation zu lassen, in letzterer nur festzulegen in diesem Fach ausgebildete Leute zu verwenden. Die Klasse selbst dient nur als Kriegskasse zur Unterstützung bei Streiks, Auspönerungen und Maßregelungen und zur Deckung der Verwaltungskosten. Die Gelder sind in einer deutschen Arbeiterbank zu legen, der auch Revisionrecht zuerkannt werden soll. Das Unterstützungswesen übernimmt die gewerkschafts-genossenschaftliche Volkssicherungsgesellschaft 'Volkssicherung', die alle jetzt in den Gewerkschaften bestehenden Unterstützungs- oder Versicherungsarten in sich aufnimmt. Die Einkassierung der Beiträge für die 'Volkssicherung' besorgen die Hauskassierer des Deutschen Arbeiterbundes zugleich mit dessen eigenen Beiträgen. Jeder Bundesgenosse hat ein Versicherungsbuch zu führen, jedoch stellt ihm frei, wie und wie hoch er sich versichern will, das heißt nach unten begrenzt, nach oben unbegrenzt. Das wären die Grundgedanken der ganzen Reform.

Wenn ich auch durchaus nicht der Auffassung bin, daß dieser Vorschlag fehlerfrei und ohne weiteres zu verwirklichen wäre, so möge es doch eine Anregung sein, endlich eine gründliche Reorganisation unseres Gewerkschaftswesens an zuständiger Stelle zu befirmen. Abgesehen davon, daß im Deutschen Arbeiterbund dem Kapitalismus eine viel stärkere Macht als in den vielen Gewerkschaften gegenüber treten würde, wäre auch die Agitation viel wirksamer und leichter in die äußersten Winkel des Reiches getragen. Der halbwegs intelligente Arbeiter ist schon längst von dem Gedanken erfüllt, daß alle Arbeiter Brüder sind, und den zufälligeren würde dadurch, daß alle Arbeiter, gleichviel welchen Berufs, in einer Organisation vereint wären, derselbe Gedanke in Fleisch und Blut übergehen.

Wie ein Blitz aus heilem Himmel unterbreitet der Verbandsvorstand in der Nr. 40 des 'Grundstein' den Mitgliedern wesentliche Änderungen im Organisationsstatut, deren Hauptinhalt die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserer Organisation und neue Normen für die Beitragshebung sind. Auch andere Veränderungen, so zum Beispiel die Schaffung eines Rates, sind mit vorgeschlagen. Doch ist wohl anzunehmen, daß die andern Veränderungen, so zum Beispiel die Schaffung eines Rates, keinen allzu großen Widerspruch finden werden. Notwendig aber ist, daß diesem Rat, sei er aus 20 oder 25 Kollegen zusammengesetzt, mindestens zur Hälfte solche Kollegen angehören, die praktisch im Beruf tätig sind. Dadurch würde es vermeiden, daß wichtige, einschneidende Beschlüsse nicht nur von Kollegen gefaßt würden, die angestellt sind, wie z. B. bei den Konferenzen des Verbandsvorstandes, des Vorsitzenden des Ausschusses und der Hausarbeitenden, die uns nun leider bei einer vermutlich großen Bewegung ein Raubot statutarischer Vorschläge zur Disposition vorlegen. Zur Begründung wird unter anderem geschrieben: 'Der jetzige Vorschlag zur Änderung der Unterstützungsbedingungen wird gemacht, weil die Einführung der Arbeitslosenunterstützung dem Verbandsvorstande als eine unabwendbare Notwendigkeit erscheint und weil die Durchführbarkeit nicht länger bezweifelt werden kann.' — Also es soll eine 'unabwendbare Notwendigkeit' sein. Ja, berechtigt Verbandsvorstand, warum ist es denn auf einmal eine 'unabwendbare Notwendigkeit'? Sind es vielleicht Verschleppungsgeboten mit einer andern Organisation, die solche Einrichtung bereits hat? Oder will man einer kleinen angestellten Gruppe dadurch entgegenkommen? Oder lauert vielleicht im Hintergrunde eine Gehaltsregulierung der angestellten Kollegen, und will man auch den Mitgliedern etwas bieten, damit diese Frage, wie nach dem Colner Verbandstag, keinen zu großen Staub aufwirbelt? Vor einer Bewegung, die unter Umständen die von 1910 an Zustimmung, Dauer und Opfern weit überragen kann, so etwas als eine 'unabwendbare Notwendigkeit' zu bezeichnen, halte ich für be-

lehrt. Ferner wird die Durchführbarkeit nicht länger bezweifelt und weiter unten im Artikel geschrieben, daß die Wintermonate Januar, Februar ausfallen müssen, da laut Statistik über 50 p. H. der Kollegen arbeitslos sind. In Folge dessen soll vom März bis einschließlich Dezember das Recht auf Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden. Selbst in der Begründung wird angegeben, daß auch in diesen Monaten die Arbeitslosigkeit sehr groß ist. Nun sehen wir uns einmal die 'Durchführbarkeit' der Unterstützung von anderer Seite an. Denjenigen Kollegen, die die Zusammenstellung über Erhebung der Beiträge und Leistung der Arbeitslosenunterstützung des Verbandsvorstandes betrachtet und gelesen haben, dürfte bekannt sein, daß wir nun sechs Beitragsklassen und in jeder Beitragsklasse vier Unterstützungsstellen erhalten sollen. Die Arbeitslosenunterstützung soll nach der Vorlage bis zur Höchstzahl von 48 Tagen innerhalb 52 Wochen, selbstverständlich erst nach 88 Beitragswochen einsetzen. Betrachtet man nun, nach Jahren gestaffelt, die Leistungen der Kollegen und die Leistungen der Organisationsklasse, die sie unter Umständen leisten muß, so bekommt man über die Durchführbarkeit eigenartige Gedanken.

In Beitragsklasse 1 beträgt der Beitrag pro Woche 40 M., pro Jahr (44 Wochen) M. 17,60, in neun Jahren M. 158,40. Ein Mitglied dieser Klasse kann also dafür an Arbeitslosenunterstützung erhalten:

Im 3. Jahre	48 Tage à 75 M. =	M. 36,—
" 4. "	48 " à 75 " =	" 36,—
" 5. "	48 " à 90 " =	" 43,20
" 6. "	48 " à 90 " =	" 43,20
" 7. "	48 " à 105 " =	" 50,40
" 8. "	48 " à 105 " =	" 50,40
" 9. "	48 " à 120 " =	" 57,60
Summa		M. 316,80

In Beitragsklasse 2 beträgt der Beitrag pro Woche 60 M., pro Jahr (44 Wochen) M. 26,40, in neun Jahren M. 198. Ein Mitglied dieser Klasse kann also dafür an Arbeitslosenunterstützung erhalten:

Im 3. Jahre	48 Tage à 80 M. =	M. 38,40
" 4. "	48 " à 80 " =	" 38,40
" 5. "	48 " à 95 " =	" 45,60
" 6. "	48 " à 95 " =	" 45,60
" 7. "	48 " à 110 " =	" 52,80
" 8. "	48 " à 110 " =	" 52,80
" 9. "	48 " à 125 " =	" 60,—
Summa		M. 333,60

In Beitragsklasse 3 beträgt der Beitrag pro Woche 80 M., pro Jahr (44 Wochen) M. 35,20, in neun Jahren M. 287,60. Ein Mitglied dieser Klasse kann also dafür an Arbeitslosenunterstützung erhalten:

Im 3. Jahre	48 Tage à 85 M. =	M. 40,80
" 4. "	48 " à 85 " =	" 40,80
" 5. "	48 " à 100 " =	" 48,—
" 6. "	48 " à 100 " =	" 48,—
" 7. "	48 " à 115 " =	" 55,20
" 8. "	48 " à 115 " =	" 55,20
" 9. "	48 " à 130 " =	" 62,40
Summa		M. 350,40

In Beitragsklasse 4 beträgt der Beitrag pro Woche 100 M., pro Jahr (44 Wochen) M. 44,00, in neun Jahren M. 277,20. Ein Mitglied dieser Klasse kann also dafür an Arbeitslosenunterstützung erhalten:

Im 3. Jahre	48 Tage à 100 M. =	M. 48,—
" 4. "	48 " à 100 " =	" 48,—
" 5. "	48 " à 110 " =	" 52,80
" 6. "	48 " à 110 " =	" 52,80
" 7. "	48 " à 130 " =	" 62,40
" 8. "	48 " à 130 " =	" 62,40
" 9. "	48 " à 145 " =	" 69,60
Summa		M. 400,80

In Beitragsklasse 5 beträgt der Beitrag pro Woche 120 M., pro Jahr (44 Wochen) M. 52,80, in neun Jahren M. 316,80. Ein Mitglied dieser Klasse kann also dafür an Arbeitslosenunterstützung erhalten:

Im 3. Jahre	48 Tage à 120 M. =	M. 57,60
" 4. "	48 " à 120 " =	" 57,60
" 5. "	48 " à 135 " =	" 64,80
" 6. "	48 " à 135 " =	" 64,80
" 7. "	48 " à 150 " =	" 72,—
" 8. "	48 " à 150 " =	" 72,—
" 9. "	48 " à 165 " =	" 79,20
Summa		M. 468,—

In Beitragsklasse 6 beträgt der Beitrag pro Woche 140 M., pro Jahr (44 Wochen) M. 61,60, in neun Jahren M. 356,40. Ein Mitglied dieser Klasse kann also dafür an Arbeitslosenunterstützung erhalten:

Im 3. Jahre	48 Tage à 140 M. =	M. 67,20
" 4. "	48 " à 140 " =	" 67,20
" 5. "	48 " à 155 " =	" 74,40
" 6. "	48 " à 155 " =	" 74,40
" 7. "	48 " à 170 " =	" 81,60
" 8. "	48 " à 170 " =	" 81,60
" 9. "	48 " à 185 " =	" 88,80
Summa		M. 535,20

In allen sechs Beitragsklassen wird in den ersten beiden Jahren keine Unterstützung gewährt. Nach dieser Berechnung können nach neunjähriger Mitgliedschaft in der 1. Klasse M. 158,40, in der 2. Klasse M. 198,00, in der 3. Klasse M. 287,60, in der 4. Klasse M. 400,80, in der 5. Klasse M. 468,— und in der 6. Klasse M. 535,20 mehr abgehoben werden, als an Beiträgen eingezahlt wird. Man wird hier einwenden, diese Zusammenstellung ist Schwarzmalerei, nur wenige Mitglieder werden die volle Unterstützung beziehen. Wer aber die Arbeitslosenunterstützung im Baugewerbe in den Monaten März und Dezember kennt, wird zugeben, daß ein großer Teil der Mitglieder für die volle Unterstützung in Frage kommt. Nehmen wir einmal nur eine Unterstützungsdauer von vier Wochen an. Die Wäcker der Vorlage geben wohl zu, daß diese Unterstützungsfälle sehr zahlreich sein werden. Wie steht dann die Leistung gegenüber der Beitragszahlung bei neunjähriger Mitgliedschaft aus? Also die Unterstützung (sieben mal vier Wochen) ergibt:

Beitragsklasse	Beiträge	Unterstützung
1	M. 158,40	M. 158,90
2	198,—	166,80
3	237,60	175,20
4	277,20	204,40
5	316,80	234,—
6	356,40	267,60

Also auch dieses ergibt noch ein trübes Bild. In der 1. Klasse immer noch ein Minus von 50 Z., in der 2. Klasse M. 31,20, in der 3. Klasse M. 62,40, in der 4. Klasse M. 72,80, in der 5. Klasse M. 82,80, in der 6. Klasse M. 88,80 Mehreinnahme auf das Mitglied für die Hauptklasse in neun Jahren. Das ist die großartige Durchführungsmöglichkeit. Woher will man denn das Geld zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, woher das Geld zur Abwehr gegen die brutalen Ausperrungen des Unternehmertums nehmen? Will man denn den schäblichen Grundsatzen unseres Völkchens verfallen, das wir die Kämpfe aus eigenen Mitteln führen wollen? In diesem ganzen Entwurf, der vorliegt, gibt es noch vieles zu bemängeln; ich erimiere an die Befragung der Zweigvereine durch Vernehmung der Beamten und dabei Wegfall der Procente, doch darüber vielleicht später einmal ein paar Zeilen. Im übrigen kann ich nur bemerken, daß es unter der Kollegenchaft keine andere Lösung geben kann als die: Weg mit diesem Entwurf, wir haben Wichtigeres zu tun im nächsten Jahre!

Herm. Lehmann, Maurer, Ottendorfer-Str. 6. Dresden.

Anmerkung der Redaktion. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, zu jeder Einfindung der Kollegen in Anmerkungen das Wort zu nehmen. Die vom Kollegen Lehmann angefertigten Berechnungen zwingen jedoch zu einer Ausnahme. Will ein Kollege derartige Berechnungen vornehmen, so sollte er vorher versuchen, sich über die Bestimmungen der Vorlage des Verbandsvorstandes im einzelnen klar zu werden. In dieser Hinsicht hat Kollege Lehmann jedenfalls den Absatz 11 der Vorlage, der von der Gesamtdauer der Unterstützung und der Einführung eines Wartezahres handelt, außer acht gelassen. Nach dieser Bestimmung sollen die in einem Jahre unterstützten Tage zusammengezählt und vom ersten Unterstüzungstage eines Jahres ab gerechnet werden. Der sich dabei ergebende Zeitraum gilt als die in einem Jahre dem Mitglied gewährte Unterstüzungsdauer. Ein weiteres Anrecht auf Unterstüzung soll erst wieder beginnen nach Ablauf eines Wartezahres oder einer Beitragsleistung von 44 Wochen. Weiter ist die im Absatz 6 vorgesehene Wartezeit von sechs Tagen zu beachten, die jedesmal eintreten soll, wenn zwischen zwei Fällen der Erwerbslosigkeit 24 oder mehr Arbeitstage liegen. Wer dies beachtet, dem wird ohne weiteres klar sein, daß die vom Kollegen Lehmann angenommene Möglichkeit, ein Mitglied könne in sieben Jahren siebenmal den vollen Unterstüzungsfonds beziehen, vollständig ausgeschlossen ist. Gewiß befinden sich Mitglieder in der ungünstigen Lage, die Unterstüzungslieferung voll ausnutzen zu müssen. Die Unterstüzung wird in solchen Fällen höher sein als der Beitrag. Diese Fälle sind jedoch nicht so zahlreich, als die verallgemeinernden Berechnungen des Kollegen Lehmann den Anschein erwecken. Die größere Zahl der Mitglieder ist günstiger gestellt. Diese Mitglieder, von denen manche gar nicht oder nur so wenig arbeitslos werden, daß sie die Unterstüzung überhaupt nicht in Anspruch zu nehmen brauchen, werden ihr Schicksal beistimmen müssen, um die weniger begünstigten Mitglieder vor äußerster Not zu schützen. Das entspricht den einfachsten Gesetzen gewerkschaftlicher Solidarität.

Ein Mitglied, das genötigt wäre, die Unterstüzung siebenmal voll in Anspruch zu nehmen, brauchte nach der Vorlage siebenmal 8 Wochen Unterstüzungsdauer = 56 Wochen Wartezahl = 430 Wochen = 8 Jahre und etwa 1 Monat. In dem in den Berechnungen des Kollegen Lehmann angenommenen Zeitraum von 7 Jahren = 264 Wochen könnte die volle Unterstüzung (8 Wochen Unterstüzungsfonds + 52 Wochen Wartezahl) höchstens 6 1/2 mal in Anspruch genommen werden. Die hierüber nicht in Rechnung gestellte, im Absatz 5 der Vorlage bestimmte Wartezeit würde die Häufigkeit des vollen Unterstüzungsbeguges noch ganz bedeutend verringern. Weiter ist die durch das Wartezahl eintretende Verschiebung der Unterstüzungseiten nicht außer acht zu lassen, wenn man über die Durchführbarkeit der Vorstandsvorlage mitreden will. Angenommen den ungünstigen Fall, ein Mitglied würde im März und April die volle Unterstüzung beziehen, so fielen der Wiederbeginn der Unterstüzungsberechtigung in Anbetracht des Wartezahres etwa im den Monat Mai des folgenden Jahres, in Berücksichtigung der sechsstägigen Wartezeit unter Umständen sogar noch später. Umgekehrt kann natürlich auch nach einer im September oder Oktober endigenden Unterstüzungsdauer die Unterstüzungsberechtigung im folgenden Jahre im November oder Dezember beginnen. Es tritt somit in den verschiedenen Jahren für das einzelne Mitglied eine zeitliche Verschiebung der Unterstüzungsberechtigung ein. Damit ist der Möglichkeit vorgebeugt, daß Mitglieder alljährlich während der Monate mit regelmäßig wiederkehrenden hohen Arbeitslosensätzen den vollen Unterstüzungsfonds erheben können.

Die Berechnungen Lehmanns finden in der Vorlage des Verbandsvorstandes somit nicht die geringste Stütze. Sie fallen in sich zusammen, sobald man sie an der Seite der vorgelegenen Bestimmungen überprüft. Die Beurteilung der Durchführbarkeit der Vorlage ist von derartigen Berechnungen nicht abhängig. Andernfalls wäre der Verbandsvorstand sicher auch darauf verfallen, sie anzustellen. Der Verbandsvorstand unterbreitet die Vorlage in der besten Überzeugung, daß ihre Durchführung notwendig und auf Grund gewissenhafter statistischer Berechnungen außer Zweifel ist. Mögen die Kollegen, die noch in dieser Frage das Wort nehmen wollen, sich mit dem Inhalt der Vorlage besser vertraut machen, als dies dem Kollegen Lehmann gelungen ist.

Zweifellos ist die Vorlage des Vorstandes zur Einführung der Arbeitslosenversicherung von großer Bedeutung für eine gesunde Weiterentwicklung unseres Verbandes. Ich gehöre der Kategorie der ungelerten Arbeiter an. Schon vor der Versammlung zum Deutschen Bauarbeiterverband hatten wir die Zweckmäßigkeit der

Einführung einer Versicherung gegen die Erwerbslosigkeit im Bauarbeiterverband reiflich diskutiert. Wenn auch damals noch einige Bedenken gegen eine solche Unterstüzungseinrichtung in unserer Organisation bestanden, so war doch schon dem nüchternen Beurteiler klar, daß über kurz oder lang auch die Baugewerkschaften Verbände dazu übergehen würden, die Erwerbslosenunterstützung einzuführen. Die Einführung einer solchen Unterstüzung wird die geradezu ungeheure Fluktuation unter den Mitgliedern zurüchtdämmen. Eine große Anzahl Kollegen, die heute noch die Organisation als Durchgangsstation betrachten, wird nicht mehr so leichtfertig die Zugehörigkeit zur Organisation lösen. Unter den ungelerten Arbeitern des Baugewerbes gibt es eine erhebliche Zahl, die anderwärts, zum Beispiel dem Fabrik-, Transport-, oder Bergbau, zu B. in unserem Zweigverein dem Bergarbeiterverband angehören. Diese Verbände gewähren ihren Mitgliedern Unterstüfung bei Arbeitslosigkeit. Die sich aus der Zugehörigkeit unserer Berufslogen zu anderen Verbänden ergebenden unheilvollen Zustände, sowie die Tatsache, daß von 83 Zentralverbänden bereits 41 die Erwerbslosenunterstützung einführen, müssen alle grundsätzlichen Bedenken gegen eine solche Unterstüfung beseitigen.

Über die Art und Ausbeugung der Mittel zur Schaffung des erforderlichen Unterstüzungsfonds, wird in den Kollegenkreisen Meinungsverschiedenheiten herrschen. Den Vorschlag des Vorstandes, die Unterstüfung auf zehn Monate auszudehnen, sowie eine erweiterte Erhöhung der Beiträge vorzunehmen, halte ich nicht für glücklich. Meiner Meinung nach ist es zweckmäßiger, die Unterstüfung nur auf neun Monate zu gewähren und die drei Monate Dezember, Januar und Februar davon auszuschießen. Ein großer Teil unserer Kollegen findet sich schon in vor- aus damit ab, in dieser Zeit durch Witterungsverhältnisse eine zeitlang beschäftigungslos zu sein. Für mich kann es sich vorläufig nur darum handeln, die Opfer der kapitalistischen Produktionsweise in Zeiten wirtschaftlicher Depression und unangünstiger Baukonjunktur wenigstens vor der ärgsten Not zu schützen. In dieser Zeit laufen Tausende von Bauarbeitern hochenlang arbeitslos herum. Dann könnten eine Arbeitslosenunterstützung für den Deutschen Bauarbeiterverband eine segensreiche Einrichtung sein. Durch die Beschränkung der Unterstüfung auf neun Monate, soll auch an der jetzigen vierzig Wochen betragenden Beitragsleistung nichts geändert werden. Man muß berücksichtigen, daß es vielen Kollegen im Monat Dezember, die Weihnachtsfeiertage kommen auch in Betracht, bald unmöglich wird, die schon ziemlich hohen Beiträge zu zahlen. Hoffentlich wird durch eine sachliche Diskussion im Fachorgan sowie auch in der kürzer Zeit stattfindenden Gaukonferenz die Vorlage eine entsprechende Würdigung erfahren. Dem kommenden Verbandstage kann damit ein gut Stück Arbeit abgenommen werden.

Zu einer anderen Frage möchte ich auch noch einige Worte verlieren. Aus der Vorlage ist zu ersehen, daß der Verbandsvorstand eine Erweiterung unserer Organisationseinrichtungen plant. Im denjenigen Richtung zu tragen, die immer glauben, den Verbandsvorstand respektive die Führung seiner Geschäfte als bureaukratisch beschreiben zu sollen, sowie zur raschen Erledigung wichtiger, das gesamte Verbandsleben betreffende Maßnahmen, könnte ein Verbandsrat geschaffen werden. Ich würde vorschlagen, den Verlat Aktionsausschuß zu taufen. In den Vorschlag wäre, um das demokratische Prinzip möglichst zu wahren, Kollegen aus sämtlichen Gauen zu wählen. Es sollten aber, wenn irgend möglich, nur in beruflicher Tätigkeit stehende Kollegen, die natürlich mit Wesen und Ziel unserer Organisation durchaus vertraut sein müssen, in diesen Ausschuß berufen werden. Bei ungenügenden Ansätzen könnte dieser Ausschuß in kurzer Zeit nach einem Ort in der Mitte Deutschlands zusammenberufen werden. Dadurch ließe sich die Abhaltung außerordentlicher Verbandstage sowie die dafür erforderlichen recht hohen Kosten ersparen. Das Wesen der gewerkschaftlichen Organisation läme bei der Schaffung eines beratenden Aktionsausschusses sicher zu seinem Recht.

G. H. Hemmerbach, Köln a. Rh.

Die Vorlage des Verbandsvorstandes, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung betreffend, ist wohl manchem Kollegen, der die Befriedigung dieser Frage auf den bisherigen Verbandstagen kennt, überaus angenehm gekommen. Ob sich die Sachlage, welche die Einführung dieser neuen Unterstüfung rechtfertigen soll, in den zwei nach dem letzten Verbandstage vergangenen Jahren nun in dem Maße geändert hat, daß die von Bömelburg auf dem Verbandstage 1910 in Leipzig, gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorgebrachten Bedenken nicht mehr vorzuhanden sind, das zu prüfen wird Aufgabe des einzuberufenden Verbandstages sein. Die beiden bisher im „Grundstein“ erschienenen Artikel, welche der Einführung der Arbeitslosenunterstützung das Wort reden, und den Ansichten erweisen, als ob das weitere Wachsen und Gedeihen unserer Organisation von dieser neuen Unterstüfung abhängig sei, hat mich nicht überzeugen können, daß der Zeitpunkt nunmehr schon da ist, besagte Unterstüfung einzuführen. Ich möchte auf die Ausführungen Bömelburgs auf dem Verbandstage in Leipzig 1910 hinweisen, die meines Erachtens nach auch heute noch den Nagel auf den Kopf treffen. (Protokoll 1910, Seite 97 bis 100.) Bömelburg sagte: „Wie kann man sagen, daß eine Arbeitslosenunterstützung bei uns genau so gut möglich ist wie bei den Holzarbeitern, den Zimmerern und den Metallarbeitern. Ich persönlich bin der Meinung, daß wir die Arbeitslosenunterstützung für die Wintermonate nie durchführen können, ist eine Frage der Zeit. Aber wer da behauptet, daß wir in diesem Jahre vor einer großen Bewegung stehen und wer etwas weiter denkt und sich sagt, daß wir unter Umständen drei Jahre später wieder vor einer großen Bewegung stehen, dem muß ich, falls er heute der Arbeitslosenunterstützung das Wort redet, den Vorwurf machen, daß er die Verhältnisse nicht begriffen hat.“ Meiner Meinung nach hätte der Verbandsvorstand gar keinen ungünstigeren Zeitpunkt zu der Einführung dieser Vorlage finden können wie jetzt. Der Tarif läuft am

31. März nächsten Jahres ab, und da kann die Diskussion und die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nur dazu beitragen, die Aufmerksamkeit der Kollegen viel zu sehr von unseren eigentlichen Aufgaben abzulenken. Wie schon 1910, stehen wir auch jetzt wieder vor einem gewaltigen Kampf, vor dem wir dank der Latenz des Arbeitsverbundes noch öfter stehen werden. Bei solcher Situation sollten wir jetzt an die Einführung einer dergleichen, tief in das innerste Wesen unseres Organisationskörpers hineingreifende Unterstüfungseinrichtung denken?

Die Arbeitgeber müssen sich zunächst einmal, alles was auch nur lose mit den Baubetrieben zusammenhängt, zu organisieren und unter einen Hut zu bringen, zum andern sammeln sie, weil sie wissen, daß Geld die Hauptwaffe ist im wirtschaftlichen Kampf, den sogenannten Millionensfonds. Alles dies sind Zeichen, daß die kommenden Kämpfe keineswegs weniger oder nicht mit der bisherigen Schwärze geführt werden sollen, sondern das Gegenteil ist der Fall, und wir, als der wirtschaftlich schwächere Teil, wollen unsere Kräfte bereichern und an die Einführung neuer Unterstüfungen denken? Wenn der Hauptvorstand und Ausschuß statt der Arbeitslosenunterstützungsvorlage die Ausschreibung eines Extrabeitrages zur Stärkung unseres Kampffonds für nächstes Jahr vorgeschlagen hätte, so wäre das meines Erachtens noch besser gewesen und die Mitglieder wären dadurch auf den bevorstehenden Kampf noch besser vorbereitet worden. Wie sagte doch Bömelburg am Schluß seiner oben zitierten Ausführungen: „Wenn es uns gelingt, durch die Organisation das Einkommen der Kollegen um M. 100 zu erhöhen, dann ist das jedenfalls die beste Arbeitslosenunterstützung. Besser, ich kriega M. 100 auf diese Weise, als M. 50 in Form einer Unterstüfung, die ich aber auch erst vorher selbst bezahlen muß.“ Wo nicht so feurig, so geht es nicht, wir haben andere Aufgaben zu erfüllen, als die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in den nächsten Jahren.“ Dies sollte auch heute noch unser Standpunkt sein. Was ich an Verbesserung erhalte, behalt ich der Internernehmer, was ich an Unterstüfung erhalte, behalt ich letzten Endes immer selbst.

Ich sehe aus dem Standpunkt, daß die Vorlage der Arbeitslosenunterstützung in Deutschen Bauarbeiterverbände schon um dessentwillen vornehmlich ist, daß sie geeignet ist, die Aufmerksamkeit und die Opferbereitschaft der Kollegen von den zukünftigen Kämpfen abzuwenden und die Verbesserung der Lebenslage der Kollegen nicht als Hauptziel unserer Organisation angesehen wird, sondern daß das Interesse an die eventuell zu erhaltenden Unterstüfungen bei den Kollegen dadurch mehr in den Vordergrund gehoben wird. Was dahin sind wir Bauarbeiter aber noch immer trotz auf unsere Organisation als Kampfsorganisation gewesen, welche ohne das Rodmittel der Arbeitslosenunterstützung groß und mächtig und von den Arbeitgebern gerade wegen seines Kampfscharakters so gefürchtet und geachtet worden ist. Rahmen wir auf diesem Wege fort, stärken wir den Kampfscharakter unserer Organisation, so wird sie auch in Zukunft sein, ohne die Arbeitslosenunterstützung mehr noch als bisher segensreich für die Mitglieder zu wirken.

So. H. Sch., Oldenburg i. Wr.

Räuberischer Ueberfall.

Am 23. Oktober, vormittags gegen 11 Uhr, kam der Maurer Franz Vogt aus Birlingen in die Wohnung des Kassierers unseres Zweigvereins Solingen, des Kollegen Schüller, um, wie er angab, die Adresse eines Kollegen zu erfahren. Da Schüller selbst nicht anwesend war, holte seine Frau das Mitgliederverzeichnis aus dem Schranke, um nachzusehen. Es entsprach dem Wunsch des Vogt. Als sie jedoch das Buch wieder in den Schrank zurücklegen wollte, wurde sie von dem Manne am Hals gepackt und zur Erde geworfen. Dabei zog er einen Revolver und drohte, sie zu erschießen, falls sie schreien würde. Als sie dennoch schrie, da griff er ihr in den Mund und ließ ihr den Gaumen wund. Darauf ergriff er die Geldtasche und entfernte sich, kam aber gleich wieder und holte sich Gut und Geld. Währenddem war aber die Frau bereits aufgesprungen, hatte das Fenster aufgesperrt und schrie um Hilfe. Sofort kamen auch Männer herbei, die den Räuber verfolgten. Dieser gab auf keine Verfolger verschiedene Schüsse ab und verlor dabei einen Briefträger am Arm. Darauf packten verschiedene den Vogt, nahmen ihm die Geldtasche ab, verprügelten ihn und schleppten ihn zu dem nächsten Polizeirevier, wo er in Haft kam. Die Frau unseres Kollegen mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben, da sie im Mund und an den Zähnen verletzt war, so daß sie bis zum 25. Oktober keine Nahrung zu sich nehmen konnte; gegenwärtig ist sie so angegriffen und ermattet, daß sie das Bett hiten muß. Hoffen wir, daß Frau Schüller bald wieder wohlhaft ist und keine ernstlichen gesundheitlichen Folgen davonträgt.

Ungetreue Kassierer.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Weimar hatten sich am 19. Oktober zwei ehemalige Mitglieder unseres Verbandes wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern zu verantworten. Der Maurer Karl Schlegler-Weimar, der als Unterkassierer des Zweigvereins Weimar M. 20,45 ein-kassierte Verbandsgelder unterschlug, erhielt eine 3 W. d. Gefängnis, und der Maurer Fritz Hirnberger aus Garbisleben verurteilt als Kassierer des Zweigvereins M. a t e n b e r g M. 201,25; für diesen großen Vertrauensbruch erhielt er die empfindliche Strafe von vier Monaten Gefängnis subdit.

Gipser und Stukkateure.

Duisburg. Unsere Sektion nahm am 20. Oktober den vom Kollegen Weder erstatteten Bericht von der in Frankfurt a. M. abgehaltenen Bundeskonferenz entgegen. Unsere Kollegen sind durch den Bericht sehr interessiert und erwarten, daß die auf der Konferenz unter unser Berufsvertretern stattgefundenen gründliche Aussprache zur Hebung des harmonischen Verhältnisses zwischen Maltern und Stukkateuren beitragen wird. Dies ist, auch für Duisburg zu wünschen, denn einige der hiesigen Kollegen vermochten noch

nicht, sich den neuen Organisationsverhältnissen anzupassen. Unsere Aufgabe ist es, sie zu einem geordneten Zusammenarbeiten mit den Maurern und Hilfsarbeitern in solidarischer und agitatorischer Hinsicht zu erziehen.

Weiter haben wir immer noch zu beklagen, daß Maurer Verputzarbeiten ausführen, ohne dafür den tariflich festgesetzten Lohn zu erhalten. Meistenteils sind diese Rohbrüder aber unorganisiert oder sie gehören andern Organisationen an. Unsere Kollegen sind befristet worden, der Sektionsleitung jeden einzelnen Fall, in dem Maurer Verputzarbeiten ausführen, zur Kenntnis zu bringen, damit kontrolliert werden kann, ob die Arbeiten tarifmäßig bezahlt werden. Mit der Bezahlung des tarifmäßigen Zuschlages bei auswärtiger Arbeit, der sogenannten Auslösung, liegt es hier sehr im argen. Vorstellungen bei den betreffenden Unternehmern und Verhandlungen in der Schlichtungskommission fruchten gar nichts. In erster Linie sind es die beiden Stadteckhäuser Dornbach und Meuth, die es verstanden haben, an der Zahlung der Auslösung vorbeizukommen. Unsere Verbandskollegen werden in diesen Geschäften nur angestellt, wenn von der blau-schwarz-gelben Sorte keine zu haben ist. Bei ersterster Gelegenheit erhalten sie wieder ihre Entlassung und können dann zu sehen, wie sie es möglich machen, sich und die Jünger der Gungler zu schützen. Unsere Mitglieder werden ständig ermahnt, die Bezahlung der Auslösung zu fordern. Geschäfte in der christlichen Organisation und in der Christ-Dunderschen das gleiche, so wäre der jetzige Ungehörigkeit längst befristet. Die Leitungen der hiesigen gegnerischen Organisationen haben aber auf ein ganz Teil ihrer Mitglieder gar keinen Einfluß. Sie freuen sich, wenn ihre Leute nur immer nett in Arbeit bleiben und unsere Mitglieder zur Entlassung werden. Die Mitglieder der hiesigen christlichen und Christ-Dunderschen Bauarbeiterorganisationen werden damit abschließend zur Beobachtung gezogen. Um so mehr müssen unsere Kollegen für die Aufrechterhaltung der Bestimmungen unseres Tarifvertrages auf der Zuzug sein und stetig an den Verhandlungen teilnehmen.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterläßt nie, von Aufsicht, Vauersführern, überhaupt von allen wichtigen Vorständen auf den Bauten strengstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Berlin. Am 16. Oktober stürzte in dem Schuhwaren-geschäft der Firma M. Dornbor, Friedrichstraße 65, ein Teil der Nageldecke, die unter der massiven Betondecke des Ladens gespannt war, ein. Durch einen glücklichen Umstand kamen die im Laden anwesenden Personen mit Ausnahme von zweien, die durch kalte Luft leicht verletzt wurden, mit dem bloßen Schreck davon. An der Decke, die von der Firma Goshay vor zirka sechs Wochen als nicht tragfähige Rohkonstruktion ausgeführt wurde, war ein zirka 40 kg schwerer steiniger Verankerungsanker angebracht. Ob diese Belastung oder andere Umstände zu dem Einsturz beigetragen haben, ließ sich nicht feststellen. Mein Kollegen möge jedoch dieser Vorfall zur Warnung dienen, daß beim Spannen derselben Deckenkonstruktionen auf das genügende Abhängen und Befestigen der Trag-eisen stets die nötige Sorgfalt zu verwenden ist.

Düsseldorf. Am 18. Oktober verunglückte auf der Baustelle Winkler Straße der bei Betonarbeiten beschäftigte Maurer Aug. Stephan. Als er eine Karre Betonmasse über das Gerüst fuhr, verschob sich ein Gerüstbaum und stürzte mit der Karre von der zweiten in die erste Etage hinab. Die Folgen waren schwere Beinquetschungen. Ausführende Firma ist P. Jirngraf. Die Aufsicht hatte der Polier Hermann Feiger.

Glücksbad. Am 14. Oktober verunglückte unser Kollege Karl Kirchhoff auf der Baustelle „Graß Mühle“, indem er einen 40 m hohen Wandrah hinunterstürzte. Bei diesem Unfall erlitt er einen schweren Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Leipzig. Am 23. Oktober stürzte von einem Bau am Augustusplatz ein Kollege zirka 4 m tief durch ein Glasdach. Er erlitt einen Beinbruch und fand im Krankenhaus Aufnahme.

Landenwalde. Am 26. Oktober stürzten am Neubau des Unternehmers Martin Neumann beim Skeingeben sieben Kollegen mit einer Dreifachwerkleiter um, wobei der Kollege Fritz Gategast einen Knöchelbruch und Gustav Gierke eine Quetschung zweier Finger davontrug. Das Unglück wäre vermieden worden, wenn man die Leiter nicht auf einen losen Sandhaufen gestellt hätte und wenn sie oben befestigt gewesen wäre.

Pofen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Weidenbau in Stößen, der von der Firma Windisch & Langelsch in Beton ausgeführt wird. Der Kollege Franz Michaelstki war an der Wärmemaschine oben beim Krücher beschäftigt. Durch einen Hebeltritt geriet er in die Wärmemaschine, wobei ihm die Beine und ein Teil des Unterleibes gerammt wurden. Erst nach einunddreißigstündigen Bemühungen gelang es, den Bauernweischen aus seiner quälenden Lage zu befreien. Nach dem Krankenhaus hin-geschafft, verstarb er nach wenigen Stunden. Michaelstki war 37 Jahre alt; er hinterläßt eine Frau mit fünf Kindern, von denen das jüngste kaum ein Jahr alt ist.

Natingen. Am 26. Oktober stürzte am Neubau des Lehrerseminars ein Bauhilfsarbeiter mit einem Rippwagen aus der ersten Etage herab, wobei er sich schwere Kopfverletzungen zuzug. Ob er auch innere Verletzungen davon-trug, war noch nicht festzustellen. Der Arbeiter war damit beschäftigt, Beton vom Aufzug zu fahren. Als er den leeren Wagen wieder auf den Aufzug fahren wollte, verunglückte er. Zum Glück blieb der Rippwagen an einem Fensterhaken, wodurch noch schlimmere Verletzungen verhütet wurden. Der Bau wird von der Firma Grandenthal aus Düsseldorf ausgeführt.

Recklinghausen. An den Kolonienbauten der Fache „Bergmannsglüd“ in Wekerholt, die von dem Unternehmer Winter aus Recklinghausen ausgeführt werden, ereignete sich am 21. Oktober ein schwerer Unglücksfall. Der Hilfsarbeiter Andreas Wajshienewski stürzte von der ersten Balkenlage in den Keller und erlitt dabei außer einigen Kopfverletzungen erhebliche innere Verletzungen. Der Unfall ist verschuldet durch mangelhafte Abdeckung und die auf dem Bauplatz herrschende Antriebsverhältnisse. — Einige Tage nach diesem Vorfall stürzte auf derselben Baustelle eine an einem Rammbesitz befindliche Mauer infolge mangelhafter Beschaffenheit des Gerüstmaterials zusammen. Nur der Heitermut unserer auf dem Gerüst beschäftigten gewissen Kollegen ist es zu danken, daß niemand Verletzungen davontrug. Die beiden Vorstände sind für unsere Kollegen eine dringende Warnung, mehr Vorsicht walten zu lassen. Besonders ist auf Einhaltung der zum Schutz für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter vorhandenen Vorschriften zu achten.

Schöneberg. Am 22. Oktober verunglückte der Kollege Hermann Heinrich, der für die Firma Lutz-Weilau mit dem Transport schwerer Steinplatten beschäftigt war, dadurch, daß er von einer der Platten eingeklemmt wurde. Unsern Kollegen wird dieser Unfall eine längere Arbeitsunfähigkeit einbringen. — Am 24. Oktober verunglückte der Zimmermann Hellmig auf Bahnhof Gnadenerfisch tödlich. Beim Abblenden von Baumstämmen wurde er von herunterfallenden Stämmen buchstäblich zerquetscht. Er hinterläßt eine Witwe und fünf Kinder.

Werdau. Am 24. Oktober verunglückte der Hilfsarbeiter Martin Gutmisch auf der Baustelle der Firma Robert Richter. Beim Transport einer 10 m langen Gerüststange kam er zu Fall, wobei er sich eine Verletzung des linken Armes sowie einen Beinbruch zuzug. Dieser Unfall konnte vermieden werden, wenn die Betriebsleitung die Baustelle von dem herumliegenden Unrat hätte säubern lassen.

Aus Unternehmerkreisen.

Bernhard Hellisch 7. Die Zeitungen bringen die Nachricht, daß der Geheime Rat Bernhard Hellisch am 24. Oktober in seiner Wohnung, Grunewald-Berlin, im Alter von 73 Jahren gestorben ist. Hellisch ist am 6. April 1839 in Obersdorf in Brandenburg geboren. Als er mit 18½ Jahren die Schule verlassen hatte, erlernte er in Storfow das Maurerhandwerk. An der Universität in Greifswald trieb er mathematische Studien und bestand 1860 die Maurermeisterprüfung bei der Regierung in Potsdam. Nach weiteren Studien an der Kön. Bauakademie in Berlin bestand er im März 1868 vor der preussischen technischen Prüfungskommission das Baumeisterexamen und ließ sich dann in Berlin als Privatarchitekt nieder. Hellisch's Lebensaufgabe war der Schaffung von Organisationen der Arbeitgeber des Baugewerbes gewidmet. So rief er 1869 „Die Baugewerkschaft“ ins Leben. Ferner war er Gründer des Innungsverbandes „Deutscher Baugewerksmeister sowie des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, deren langjähriger erster Vorsitzender er war. 1891 wurde Hellisch in das Reichsversicherungsamt als nichtständiges Mitglied berufen, welches Amt er bis zu seinem Tode bekleidete. Ferner gehörte er seit 1895 dem preussischen Landtage als konservativer Abgeordneter an. Er vertrat den Wahlkreis Lektow.

Zusammenschluß der Unternehmer. Auf der Grundlage der in Berlin getroffenen Abmachungen zwischen den bedeutendsten baugewerblichen Unternehmerverbänden Deutschlands ist jetzt in Köln ein „Kartell baugewerblicher Arbeitgebervereinigungen in Köln und Umgegend“ (Geschäftsstelle Hoffwälderstraße 13) ins Leben gerufen worden. Die erste Versammlung fand am 11. Oktober im alten Präsidium statt. Baugewerksmeister Georg Hoemann-Köln trat als Hauptredner auf. Aus seinen Ausführungen entnehmen wir folgendes:

„Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeitgeber im Baugewerbe führt man auf die großartige Entwicklung der gewerblichen Arbeiterorganisationen zurück. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände im Baugewerbe soll durchwegs nicht der Bekämpfung der gewerblichen Arbeiterorganisationen oder deren Aktivitäten dienen, sondern einen Schutzwall gegen die un-gerechtfertigten, sich mit den jeweiligen sozialen Verhältnissen und der wirtschaftlichen Lage des Gewerbes nicht verändernden Forderungen der Gewerkschaften bilden. Es sollen für alle dem Baugewerbe angehörigen Gewerbezweige Tarife auf möglichst gleichartiger Grundlage, insbesondere wegen der Arbeitszeit und Arbeitsdauer, angeordnet werden, damit auf einer Baustelle möglichst einheitlich gearbeitet werden kann, d. h. daß alle Bauhandwerker zur gleichen Zeit anfangen und aufhören, wodurch man einen großen bestehenden Mangel zu beseitigen hofft. Eine Hauptaufgabe des Kartells soll ferner in der Herbeiführung von geistlicheren Verhältnissen unter den einzelnen Unternehmern und Baugewerbes selbst, und zwar durch gegenseitige Unterstützung der einzelnen Mitglieder des Kartells, durch Übertragung von Lieferungen und Leistungen nur an Mitglieder der Vereinigung, bestehen. Zur Kennzeichnung der Mitgliedschaft zum Kartell soll eine einheitliche Kartellmarke ausgegeben werden, mit der alle Mitglieder der angeschlossenen Verbände ihre sämtlichen Briefe, Offerten und Rechnungen usw. zu versehen haben.“

Mit andern Worten: Man will es künftig verhindern, daß sich irgendwelche Unternehmergruppen von dem Hauptstamm der Schürfmacher absondern und gegen dessen Willen mit den Arbeitern verhandeln. Aus dem Grunde, Übertragung von Lieferungen und Leistungen nur an Mitglieder der Vereinigung, geht klar hervor, daß das neue Kartell gegen solche „Außenfelder“ künftig schonungslos vorgehen und auch vor einer Materialperre nicht zurückweichen wird. Das ist bekanntlich bei den Herren Schürfmachern niemals „Exorcismus“, sondern nur eine „erlaubte Ab-

wehr“, mag sie auch zehnmal zur Exzessverrichtung des Betroffenen führen. Unsere Kollegen wissen, was diese Klüppelungen der Unternehmer bedeuten.

Soziales.

„Volksfürsorge“. Die Leitung der „Volksfürsorge“ ersucht uns, bekanntzugeben, daß, solange eine Konzeptionierung der „Volksfürsorge“ nicht erfolgt ist, weitere Anstellungen von Personal weder für den Innen- noch für den Außendienst nicht erfolgen können, und es deshalb auch zwecklos ist, Bewerbungsverfahren an die „Volksfürsorge“ wegen Anstellungen zu richten. — Ebenjedenfalls ist die „Volksfürsorge“ zurzeit in der Lage, über ihre Tarife und Versicherungsbedingungen, solange diese nicht vom Kaiserlichen Aufsichtsamt genehmigt worden sind, näheres mitzuteilen. — Dasselbe gilt für Agitationsmaterial, welches erst auf Grund der anerkannten Tarife und Versicherungsbedingungen ausgearbeitet werden kann. — Die erfolgte Konzeptionierung wird zu gegebener Zeit durch die Presse allgemein bekanntgegeben werden.

Selbstmord als Betriebsunfall. Wie schwierig sich oft nach erklitem Betriebsunfall die Erlangung der Rente gestaltet, ist des öftern geschieht, aber leicht verständlich, wenn man den Gang der Verhandlungen kennt. Dem geistesuntüchtigen Verletzten steht in den meisten Fällen ein gewiegter Vertreter der Berufsgenossenschaft gegenüber, der alle Finessen anwendet, um mitunter in recht scharfer Form den Antragsteller um seine Ansprüche zu bringen. So mancher Kollege, der einen Rechtsstreit mit der Berufsgenossenschaft führte, wird hieron ein Lied zu singen wissen. Ist es einem Verletzten schon schwierig bei einem direkten Unfall zu seinem Recht zu kommen, so ist es noch viel schwieriger, bei indirekten Folgen aus einem Unfall die Ansprüche zur Geltung zu bringen. Andererseits beweist nachstehender Fall, daß durch die Unkenntnis der Gesetze — indem die zwei-jährige Verjährungsfrist in drei Wochen verstrichen wäre — die Hinterbliebene ihre Rechte verloren hätte. Der Maurer G. W. erlitt am 28. Juni 1907 im Betriebe von R. durch einen Sturz von einem Gerüst auf ein darunter befindliches Pappdach (Höhe des Sturzes ungefähr 4 m) außer Verletzungen an der Unterlippe, Stirn, Nase und Arme, einen Bruch der Speichen beider Vorderarme. Hierfür bezog W. eine Rente von 25 pzt. Im Februar 1908 wurde W. durch den Rassenarzt als vollstän-dig erwerbsunfähig bezeichnet, während der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft laut Untersuchung im April 1908 erklärte, es sei eine Kontraktur mehrerer Finger der rechten Hand eingetreten, welches nicht auf den Unfall zurückzuführen sei, sondern es handelte sich um eine Gewerbekrankheit. Die Ansprüche auf Gewährung einer höheren Rente wurden abgewiesen. Nach Einholung eines weiteren Gutachtens, welches ebenfalls 25 pzt. bescheinigte, gewährte das Schiedsgericht eine Rente von 35½ pzt. Der Verletzte war, infolge der verletzten Hände, in seinem Berufe vollständig erwerbsunfähig und betrieb einen Saufierhandel, W. welcher von allen Seiten als arbeitsamer, heiterer Mann geschil-dert wurde, legte am 18. November 1908 Hand an sich und fand den Tod durch Erhängen. Am 10. November 1910 stellte die Witwe des Verstorbenen einen Antrag auf Gewährung der Hinterbliebenenrente. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Antrag ab, da nach ihrer Begründung zwischen Tod und Unfall kein ursächlicher Zusammenhang bestiehe. Die Witwe machte geltend, daß nach dem Unfälle, als ihr Mann erwerbsunfähig wurde, sich bei ihm eine starke Gemütsdepression bemerkbar machte, des öftern äußerte er Selbstmordgedanken. Zweimal habe ihr Mann einen Selbstmordversuch unternommen, aber noch rechtzeitig durch ihr Dazwischentreten an der Ausführung gehindert werden können. Eine Reihe von Zeugen, die erst nach mühseligem Suchen aufzufinden waren, konnten infolge der langen, seit dem Unfall verstrichenen Zeit wenig zweckdienliches aussagen. Einige Aussagen widersprachen sich sogar, indem ein Zeuge behauptete, W. sei nach dem Unfall eine halbe Stunde bemußlos gewesen, während ein anderer behauptete, der Verletzte wäre sofort nach dem Unfall aufgestanden und nach der Baustelle gegangen. Von Bedeutung war die Aussage des Besitzers des Oberverversicherungsamt R., welcher den Verstorbenen persönlich kannte. Als er W. einmal bei dem Saufierhandel traf und sich nach seinem Befinden erkundigte, erklärte dieser, daß er keine Lust an Leben mehr habe, das beste wäre, er nehme einen Strich und mache ein Ende. Dieser Zeuge schildert den W. als einen lebensfrohen Menschen während seiner geündeten Tage. Auf Beschluß des Oberverversicherungsamtes wurde Professor Dr. W. von der Irenanstalt Friedrichsberg als Sachverständiger gehört, welcher in seinem ausführlichen Gutachten zu dem Ergebnis kam, daß überwiegende Wahrscheinlichkeit dafür spreche, daß der Tod mit dem Unfall in ursächlichem Zusammenhang bestehe, indem durch die unglückseligen Handverletzungen wesentlich gesteigerte physische Verkrüppelung zum Selbstmord geführt habe. Das Oberverversicherungsamt beurteilte auch demzufolge die Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Hinterbliebenenrente. Wie aus obigem herabzusehen, fehlen nur drei Wochen, und die Witwe wäre wegen Verjährung der Frist mit ihrem Anspruchen abgewiesen. Nur der Aufklärung dritter Personen hat sie es zu danken, daß sie zu ihrem Rechte kommt.

H. G.
Die gewerbliche Rechtspflege im Jahre 1911. Nach den Bestimmungen des Gewerbegerichts-gesetzes müssen in Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern Gewerbe-gerichte errichtet werden. Nach der Volkszählung vom Jahre 1910 bestand in 52 Gemeinden, die diese Einwohnerzahl überschritten hatten, kein Gewerbegericht und in 57 solcher Gemeinden kein Kaufmannsgericht. Die Zahl der Gewerbe-gerichte stieg von 464 auf 479 im Jahre 1911, die der Berggewerbe-gerichte von 8 auf 10, die der Kaufmanns-gerichte von 271 auf 282; Innungsschiedsgerichte be-standen 426.
Bei den Gewerbegerichten und Berggewerbegerichten wurden 119 774 Klagen anhängig gemacht, 111 833 von Ar-beitern gegen Unternehmer, 8086 von Unternehmern gegen

Arbeiter und 355 von Arbeitern gegen Arbeiter. Von diesen Streitfällen wurden 49 938 durch Vergleich und 2267 durch Verzicht beendet. In 12 301 Fällen wurde die Klageforforderung anerkannt, in 12 301 Fällen wurden Versäumnisurteile gefällt und 18 434 durch Endurteil erledigt.

Der Wert des Streitgegenstandes betrug bei 53 122 Klagen bis zu M. 20, bei 24 272 über M. 20 bis 50, bei 17 973 über M. 50 bis 100, 9008 waren berufungsfähige Entscheide, ihr Streitgegenstand betrug mehr als M. 100. Gegen 625 Entscheide wurde Berufung eingelegt.

Bei den Kaufmannsgerichten wurden 28 488 Streitigkeiten anhängig gemacht. Davon wurden durch Vergleich erledigt 10 340, durch Verzicht 196, durch Anerkennung der Klageforderung 216, durch Zurücknahme der Klage 4265. Durch ein Versäumnisurteil wurden 2142 Klagen erledigt. 4391 Klagen führten zu einem Endurteil, 2533 wurden auf andere Weise beendet.

Der Wert des Streitgegenstandes war bei 1905 Klagen bis zu M. 20, bei 3287 über M. 20 bis 50, bei 4778 über M. 50 bis 100, bei 8817 über M. 100 bis 300 und bei 4843 über M. 300. 582 Klagen befähigten die Berufungsinstanz. Die Art des Streitgegenstandes war in 2845 Fällen Austritt, Fortsetzung und Ende des Arbeitsverhältnisses oder Ausstellung von Zeugnissen. Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis waren in 16 639 Fällen Gegenstand des Streites; in 596 Fällen mußte um Rückgabe von Zeugnissen und Legitimationspapieren geklagt werden, 6109 betrafen Schadenersatzansprüche und bei 275 Fällen war die Konkurrenzklage das Streitobjekt.

Während in allen diesen Zahlen die Tätigkeit der gewerblichen Spruchinstanzen eine Steigerung zeigt, weisen die Zahlen über die Tätigkeit dieser Gerichte als Einigungsämter einen Rückgang auf. Die Gewerbegerichte waren in 365 Fällen als Einigungsamt tätig, hiervon in 151 Fällen auf Anrufung beider Teile, in 30 Fällen auf Anrufung der Unternehmer, in 184 Fällen auf Anrufung der Arbeiter. In 144 Fällen kam es zu einer Einigung, in 68 Fällen wurde ein Schiedspruch gefällt, und in 65 Fällen war die Einigungstätigkeit der Gewerbegerichte erfolglos. — Die Kaufmannsgerichte waren 36mal als Einigungsamt tätig, einmal auf Anrufung beider Teile, fünfmal auf Anrufung der Angestellten. Das Ergebnis war in drei Fällen eine Vereinbarung und in zwei Fällen kein Erfolg.

Auch die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in der Abgabe von Gutachten und Stellung von Anträgen ging zurück. Die Arbeiterbewegung sollten auf die Ausnutzung dieser wichtigen sozialpolitischen Rechte hinweisen und von den Gerichten stärkere Initiative verlangen.

Die Rechtsprechung über Streitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag ist für die Arbeiter sehr wichtige. Durch Weiterentwicklung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und durch die Errichtung solcher gewerblichen Spruchinstanzen an Orten, wo sie noch nicht bestehen, aber bestehen müßten, kann die arbeitende Bevölkerung ihr Arbeiterrecht nachdrücklicher wahrnehmen.

Zentralfrankenkasse.

In der Woche vom 20. bis 26. Oktober sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Charlottenburg M. 600, Bremen 430, Hamburg-Eppendorf 400, Rangensalza 350, Pafenall 302, Hagen i. W. 300, Halbe 300, Heilbronn 300, Neubrandenburg 255, Jordan-Paradies 250, Jeseho 250, Liepe a. Simonsland 250, Bielefeld 200, Klomberg 200, Leipzig 200, Tetum 200, Maßdorf 200, Neunfangsweg 200, Nienstein 200, Nürnberg 200, Bötze 200, Trebitz a. d. Elbe 200, Werben a. d. M. 200, Waldorf 200, Hundsfeld 190,39, Altenbrunnlar 180, Perowitz 180, Bieder 175, Segebera 170, Wandebfel 170, Fehrbellin 150, Friedrichsfelde 150, Marxborn 150, Rawitz 150, Rudolstadt 150, Kinteln 150, Staßfurt 125, Torgelow 120, Barthhausen 100, Bergedorf 100, Obergöhen 100, Tegel 100, Sonnenberg b. W. 100, Wöbbel 100, Treuenbriegen 76,25, Westerhausen 70, Oberau 50. Summa M. 9393,74.

Zufüsse erhielten: Seidelberg 200, Pehdenitz 200, Meisenborn 150, Gilsenborg 100, Sandfußheim 100, Oppau 100, Wittenberg 100, Gr.-Neuendorf 50. Summa M. 1000.

Mitonia, 26. Oktober 1912.

Fr. Kläffen, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Eingegangene Schriften.

(Die hier angelegten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Parteibuchhandlung.)

„Geschichte der Arbeiterbewegung in Chemnitz und im Erzgebirge“ von Ernst Heilmann. Verlag Soz. Parteisekretariat B. Kubitz, Chemnitz. Druck Landgraf & Co., Chemnitz. 310 Ottseiten-Text und 32 Blätter Bildbeilagen. Preis M. 6.

Eine ausführliche Darstellung der Parteigeschichte in einem wichtigen Landesteile Deutschlands haben die Chemnitzer Parteigenossen im Zusammenhang mit dem jüngsten Chemnitzer Parteitag erscheinen lassen. In diesem Erzgebirgswinkel hat bekanntlich die Wiege der parlamentarischen Macht unserer Partei gefunden. Hier hielten sich Bebel, Liebknecht und Försterling 1887 die ersten sozialdemokratischen Reichstagsmandate. Und so wie in dieser Zeit, ist bei Chemnitzer Bezirk auch später in mancher Beziehung bahnbrechend gewesen. Hier hatte die sozialistische Richtung der Sozialreformer ihr Hauptquartier aufgeschlagen, hier entsafte nach ihrer Ueberwindung Johann Most seine glänzenden Fähigkeiten in der besten Zeit seines Lebens; hier erschien schon seit 1871 eine tägliche Arbeiterzeitung, um deren Erhaltung besonders Julius Wahlteich hoch verdient ist, hier übernahm Bebel 1876 die erste Landtagskandidatur, die die deutsche Sozialdemokratie aufstellte, hier wurden Liebknecht, Bollmar und Geyer unter dem Ausnahmefesche in den sächsischen Landtag gewählt. Die Ereignisse und Persönlichkeiten jener Anfangszeiten der Partei werden in belebter Darstellung den Lesern vor Augen geführt. In den

späteren Zeiten des Sozialistengesetzes wurde dann Chemnitz ein Hauptaufsichtsort für alle Opfer des kleinen Belagerungsstaates, die Städte zahlreicher Zusammenkünfte der sächsischen Genossen und schließlich der Drucker des „Sozialdemokrat“. Nach der Ueberwindung des Zustandes der Rechtslosigkeit folgten in Sachsen und besonders im Erzgebirge die Zeit der zahllosen polizeilichen Nadelstiche, bis sich endlich in der jüngsten Vergangenheit die Partei auch hier von den Polizeifesseln freigemacht und freie Bahn für ihre Agitation geschaffen hat.

Die Darstellung der Chemnitzer Parteigeschichte reicht bis in die jüngste Zeit und umfaßt auch die bekannten Streitigkeiten, die an den Dresdner und Bremer Parteitag, an die Namen von Paul Göhre und Max Schippel, anknüpfen. — So stellt das Werk eine wertvolle Ergänzung der allgemeinen deutschen Parteigeschichte dar. Insbesondere die lebendige Art der Darstellung, macht die Besitze des Buches für jeden denkenden Parteigenossen zu einem Vergnügen. Wir können allen Parteibibliotheken und allen Genossen den Ankauf dieses Buches lebhaft empfehlen.

Angeichts des Balkankrieges wird dem Zeitungsleser eine ausführliche Kriegskarte willkommen sein. Im Gea-Verlag G. m. b. H., Berlin W 35, ist fobeben die von Professor W. Liebenow bearbeitete „Kriegskarte der Balkan-Halbinsel im Maßstabe 1:1 250 000“ erschienen. Die inhaltreiche Karte unterscheidet vierzig verschiedene Monarchien und verzeichnet die Ortsnamen in umfänglicher Weise, welche zur Verfolgung der Kriegsergebnisse in erster Linie erforderlich sind. Die Gebirgsschattierungen ausgefallen sind, treten Ortlichkeiten, Flüsse und Eisenbahnen sehr klar hervor. Einzelkarten zeigen Griechenland, Kreta und den Bosporus mit Konstantinopel. Der Preis für die 97 x 72 cm große Karte ist mit M. 1 als angemessen zu bezeichnen.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beilei folgt 14.)

Angsburg. Am 25. Oktober starb unser Kollege **Karl Burkhard** im Alter von 23 Jahren an Lungenerkrankung.

Bamberg. Am 21. Oktober starb unser Kollege **Leopold Post** im Alter von 28 Jahren an Lungenerkrankung.

Berlin. Am 20. Oktober starb unser Mitglied **Michael Andrzejewski** im Alter von 62 Jahren. Am 24. Oktober starb der Kollege **Bruno Fährmann** im Alter von 32 Jahren an Lungenerkrankung. Am 24. Oktober starb unser Mitglied **Friedrich Hinze** im Alter von 69 Jahren an Herzleiden.

Breslau. Am 19. Oktober starb unser Kollege **Josef Lex** im Alter von 39 Jahren. — Am 19. Oktober starb unser Kollege **Wihl. Fängst** im Alter von 55 Jahren.

Dresden. Am 19. Oktober starb der Kollege **Herm. Falke** aus Bischofswitz im Alter von 52 Jahren an Nippentuberkulose. — Am 20. Oktober starb der Kollege **Hermann Hanschmann** im Alter von 58 Jahren an Herzschlag. — Am 21. Oktober starb der Kollege **Fritz Felsch** im Alter von 43 Jahren an Nervenlähmung. — Am 24. Oktober starb der Kollege **Eduard Ernst Zscheperer** im Alter von 62 Jahren an Herzschlag. — Am 24. Oktober starb der Kollege **Emil Meletzky** aus M. d. r. im Alter von 34 Jahren an Lungenerkrankung.

Düsseldorf. Am 19. Oktober starb nach langem, schwerem Leiden unser treues Mitglied **Heinrich Pabst** im Alter von 58 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Elbing. (Zahlstelle Neutirch-Niederung.) Am 20. Oktober starb unser Kollege **Karl Magendanz** im Alter von 50 Jahren an Nierenkrankheit. **Kaifa.** Am 18. Oktober starb der Kollege **Ernst Köcher** im Alter von 39 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Karlsruhe. (Zahlstelle Eppingen.) Am 20. Oktober starb unser Kollege **Johs. Frank** im Alter von 62 Jahren an Altersschwäche.

Kuda. Am 23. Oktober starb unser Kollege **Georg Schimm** aus Kleinhermsdorf an Schwindsucht.

München. (Zahlstelle Garching.) Am 28. Oktober starb unser Kollege **Franz Spring** im Alter von 47 Jahren infolge eines Bluthurses. — (Zahlstelle Roggenhausen.) Am 17. Oktober starb unser Kollege **Herm. Lipp** im Alter von 23 Jahren an Weiteiden. — (Zahlstelle Wabing.) Am 19. Oktober starb unser Kollege **Joh. Narnhamer** im Alter von 58 Jahren an Wasserleucht.

Rambach. Am 28. Oktober starb unser treues Mitglied **Ludw. Becker I** im Alter von 55 Jahren an Lungenerkrankung.

Regensburg. Am 20. Oktober starb unser langjähriges Mitglied Kollege **Joh. Deml** von Oberwinzier im Alter von 43 Jahren an Lungenerkrankung.

Rüfingen. Am 25. Oktober starb unser treues Mitglied **Ludwig Hsen** im Alter von 46 Jahren an Luftröhrenentzündung.

— Ehre ihrem Andenken!

Otto Seger, Maurer, geboren am 31. September 1892 Kaffierer, **Aug. Bischoff**, im Ungabe seines Aufenthaltsorts ersucht. Kollegen, denen sein Aufenthalt bekannt ist, wollen seine genaue Adresse an **Aug. Bischoff** richten. Die Ungelegenheit ist dringend. [M. 2,10] **Zweigverein Gardelagen.**

Hermann Wolf, geboren am 28. März 1883 in Friedersdorf, zuletzt in Regensburg, im August d. M., wird aufgefordert, sein Mitgliedsbuch beim unterzeichneten Zweigverein einzulösen. Kollegen, die mit ihm zusammenkommen, wollen ihn hierauf aufmerksam machen. [M. 2,10] **Der Vorstand des Zweigvereins Vegesack.**

Karl Stumm, Maurer, geboren am 1. Januar 1896 in Wilsdorf bei Dingelried, wird von seinen Eltern ersucht, ihnen seinen Aufenthaltsort mitzuteilen. [M. 1,20] **Zweigverein Mainz.**

Woldenberg. Sonnabend, den 16. November, nachm. 2 Uhr, feiert der hiesige Zweigverein sein **Zwölftes Stiftungsfest** bestehend in Theatervorstellung und Ball. Sämtliche Kollegen von Woldenberg u. Umg. sind freundlichst eingeladen. [M. 3,30] **Der Festauschuß.**

Adressenveränderungen. (V bedeutet Vorstands-, K Kassierer, L Betriebsrat, H Verleger, Rz Beisitzerstellung wird ausgedrückt bei.) **Berlin-Schmargendorf.** L Gustav Diehr, Zum Springenden Hirsch, 6. Ede Mühlroger- und Seifendammstraße. Dort findet fortab die Abstempelung der Arbeitsloosenmengen statt. **Befesaf.** V. Fröh Wiemann, Grohn b. Befesaf, Seumstr. 519. K Wihl. Kindmüller, Bureau, Buchstr. 8. 1. Et. **Görde.** K August Kircher, Neuer Markt 6.

Versammlungs-Anzeiger. Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen. **Versammlungen der Zweigvereine.** Sonntag, den 3. November.

Belzig. (Maurer.) Nachm. 4 Uhr. **Brunsbüttelkoog.** Nachm. 2½ Uhr bei Fr. Wott. **Emsthorst.** Nachm. 4 Uhr in der Gegend. **Granssee.** Nachm. 2 Uhr bei Frau T.-D.: Quartalsabrechnung, Delegiertenwahl zur Gaukonferenz. **Graudenz.** Nachm. 1½ Uhr bei Strindt. Referent anwesend. **Lahr.** Nachm. 2 Uhr Vertrauensmännerversammlung in der „Schanze“. Sämtliche Vertrauensleute sowie die Delegierten zum Gau und zur Gauarbeiterschußkommission müssen anwesend sein. **Merseburg.** Nachm. 4 Uhr in der „Kaiserallee“. T.-D.: Quartalsabrechnung, Delegiertenwahl. **Ribnitz.** Nachm. 2 Uhr bei Potenberg. T.-D.: Gaukonferenz und Verbandsstag. **Salzwedel.** Nachm. 4 Uhr bei Rottend Wint. T.-D.: Abrechnung, Kartellbericht, Nachschuß zweier Mitglieder. Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz sowie der Kandidaten zum Verbandsstag. Eine reichlich ausstehende Förderung. **Strehlen.** (Zahlstelle Wabing.) Nachm. 2½ Uhr bei Frau Beier. Referent anwesend. **Templin.** Nachm. 2 Uhr außerordentliche Mitgliedserversammlung im „Kaiserhof“. Referent anwesend. **Wittstock.** Nachm. 2 Uhr bei Döbermann. Wähler mitbringen.

Mittwoch, den 6. November. Berlin. (Wohnbrände, Rabikpuder, Trägerspanner.) Abends 8 Uhr bei Jannasche, Insestr. 10. (Folierer und Steinbohlleger.) Abends 8½ Uhr gemeinsame Versammlung bei Wihl, Sedantstr. 89. Guben. Abends 8 Uhr im Volksgarten. T.-D.: Wahl des gesamten Vorstandes. Abrechnung von beiden Quartalen. Wähler mitbringen. Neukölln. Abends 8 Uhr bei Hoff, Kirchstr. 15. T.-D.: Abrechnung. Wahl eines zweiten Kassierers.

Donnerstag, den 7. November. Gassen. Abends 6 Uhr bei Otto Wags. Wichtige Tagesordnung. Glogau. Abends 6 Uhr im „Kaiserkeller“.

Freitag, den 8. November. Berlin. (Wohnbrände, Rabikpuder, Trägerspanner.) Abends 8 Uhr bei Jannasche, Insestr. 10.

Sonntag, den 10. November. Bamberg. Nachm. 1 Uhr. Generalversammlung in der „Weißen Laube“. T.-D.: Neuwahl. Wahl der Kandidaten zum Verbandsstag. Berlin. (Stater.) Vorm. 10 Uhr in den „Insel-Häusern“. Insestr. 10. **Gandersheim.** Nachm. 2 Uhr beim Wilmert Wete in Wreschstraße. T.-D.: Arbeitsloosenunterstützung, Delegiertenwahl zur Gaukonferenz. Wähler mitbringen. **Strehlen.** Nachm. 2 Uhr bei Gerthoff. Gauleiter anwesend. Wähler mitbringen. **Woldenberg.** Nachm. 2½ Uhr bei Schüssener. **Würzburg.** Vorm. 9½ Uhr im „Ochsen“. T.-D.: Abrechnung. Kandidatenwahl zum Verbandsstag. Winterbeilage.

Sonntag, den 17. November. Lahr. Nachm. 2 Uhr in der „Schanze“. T.-D.: Quartalsabrechnung. Quartalsabrechnung zum Verbandsstag. **Zentralfrankenkasse der Maurer usw.** Sonntag, den 3. November.

Belzig. Nachm. 8 Uhr bei Ziefe. **Nowawes.** Nachm. 4 Uhr bei Singer. T.-D.: Quartalsabrechnung. Kassierersuche, angelegentlich. **Zehdenick.** Vorm. 10 Uhr bei Paul Goldschmidt. Wichtige Tagesordnung. Nachm. Wähler mitbringen. **Mittwoch, den 20. November (Wahstag).** Berlin. Vorm. 10 Uhr im Saal 3 des Gewerkschaftshauses. T.-D.: Kassiersuche, vom dritten Quartal. Kassierersuche.